



Plenum

129. Sitzung

München, Dienstag, 6. Dezember 2022, 14:00 bis 19:01 Uhr

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten Staatsminister **Georg Eisenreich**..... 17957

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten **Edgar Würth**..... 17957

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion
FREIE WÄHLER

"Macherland Bayern: Gemeinsam gestalten - statt verhindern, nörgeln und spalten!"

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	17957	17960	17961
Martin Stümpfig (GRÜNE).....			17961
Martin Huber (CSU).....			17963
Uli Henkel (AfD).....			17967
Florian von Brunn (SPD).....			17968
Franz Josef Pschierer (FDP).....	17970	17973	
Walter Nussel (CSU).....			17973
Anna Schwamberger (GRÜNE).....			17975
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....			17976
Christian Hierneis (GRÜNE).....			17978
Alexander Flierl (CSU).....			17980

Abstimmung
über Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 17982

Wahl
der bzw. des Vorsitzenden des Anstaltsbeirats der JVA Regensburg

Beschluss..... 17982

Wahl

der bzw. des Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirksklinikum Regensburg

Beschluss..... 17983

Wahl

der bzw. des Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Günzburg

Beschluss..... 17983

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes
hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund (Drs. 18/24993)

- Erste Lesung -

Gisela Sengl (GRÜNE).....	17984	17994	17995
Gudrun Brendel-Fischer (CSU).....			17985
Oskar Atzinger (AfD).....			17988
Johann Häusler (FREIE WÄHLER).....		17989	17992
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	17991	17992	17993
Matthias Fischbach (FDP).....			17993
Gerd Mannes (AfD).....			17995

Verweisung in den Haushaltsausschuss..... 17996

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener Besoldungsbestandteile (Drs. 18/25363)

- Erste Lesung -

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss..... 17996

Interpellation der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Helmut Kaltenhauser u. a. und Fraktion (FDP)

IT-Projekte im Staatsministerium für Unterricht und Kultus am Beispiel des Projekts Amtliche Schulverwaltung und Amtliche Schuldaten (ASV/ASD) (Drs. 18/25318)

Matthias Fischbach (FDP).....	17996	18017
Peter Tomaschko (CSU).....	17999	18003
Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP).....		18002
Maximilian Deisenhofer (GRÜNE).....		18003
Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER).....	18005	18008
Markus Bayerbach (fraktionslos).....		18008
Gerd Mannes (AfD).....		18009
Dr. Simone Strohmayr (SPD).....	18010	18013
Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU).....		18013
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	18013	18014

Staatsminister Prof. Dr.
Michael Piazzolo..... 18014 18018

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt I: Kinderschutz ernst nehmen - Missbrauchsdarstellungen bekämpfen (Drs. 18/23506)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/25019)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt II: Gewaltschutzambulanzen ausbauen (Drs. 18/23507)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/25013)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt III: Hochrisikomanagement im Bereich der Gewalt in engen sozialen Beziehungen professionalisieren (Drs. 18/23508)

Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 18/24541)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt IV: Frauenhaus-Konzept für Frauen mit besonderen Bedarfen (Drs. 18/23509)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/25014)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt V: Landesweite Monitoringstelle für sexuelle und häusliche Gewalt einrichten (Drs. 18/23510)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 18/25015)

Julika Sandt (FDP)..... 18019 18020 18022
Petra Högl (CSU)..... 18020 18022
Eva Lettenbauer (GRÜNE)..... 18022
Robert Riedl (FREIE WÄHLER)..... 18024
Jan Schiffers (AfD)..... 18026
Doris Rauscher (SPD)..... 18027

Beschluss zum Antrag 18/23506..... 18028

Beschluss en bloc zu den Anträgen 18/23507 mit 18/23510..... 18028

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)

Energie für Bayern II: Die bayerischen Kernkraftwerke müssen laufen (Drs. 18/24117)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/25096)

Gerd Mannes (AfD).....	18029	18031	18032
Martin Mittag (CSU).....	18030	18031	
Martin Stümpfig (GRÜNE).....	18031	18032	
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....	18032	18034	
Ralf Stadler (AfD).....		18034	
Annette Karl (SPD).....		18034	
Albert Duin (FDP).....		18034	
Beschluss.....		18035	

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Klimaanpassung ernst nehmen - Kommunen unterstützen (Drs. 18/24258)

Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 18/25131)

Patrick Friedl (GRÜNE).....	18036	18038	
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....		18037	
Hans Ritt (CSU).....		18038	
Toni Schuberl (GRÜNE).....		18041	
Ralf Stadler (AfD).....		18041	
Benno Zierer (FREIE WÄHLER).....		18042	
Ruth Müller (SPD).....		18043	
Christoph Skutella (FDP).....		18044	
Namentliche Abstimmung.....		18044	
Ergebnis der namentlichen Abstimmung (s. a. Anlage 2).....		18045	
Schluss der Sitzung.....		18045	

(Beginn: 14:00 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne heute am Nikolaustag die 129. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Wir haben einen echten Nikolaus unter uns. Ich darf dem Staatsminister Georg Eisenreich im Namen des Hohen Hauses alles Gute zum Geburtstag wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Aber leider gibt es an so einem Tag auch wieder negative Nachrichten. Deshalb bitte ich Sie, sich zum Gedenken an einen ehemaligen Kollegen von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 29. November ist im Alter von 91 Jahren Edgar Würth verstorben, den meisten eher als Edi Würth bekannt. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1974 bis 1990 an und vertrat die CSU im Wahlkreis Schwaben. Der gelernte Landwirt hatte den elterlichen Betrieb übernommen. Bald schon engagierte er sich in der Kommunalpolitik. 1966 wurde er in den Gemeinderat gewählt. Sechs Jahre später wurde er Erster Bürgermeister von Buchdorf, was er 18 Jahre lang blieb. Von 1972 bis 1996 war er auch Kreisrat. Im Bayerischen Landtag war er insbesondere Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und später auch stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat.

Edi Würth hat sich um seine Heimat verdient gemacht. Er war vielfältig politisch und gesellschaftlich engagiert, auch im Ehrenamt. Sein Herz schlug für die bäuerliche Landwirtschaft, und er war tief verwurzelt in seinem christlichen katholischen Glauben.

Der Bayerische Landtag trauert mit den Angehörigen und wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. –

Vielen herzlichen Dank!

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion

FREIE WÄHLER

"Macherland Bayern: Gemeinsam gestalten - statt verhindern, nörgeln und spalten!"

Sie alle kennen das Prozedere: entweder fünf, respektive zehn Minuten. Als Erster spricht zehn Minuten der Kollege Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir FREIEN WÄHLER nutzen diese vorweihnachtliche Aktuelle Stunde, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen über ein Problem von zugegebenermaßen eher grundsätzlicher Natur.

Wir wollen mit Ihnen über eine Art Mentalitätswandel innerhalb Bayerns Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sprechen, von dem wir glauben, dass er sich von der Corona-Pandemie getriggert vollzogen hat. Wir meinen: Um die großen Herausforderungen unserer Zeit meistern zu können, wäre es wichtig, dass wir diesen Mentalitätswandel ein gutes Stück weit neu justieren und diese Entwicklung rückgängig machen.

Um einigermaßen plakativ darzulegen, worum es uns heute geht, möchte ich Ihnen zu Beginn zwei Wetten anbieten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wette mit Ihnen: Wenn wir statt in dieser Aktuellen Stunde miteinander zu diskutieren jetzt ausschwärmen würden, wenn wir 205 Abgeordnete des Bayerischen Landtags uns über den Stachus verteilen, dort eine Umfrage machen und die Menschen in Bayern fragen würden, ob sie eine Energiewende zur Heimatenergie wollen, ob sie autark von Putin werden wollen, ob sie unabhängig und nachhaltig sein wollen, dann wären wir meiner Einschätzung nach, unserer Einschätzung nach, in einer Stunde zurück im Plenarsaal und hätten ein nahezu hundertprozentig zustimmendes Ergebnis der Menschen in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) – Florian von Brunn (SPD):
Da wäre Aiwanger dagegen!)

Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen aber auch eine zweite Wette an, und die ist das Problem: Wenn wir dann loslegen und in die Umsetzung gehen würden, wenn wir Umsetzungsverfahren auf den Weg bringen würden, um beispielsweise eine Biogasanlage, ein Windrad oder eine Solaranlage wirklich zu bauen, dann wäre meine Prognose, dass mindestens 15 bis 20 % der Menschen, die uns in dieser Umfrage zugestimmt haben, anschließend die Vorsitzenden von Bürgerinitiativen gegen diese Projekte wären. Sie würden mit Verbandsklagerechten im Rücken dafür sorgen, dass es Jahre dauert, bis wir diesen gesellschaftlichen Konsens umgesetzt bekommen.

Meine Damen und Herren, so geht es uns nicht nur bei der Energiewende, nein, so geht es uns auch in der Ansiedlungspolitik, so geht es uns bei Werkserweiterungen, so geht es uns beim Bahnausbau, so geht es uns bei nahezu allen großen Infrastrukturprojekten unserer Zeit.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Deshalb sind wir der festen Überzeugung: Wenn wir die PS unserer Heimat auf die Straße bringen wollen, müssen wir uns eines wieder klarmachen: Verhindern, Nörgeln und Kaputtreden gehören nicht zur DNA von Bayern, meine Damen und Herren, und dürfen auch nicht Teil unserer Mentalität werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns wieder neu bewusst machen, dass wir nicht das Land des "Mimimi", sondern des "Mia san mia!" sind. Bayern ist ein Macherland. Wenn wir die großen Aufgaben unserer Zeit meistern wollen, dann darf Bayern auch kein Nörgler- und Kaputtredner-Land werden, sondern dann muss es ein Macherland bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich den ersten Redebeitrag der Aktuellen Stunde dafür nutzen, einige Vorschläge zu machen, wie uns das gelingen kann. Nachdem man zunächst vor der eigenen Tür kehren soll, beschränke ich mich auf den Gegenstandsbereich, auf den Politik Einfluss hat, auf die Frage: Was können wir tun, um die Menschen wieder besser mitzunehmen, um solche Prozesse besser zu gestalten?

Zunächst zur sachinhaltlichen Definition: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, dass wir wieder weniger Ideologie und mehr Pragmatismus brauchen. Lieber Walter Nussel, wir brauchen weniger Bürokratie – danke für deinen Einsatz dafür! – und wieder mehr Gestaltungskraft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen weniger Klageverfahren und mehr Umsetzung. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen Verwaltungswege verkürzen, um wieder zur Umsetzung zu kommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass uns die Projektierer da draußen sagen – in einer Zeit, in der wir zwischen einem und dem nächsten Winter dafür sorgen müssen, dass wir energieautark werden –, dass sie bei der Planung und Umsetzung von Energieerzeugungsanlagen mit drei, fünf oder sieben Jahren rechnen, weil sie a priori schon wissen, dass sie erst mal ein Jahr im Genehmigungsverfahren hängen, dann zwei Jahre Verbandsklageverfahren haben, und dann kann es vielleicht mal ans Planen und ans Bauen gehen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Dinge in der Verwaltung gut zu strukturieren, ist wichtig. Aber wir müssen in diesem, in unserem Land am Ende des Tages schon auch noch zur Umsetzung kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, ein zweiter Aspekt, von dem wir originär betroffen sind, betrifft die politische Kultur im Land. Ich meine, sie muss sich ein Stück weit neu ausrichten, wenn wir die Menschen wieder mitnehmen wollen, wenn wir wieder dafür sorgen wollen, dass bei Großprojekten nicht nur Lastenverteilung empfunden wird, sondern auch Zukunftschancen empfunden werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und Herr Finanzminister, ich weiß nicht, wie es Ihnen da geht, aber ich habe mich schon relativ oft gefragt, warum es wohl so ist, dass man, wenn man international unterwegs ist, immer das Gefühl hat, nahezu alle Menschen auf diesem Erdball würden gerne in Deutschland leben, dass man immer das Gefühl hat, wenn man in Deutschland unterwegs ist, ganz viele Menschen würden gerne in Bayern leben, aber trotzdem in Bayern immer wieder Menschen trifft, die glauben, ausgerechnet in diesem Land würde vieles schlecht laufen, ausgerechnet dieses Land würde geradezu am Abgrund stehen.

Meine Damen und Herren, die betrübliche Diagnose ist: Ich glaube, dass wir dazu leider – ich sage ausdrücklich: leider – auch als Politik einen gewissen Beitrag leisten, denn dabei kommt besonders die Politik schlecht weg. Wenn man an dem einen oder anderen bayerischen Stammtisch zuhört, kann man das Gefühl bekommen: Bayern ist ein Land, in dem 13 Millionen Menschen ganz genau wissen, was getan werden müsste, und das einzige Problem ist, dass ausgerechnet im Parlament 205 sitzen, die es nicht wissen.

Meine Damen und Herren, woher kommt das? – Ich glaube, es kommt schon auch daher, dass politischer Diskurs in unserem Land so abläuft, dass dem Grunde nach die Kommunalpolitik teilweise auf die Landkreispolitik schimpft, die Kreispolitik auf die Landespolitik, Landespolitiker erzählen jeden Tag in den Medien, was Berlin alles falsch macht. Berlin erzählt anschließend, warum eigentlich Brüssel daran schuld ist.

Meine Damen und Herren, dann kommt eine Medienlogik dazu, die natürlich im Sinne von kritischem Journalismus über die 10 % berichtet, die nicht funktionieren, die über Skandale berichtet, die den Medienwert haben, und nicht über die 90 % der Dinge, die in unserem Land gut laufen. Dann ist es schon verwunderlich, dass wir uns anschließend darüber wundern, dass die Menschen glauben, Politik würde nicht gut funktionieren, dass die Menschen glauben, ausgerechnet im Parlament würden die sitzen, die als Pfeifen das Land regieren.

Meine Damen und Herren, unser Beitrag, um die Menschen wieder mitzunehmen, muss darin bestehen, es zu schaffen, dass die politische Debatte kein Wettbewerb darum ist, wer den anderen besser madigmacht, sondern dass Politik, so wie sie

es sein soll in einer Demokratie, wieder ein Wettbewerb um die besten Ideen für die Zukunft unseres Landes wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Ich wollte Sie nicht unterbrechen, sondern bei den Kolleginnen und Kollegen für etwas mehr Ruhe sorgen, weil man sonst den Redner nicht verstehen kann. Es wäre schön, wenn ihm alle zuhören würden. – Danke.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Vielen Dank dafür, Frau Präsidentin! Ich hoffe, ich bekomme das anschließend als Zeitgutschrift wieder gutgeschrieben.

Ich will noch einen letzten Punkt in die Debatte einbringen, meine Damen und Herren; denn es geht nicht nur darum, die Menschen mitzunehmen. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir auch eine Strategie im Umgang mit denjenigen brauchen, bei denen es uns nicht gelungen ist, sie mitzunehmen. Ich blicke dabei auf die Protestkultur in unserem Land. Dabei geht es nicht darum – ich bitte, das nicht falsch zu verstehen –, Protest einzuschränken. Jeder, der sich mit konstruktiven Ideen einbringen möchte, ist in unserem Land herzlich willkommen, der ist willkommener als die große dröge Masse an Menschen, denen es egal ist, wie wesentliche Entscheidungen in unserem Land fallen. Ich meine aber, meine Damen und Herren, dass wir es schon wieder schaffen müssen, dies auch nach außen unter Demokraten deutlich zu formulieren. Es genügt eben nicht, am Ende des Tages einfach nur destruktiv dagegen zu sein.

Meine Damen und Herren, vor allen Dingen ist es wichtig, dass wir dies klar gegenüber denen zum Ausdruck bringen, die in diesen Tagen dem Rechtsstaat auf der Nase herumtanzen, und zwar aus mindestens zwei Gründen – Stichwort: "Letzte Generation".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin fest davon überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die "Letzte Generation" ihrem eigentlich artikulierten politischen Ziel mit ihrem Auftreten in den letzten Wochen und Monaten einen Bärendienst erweist. Ich bin fest davon überzeugt, dass die "Letzte Generation" zwischenzeitlich eigentlich der natürliche Feind des Klimaschutzes ist, und zwar deshalb, weil sie mit ihren Aktionen jeden Tag dafür sorgt, dass sich die Menschen in der bürgerlichen Mitte, die eigentlich eine hohe Grundsympathie für die Aufgaben im Rahmen des Klimawandels gehabt haben, abwenden und den Kopf schütteln. Ich glaube, niemand erweist in diesen Tagen dem ernst gemeinten Kampf gegen den Klimawandel in unserem Land einen größeren Bärendienst, niemand schadet in diesen Tagen dem Kampf gegen den Klimawandel mehr als die "Letzte Generation".

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen auch einen Konsens darüber, wie der Rechtsstaat mit solchen Aktionen umgeht. Wir müssen uns nämlich immer die Prüfungsfrage stellen: Wie würden wir denn damit umgehen, wenn es nicht die Klimaschützer wären, sondern vielleicht die Reichsbürger oder die Corona-Leugner, die auf den Straßen kleben, die die schwäbische Bezirksregierung besetzen, die derzeit Suppe auf Gemälde werfend dafür sorgen, dass die öffentliche Ordnung durcheinanderkommt? – Ich glaube, wir wären uns alle einig, dass dies ein Skandal ist und gar nicht geht. Ich meine, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass dies auch bei ehernen Zielen gelten muss. Ich glaube, wir sind wohlberaten, wenn wir als Demokraten klar und gemeinschaftlich formulieren: Wer seine Ziele, egal wie ehrenwert sie sein mögen – und Klimaschutz ist ein gutes Ziel

–, über die Spielregeln unseres Rechtsstaates stellt, der ist kein Aktivist, sondern ein Krimineller. Dies gilt es deutlich zu adressieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, auch mit Zeitgutschrift ist Ihre Redezeit jetzt beendet.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lassen Sie mich, Frau Präsidentin, deshalb – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, es gab schon eine Zeitgutschrift. Wir haben die Uhr schon gestoppt.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Die Zeitgutschrift ist überschaubar.

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, die haben Sie schon ausgeschöpft.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ich glaube, die Botschaft ist angekommen. Ich freue mich auf die Debatte. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Danke schön. – Als Nächster hat Kollege Stümpfig für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vier von fünf Jahren Regierungszeit – Gestaltungszeit, wenn man sich an das Motto des Themas der heutigen Aktuellen Stunde auf Vorschlag der FREIEN WÄHLER anlehnt – sind nun vorüber. Wenn wir heute Bilanz ziehen wollen – wir nehmen jetzt an, dass dies heute Ihr Anliegen ist –, so kann man nur hoffen: Hoffentlich ist das schwarz-orange Theater nächstes Jahr vorüber; denn von "Gestalten" sind Sie meilenweit entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Ich beginne meinen Redebeitrag mit einer Bilanz und blicke ganz genau auf unseren Wirtschaftsminister – er ist heute leider nicht da –, Herrn Hubert Aiwanger. Meine Kollegin, Frau Schwamberger, wird sich die Bilanz von Herrn Piazzolo ansehen, und Herr Hierneis knöpft sich Herrn Glauber vor.

Beim Untertitel der heutigen Aktuellen Stunde auf Vorschlag der FREIEN WÄHLER habe ich mir schon gedacht: Verhindern, nörgeln und spalten – das könnte die Überschrift über Hubert Aiwangers Twitter-Account sein.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der AfD)

In der Fraktion waren wir uns nur nicht ganz sicher, über welchen der vielen Accounts und über welchen der vielen Fake-Accounts dies dann stehen würde.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Darüber haben wir diskutiert, sind aber noch zu keinem Ergebnis gekommen. Schauen wir aber mal weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Mehring, Sie haben viel zum Klimaschutz und dazu gesagt, wohin die Reise gehen muss. Ich war von unserem Energie- und Wirtschaftsminister wirklich erschüttert: Noch am 9. Februar dieses Jahres hat er auf der Energiebeiratssitzung – also zwei Wochen, bevor der schreckliche Angriffskrieg auf die Ukraine begonnen hat – ein Loblied auf Erdgas gesungen: Erdgas ist ganz wichtig; Erdgas ist weit mehr als eine Brückentechnologie. – Das war das große Plädoyer.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihrem Protest entnehme ich, dass Sie anscheinend noch immer nicht begriffen haben: Wir brauchen endlich die klare Aussage für 100 % erneuerbare Energien. Daran führt kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zahlreiche Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kein Wunder! Wenn Sie so an Erdgas kleben, ist auch die Klimabilanz der Staatsregierung dementsprechend bescheiden. Es gibt immer noch steigende CO₂-Emissionen, vor allem in dem Bereich, den Sie verantworten, liebe FREIE WÄHLER. Ich muss ganz klar sagen: Wir brauchen endlich konkrete Maßnahmen. Wir brauchen Gestaltung. Wir brauchen verbindliche Ziele im Wärme- und Strombereich. Wir brauchen ein Klimagesetz. Darüber haben wir hier schön öfter diskutiert. Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass Sie endlich einmal sagen, wohin die Reise geht, wohin wir müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Ein Wirtschaftsminister, der nur in einem Wasserstoffwolkenkuckucksheim herumirrt, ist da fehl am Platz. Wir brauchen einen Wirtschaftsminister, der vor Ort anpackt und sich für die erneuerbaren Energien einsetzt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): So wie der grüne Wirtschaftsminister, oder?)

Herr Mehring, echter Klimaschutz wäre genau die richtige Antwort auf die verzweifelten Hilferufe vieler junger Menschen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Die richtige Antwort wäre, hier einmal anzupacken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben aber einen Bereich, in dem es momentan wirklich vorwärtsgeht. Sie als FREIE WÄHLER könnten sich das auch einmal genauer ansehen. Das ist nämlich die Windkraft. Wir sehen, was es bringen kann, wenn man ein klares Gesetz schreibt, so wie es Robert Habeck Anfang des Jahres mit dem Wind-an-Land-Gesetz getan hat.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So viel Ideologie auf einmal!)

Wenn ich mit meinem Regionalen Planungsverband und vielen anderen spreche, merke ich, dass eine richtige Aufbruchstimmung vorhanden ist. Diese Aufbruchstimmung hätte man eigentlich schon vor vier Jahren haben können, wenn Sie im Koalitionsvertrag die 10-H-Regelung gekippt hätten. Das wäre überfällig; das haben Sie aber nicht geschafft. Deshalb muss man sagen: Diese Zeit ist verloren gegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Wir haben jetzt allerhöchste Not, das irgendwie wieder hinzubekommen. Zum Glück gibt es aber in Deutschland die GRÜNEN. Deswegen packen wir hier an.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Das ist lächerlich!)

Herr Aiwanger ist auch für die Landesplanung zuständig. Wir werden am Donnerstag im Ausschuss über das LEP sprechen. Wir haben viele Änderungsanträge eingebracht. Im Koalitionsvertrag steht zwar ein Ziel von 5 Hektar, aber was ist es denn wert? – Im Jahr 2018 hatten wir 10 Hektar Flächenfraß, 2019 10,8 Hektar, 2020 11,6 Hektar, 2021 10,3 Hektar.

(Zuruf von der CSU: Wo denn? Das stimmt doch alles nicht!)

Sie reden aber davon, dass im Koalitionsvertrag 5 Hektar stehen. Sie sind meilenweit vom Ziel entfernt. Wir sagen ganz klar: Gestalten sieht wirklich anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Zum Abschluss – meine Redezeit, die 5 Minuten sind vorbei: Herr Mehring, Sie haben gesagt, dass Sie in Bayern anpacken wollen. Wir sind auf die nächsten Anträge der FREIEN WÄHLER gespannt. Nutzen Sie diese Gelegenheit! Als Koalitionspartner haben Sie Möglichkeiten. Wenn Sie wirklich anpacken wollen, unterstützen wir Sie. Wir warten sehnsüchtig darauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht Herr Kollege Martin Huber für die CSU-Fraktion – 10 Minuten.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass es immer gut ist, eine lebendige Debatte zu führen; aber es ist auch immer gut, wenn man den Redner akustisch verstehen kann. – Bitte schön.

Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Kollegen Stümpfig kann ich einfach nur erwidern: Bayern ist das Macherland! Die Ampel ist längst ausgebrannt! – Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch und Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auch die Situation, in der deutlich wird: Wir in Bayern sind das Gegenmodell zur Chaos-Ampel in Berlin. Wir haben eine tatkräftige, erfolgreiche Staatsregierung. Wir sind das Gegenmodell zu dem Dauerzoff in der Ampel in Berlin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Angesichts der schlimmsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, in der sich unser Land befindet, muss es doch heißen: "Handeln! Machen! Anpacken!", aber nicht, wie es bei der Ampel heißt: "Zaudern! Zögern! Streiten!"

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diesen Unterschied sehen wir auch ganz konkret hier im Freistaat Bayern; denn in Bayern geht es den Menschen besser. Bayern trotz der Krise.

Wir haben mit 3,5 % die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchsten verfügbaren Einkommen aller Länder. Wir haben die geringste Mindestsicherungs- und Niedrigeinkommensquote und die höchste Erwerbstätigenquote.

Bayern ist das sicherste Land, das Land mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung und der höchsten Aufklärungsquote.

Bayern ist Spitze bei der Wirtschaftskraft, bei den Zukunftsinvestitionen, bei Forschung und Entwicklung. Mittlerweile muss sogar Ihr grüner Wirtschaftsminister zugeben: Bayern ist führend bei Wasserkraft, Photovoltaik, Bioenergie und Geothermie. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Wahrheit ist auch: Die Ampel feiert regelrechte Umverteilungsorgien. Wir dagegen kümmern uns um die Stärkung des Standorts Bayern.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wo denn?)

Bei der Erbschaftsteuer betreibt Rot-Grün Klassenkampf pur, und die FDP schaut zu. Während die Ampel-Vertreter in Ideologie versinken, arbeiten wir an pragmatischen Lösungen. Aber: Ölkraftwerke statt AKW-Laufzeitverlängerung, das ist pure Ideologie.

Kollege Stümpfig, der Bau neuer Gaskraftwerke ist Bestandteil des Koalitionsvertrags der Ampel. Das, was Sie hier zeigen, ist pure Doppelmoral, pure grüne Doppelmoral.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Anpacken dagegen heißt: eine eigene bayerische Wasserstoffstrategie mit der Etablierung von Lieferketten aus Südeuropa. Das ist Anpacken für Bayern. Dafür steht auch Markus Söder. Das hat er bei seiner Reise nach Kroatien deutlich gemacht.

Wenn die SPD die Deindustrialisierung Deutschlands befürchtet, dann sollte sie die Schuld nicht in den USA und beim dortigen Inflation Reduction Act suchen, sondern feststellen: Es ist die Ampel, mit der in Deutschland die Lichter ausgehen.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

– Danke, Tanja.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Ampel steht für einen völlig anderen Ansatz. Statt "Leistung muss sich lohnen!" heißt es bei der Ampel: "Wer was leistet, der muss lohnen!"

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Ampel will ein völlig anderes Land; die Menschen wollen das nicht. Genau deswegen ist der Einbruch des Vertrauens in die Ampel dramatisch. Die Ampel hat keine Mehrheit mehr. Drei Klientelparteien, die keine Mehrheit haben – das ist die Quittung für den dauernden Ampel-Zoff.

Dass die Menschen mit der Ampel unzufrieden sind, hat auch mit deren bisheriger Bilanz zu tun. Die Ampel verantwortet eine Rekordverschuldung von 550 Milliarden Euro seit Regierungsantritt. Wir haben einen grünen Bundeswirtschaftsminister, der offen zugibt: "Den Gasmarkt verstehe ich nicht", und der dem Land über die Folgen seiner Energiepolitik die Unwahrheit sagt. Die Gasumlage hat nicht einmal den Tag der geplanten Einführung erlebt. Die Gas- und Stromprelsbremse kommt zu spät. Beim 49-Euro-Ticket hat die Ampel vergessen, die Kommunen ein-

zubinden; deshalb erfolgt die Einführung nicht zum Jahreswechsel, sondern erst Ostern. Die Auszahlung des Wohngelds verzögert sich, die Auszahlung des Energiegelds ebenso. In der schlimmsten Energiekrise des Landes weigern sich die GRÜNEN, CO₂-neutralen, grundlastfähigen Strom für 10 Millionen Haushalte zu nutzen. Die Antwort auf den Wegfall der Brücke "Pipeline-Gas" kann nicht das Einreißen der Brücke "Kernenergie" sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, das Ifo-Institut sagt es, die Wirtschaftsweisen sagen es, der Industrie- und Handelskammertag sagt es, der Weltklimarat sagt es, ja, sogar Greta Thunberg sagt es: Wir brauchen verlängerte Laufzeiten der noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke; denn jeder, der eins und eins zusammenzählen kann, weiß: je größer das Angebot, desto niedriger der Preis. Deshalb muss jetzt alles, was geht, ans Netz und alles, was schon am Netz ist, am Netz bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Was macht eigentlich die FDP in Berlin? – Der Bundesfinanzminister ist mit dem Versprechen angetreten: Keine Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode! – Und jetzt? – Die Ampel erhöht die Erbschaftsteuer durch die Hintertür. Ja, das Bundesverfassungsgericht hat eine Reform der Bewertungskriterien angemahnt; aber es hat der Ampel nicht verboten, im selben Zuge auch die Freibeträge anzupassen. Mit den neuen Bewertungskriterien ohne höhere Freibeträge droht Erben in Ballungsräumen eine Verfünffachung der Erbschaftsteuer. Das ist keine Erbschaftsteuerreform, das ist eine Bayern-Steuer. Jetzt zeigt sich halt, was es heißt, ein Kabinett ohne Bayern in Berlin zu haben.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie reden hier im Landtag immer gerne von Ordnungspolitik und Rahmenbedingungen, aber in Berlin verantworten Sie Rekordschulden, Schattenhaushalte und Steuererhöhungen durch die Hintertür. Diese FDP verleugnet ihre eigenen Grundprinzipien. Das zeigt: Sie ist und bleibt überflüssig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der FDP)

Statt die Gesellschaft zu stärken und mit klarem Kurs durch die Krise zu führen, wollen die Ampel-Parteien das Land verändern. Unser Land braucht aber nicht mehr Identitätspolitik und Cancel Culture, sondern mehr Gemeinsinn und Macher-tum. Deshalb kann ich den Ampel-Parteien nur zurufen: Beenden Sie das sinnlose Schlechtreden Bayerns! Orientieren Sie sich am Freistaat Bayern! Nehmt euch die Staatsregierung zum Vorbild!

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oh!)

Erkennt: Bayern ist das Macherland, das erfolgreich durch diese Krise kommt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir führen nämlich keine abseitigen Paralleldebatten. Wir kümmern uns um die Sorgen der Menschen und den Wohlstand von morgen. Das heißt vor allem: Vor dem Verteilen muss wieder das Erwirtschaften kommen! Wer Vergemeinschaftung, Planwirtschaft und Enteignungen durch die Hintertür will, der versündigt sich an der sozialen Marktwirtschaft.

Bayern zeigt, wie es anders geht: Bayern übertrifft mit seinem Bruttoinlandsprodukt 22 der 28 EU-Mitgliedsstaaten. Das verdanken wir einem starken, frei und so-

zial handelnden Mittelstand und einer umsichtigen Politik, die seit Jahrzehnten die Rahmenbedingungen setzt, die Leistung und Leidenschaft für die Arbeit als Stärke und nicht als Schwäche begreift. Nur die Soliden können auch die Starken und Sozialen sein. Deswegen haben wir in Bayern einen Haushalt vorgelegt, mit dem wir die Schuldenbremse einhalten und keine neuen Schulden machen, einen Haushalt, der klare Prioritäten setzt – für Heimat und Hightech, für Bildung und Arbeit, für Wohlstand und soziale Sicherheit.

Jetzt, in der Krise, zeigt sich, wer zupackt. Wir in Bayern stehen für unser Land und unsere Heimat. Wir gehen mit dem Bayerischen Härtefallfonds in Milliardenhöhe beispielhaft voran und stopfen all die Lücken, die die Bundesregierung lässt. Wir bauen unsere Heimatenergien aus. Wir haben ein klares, umfassendes Energie- und Klimapakete verabschiedet. Wir sichern mit der Hightech Agenda den Standort Bayern im globalen Wettbewerb: 1.000 neue Professuren, 13.000 neue Studienplätze, 20 Spitzenforschungszentren, dazu massive Investitionen in den Hochschulbau und neue Lehrstühle im ländlichen Raum. Die Hightech Agenda ist unsere Agenda für die Arbeitsplätze der Zukunft; sie ist die Agenda für den Wohlstand unserer Kinder und Enkelkinder. Das zeigt: Bayern handelt! Bayern macht es richtig!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir vollziehen auch die Energiewende nicht gegen die Menschen, sondern gemeinsam mit ihnen. Damit machen wir Bayern zur Benchmark für Ökologie und Ökonomie. Wir sind nicht nur bei den grundlastfähigen erneuerbaren Energien führend; wir sind auch beim Wasserstoff Vorreiter. Mit unserer Wasserstoffstrategie zeigen wir der Welt, dass wirtschaftlicher Erfolg als Exportnation und Klimaschutz eben doch zusammengehen. Wir zeigen, dass Klimaschutz und Wertschöpfung zusammenpassen; wir verbinden beides. Unser Credo lautet: Stärkung der Heimatenergien! Technologieoffenheit statt Ideologie!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Weil wir in Bayern wirtschaftlich so stark sind, können wir auch sozial so stark sein. Bayern ist das Land der sozialen Gerechtigkeit. Der bayerische Sozialhaushalt mit einem Rekordvolumen von 7 Milliarden Euro ist ein klares Bekenntnis zu einer starken Sozialpolitik.

Ebenso stark ist unser Bekenntnis zur Familie. Wir bewerten Familie nicht, sondern ermöglichen sie, unter anderem durch einen beispiellosen Ausbau der Kinderbetreuung, aber auch durch das Bayerische Familiengeld, eine Leistung übrigens, die es dort, wo Bayerns Opposition regiert, nicht gibt. Das sollten Sie sich merken!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf Sie auch daran erinnern: Der bayerische Haushalt sieht 71 Milliarden Euro Gesamtausgaben vor – strategische Investitionen in unsere Heimat, in eine sichere Zukunft für unser Land. Wir leisten, wir liefern. Und: Es wird sich wieder auszahlen.

Die Ampel-Parteien sind nicht nur eine schlechte Regierung in Berlin, sie sind auch eine schlechte Opposition in Bayern. Sie setzen genau die Ideologie des Bündnisses über das Wohl der Menschen.

Wenn Sie schon so oft von "Haltung" sprechen, dann zeigen Sie doch einmal Haltung für unser Land! Zeigen Sie doch einmal Haltung für unsere Wirtschaft und unsere Arbeitnehmer! Zeigen Sie Haltung für die Menschen, die hier leben! Zeigen Sie Haltung für den Freistaat Bayern, anstatt das Eintreten für bayerische Interessen als "altmodisch" zu brandmarken, wie die GRÜNEN es tun.

Genau das ist der Unterschied: Wir kümmern uns um Bayern; bei der Ampel verkümmert Bayern. Die Staatsregierung hier in Bayern ist der tatkräftige, erfolgreiche Gegenentwurf zum Ampel-Dauerzoff. Wir hier sind die Macherkoalition für das Macherland Bayern. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Uli Henkel für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen! Um etwas gemeinsam zu gestalten, müsste man erst einmal auf Augenhöhe zusammen nach den besten Lösungen suchen, um diese dann einvernehmlich umzusetzen. Unser politisches System sorgt aber dafür, dass weder die kruden Ideen der GRÜNEN oder Roten noch die exzellenten Ideen der AfD umgesetzt werden; denn in diesem Landtag wird immer und ausnahmslos nur das durchgesetzt, aber eben auch abgelehnt, was sich CSU und FREIE WÄHLER so ausgedacht haben.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das nennt man Regierung!)

Das klingt fürchterlich, ist aber Demokratie in Reinform.

Die FREIEN WÄHLER sprechen sich heute gegen Nörgler, Verhinderer und Spalter aus. Das klingt auf den ersten Blick klar konsensfähig. Nur: Verhindert wird zu oft auch von der Koalition selbst, egal, ob hier im Bayerischen Landtag oder aber, eben nur mit umgekehrtem Vorzeichen, auch im Berlin der Ampel. Nörgeln, liebe FREIE WÄHLER, ist doch nur die Vorstufe von Protest bis hin zur Rebellion. Und überhaupt: Der Bayer nörgelt halt gerne, lebt er doch nach der Devise: Net gschimpft ist globt gnuu. Interessant wird es also vor allem beim Begriff des Spaltens. – Tut mir leid, geschätzte Kollegen, aber dem Volk aufs Maul zu schauen und für direkte Demokratie einzutreten, hat absolut nichts mit Spalten zu tun. Das ist wohl doch eher Ihr Alleinstellungsmerkmal.

Ich sage Ihnen jetzt einmal, was ein Spalter so macht: Er trennt die Menschen in Gute und Schlechte

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie zeigen uns seit Jahren, wer die Spalter sind! – Gegenruf von der AfD: Selber Spalter!)

und macht dies zum Beispiel davon abhängig, ob sie widerstands- und widerspruchslos einen Maskenterror über sich ergehen lassen,

(Widerspruch)

ob sie sich mit einer bewusst gewollten Geflüchteteninvasion abfinden oder auch mit der Aushöhlung des Staatsangehörigkeitsrechts bei klarer Tendenz, dass autochthone Deutsche in nicht allzu ferner Zukunft zur Minderheit im eigenen Land werden dürften, oder, abschließend, ob sie die Lieferung schwerer Waffen an einen Oligarchenstaat klaglos hinzunehmen bereit sind. Spalter sind all diejenigen politischen Akteure, die sich weigern, dem politischen Mitbewerber die ihm zustehenden Ämter zuzugestehen. Spalter sind Politiker, die dem AfD-Abgeordneten selbst vor Schulklassen nicht die Hand geben, die regelmäßig politisch motivierte Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft einreichen, natürlich nicht, ohne medienwirksam die "SZ" im Schlepptau dabeizuhaben. Spalter sind diejenigen, die unsere Bürger durch moralingetränkte Sprechverbote und eine ungesunde "Political Correctness" an den Rand der Gesellschaft treiben. Spalter sind die Medien, die absolut einseitig berichten, die belehren, erziehen und andere Meinungen nicht akzeptieren, die

ihre Allmacht gegen den Zwangsgebührenzahler einsetzen, der sich nicht abmelden und so wehren kann.

(Beifall bei der AfD)

Kollegen, ich könnte ewig so weitermachen. Aber ich schaue noch einmal auf den Titel der Aktuellen Stunde und wende mich jetzt in Duktus und Tonlage exakt um 180 Grad. Gemeinsam zu spalten – –

(Allgemeine Heiterkeit)

Gemeinsam zu gestalten statt zu spalten. – Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, die AfD "freut" sich, dass die Regierenden unser demografisches Problem erkannt haben und deshalb Millionen kulturfremder, zu oft leider nicht integrationswilliger Menschen in unser Land lassen. Die AfD "freut" sich, dass Bayern im März 2023 den letzten Kernkraftmeiler abschaffen will. Schließlich ist eine CO₂-neutrale, grundlastfähige Energiequelle nur ein Hindernis auf dem Weg in unsere neue Klimareligion gemäß der Devise: Wollt ihr die totalen Erneuerbaren? Die AfD "freut" sich, dass durch die "vorausschauende" Geldentwertungspolitik der EZB endlich diese sinnlos auf Festgeldkonten herumliegenden sogenannten Ersparnisse des deutschen Michel wenn schon nicht ganz verschwinden, so doch wenigstens inflationiert werden. Die AfD "freut" sich zusammen mit den über 40 Millionen Autofahrern in Deutschland darüber, dass Tanken nun endlich so richtig teuer geworden ist, hat man so doch wenigstens eine gute Ausrede für vergessene Weihnachtsgeschenke.

Kurzum: Euphemismen machen glücklich, weshalb wir künftig auch im Privatleben jedes überzogene Konto als Sondervermögen deklarieren sollten.

In diesem Sinne, Kollegen: Ab jetzt wird wieder in die Hände gespuckt. Die 205 Abgeordneten gestalten bayerische Politik ab sofort gemeinsam. Deshalb lasse ich Ihnen jetzt auch per Mail all die sensationellen Vorschläge der AfD zukommen, auf dass diese von der Staatskanzlei adaptiert und eins zu eins umgesetzt werden können im Interesse ganz Bayerns und seiner Menschen, die sich schon lange darüber wundern, warum die tollen Ideen der AfD immer erst zunächst umständlich auf CSU und FREIE WÄHLER umgelabelt werden müssen, bevor sie dann im Landtag beschlossen werden können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Florian von Brunn für die SPD-Fraktion das Wort.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war etwas überrascht über den Titel der Aktuellen Stunde, weil das, was ich seit dem Amtsantritt von Olaf Scholz und der Ampel vor 365 Tagen erlebe, "M-und-M-Politik" von CSU und FREIEN WÄHLERN ist, also "Mosern statt Machen". Das beste Beispiel dafür ist dieses Nord-Süd-Horrormärchen, das Sie erzählen, wie schlimm der Süden vom bösen Norden benachteiligt wird. Der Hintergrund ist doch ganz klar: Markus Söder und die CSU haben in Berlin nichts mehr zu sagen. Sie haben null zu sagen.

(Unruhe bei der CSU)

Weil der Markus nicht mehr bestimmen darf, spielt er jetzt nicht mehr mit. Ich finde das kindisch. So sieht keine konstruktive Politik aus.

(Widerspruch bei der CSU – Manfred Ländner (CSU): Das ist armselig!)

Das ist das Erste. Da können Sie sich aufregen, aber das sind die Fakten.

Herr Mehring, ich stimme Ihnen zu. Ich finde es auch falsch, wenn wir alles verhindern und blockieren. Sie haben das Problem richtig erkannt. Aber Sie haben die eigentlichen Verhinderer in Bayern nicht richtig benannt: Es war doch Herr Aiwan-ger, der gegen die Stromleitungen und gegen das Impfen war.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Markus Söder ist gegen die Windkraft gewesen und ist gegen das ICE-Werk in Nürnberg. CSU und FREIE WÄHLER sind gemeinsam gegen den Brenner-Basis-zulauf.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr wolltet das nicht haben! – Alexander König (CSU): Das stimmt nicht! – Thomas Huber (CSU): Märchen!)

Wo sitzen also die Verhinderer? – Hier sitzen die Verhinderer.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Deswegen wäre bei Ihnen Selbstkritik angebracht. Bei Ihnen wäre viel Selbstkritik angebracht. Je mehr Sie schreien, desto mehr bestätigen Sie, dass ich recht habe.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Selbstkritik wäre angebracht. – Wir sind bereit! Beenden wir den Windkraftstopp und 10 H! Beenden wir das! Wir können das sofort abschaffen. Dann ist endlich diese bürokratische Regulierung der Windkraft weg, und wir haben eine richtige Ausbaudynamik. Wir sind bereit.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Erbschaftsteuer run-ter!)

Lassen Sie uns als Nächstes gemeinsam dafür sorgen, dass der Brenner-Basiszu-lauf schnell geplant und schnell gebaut wird,

(Thomas Huber (CSU): Aber richtig!)

damit wir Güter endlich auf die Schiene bekommen.

(Beifall bei der SPD)

– Der Herr Huber schreit schon los. – Wir wollen endlich eine schnelle Zugverbin-dung nach Italien.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Der spielt uns in die Hände!)

Dafür brauchen wir auch ICEs.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das muss der Bund machen! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wer regiert im Bund?)

– Ja, ja. Sie haben gerade eben vergessen, dass dafür lange Zeit CSU-Verkehrs-minister zuständig waren.

(Beifall bei der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Aber jetzt seid ihr es!)

Manche sagen, dass Andreas Scheuer die schlechteste Personalentscheidung in Deutschland und in der Welt war, seitdem Kaiser Caligula sein Pferd zum Konsul ernennen wollte.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Also: Wir brauchen ICEs für schnelle Zugverbindungen nach Italien. Die möchten wir gerne warten. Wir sind bereit. Lassen Sie uns dieses ICE-Werk gerne bauen. Wir stehen da dahinter.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Landesweit in Nürnberg! Super!)

Bayern ist ein Macherland. Ich stimme Ihnen völlig zu. Natürlich ist Bayern ein Macherland; aber Sie sind keine Macher. Sie sind nur Ankündigungsprofis, und der Ankündigungsweltmeister sitzt in der Staatskanzlei.

(Beifall bei der SPD)

Er ist übrigens auch Weltmeister der gebrochenen Wahlversprechen.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Ja, ja!)

Er wollte ja 33.000 verkaufte, verscherbelte GBW-Wohnungen durch tolle 10.000 Wohnungen der BayernHeim kompensieren. 230 Wohnungen haben Sie gekauft, aber bisher nicht gebaut! Das ist das erste gebrochene Wahlversprechen.

Sie wollten flächendeckend das 365-Euro-Ticket einführen. Das steht in Ihrem Koalitionsvertrag. Heute sagt Herr Bernreiter: Mit 60 % Abdeckung bei den Schülern und Azubis ist unser Wahlversprechen erfüllt. – Die Menschen im Land sehen das ganz anders!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Herr Holetschek ist jetzt weg. Ein weiteres Wahlversprechen war die Pflegeplatzgarantie. Markus Söder hat vor der Wahl 2018 gesagt: Jeder pflegebedürftige Mensch in Bayern hat ab 1. Januar 2023 einen Pflegeplatz garantiert. Wie sieht die Realität aus? – In Bayern müssen Pflegeheime wegen Personalmangels geschlossen werden. Sie sind gescheitert. Gestehen Sie sich das endlich ein! Das ist das Gegenteil von Machen.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie es nicht können, werden wir nicht lockerlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass es bezahlbare Wohnungen in Bayern gibt. Wir müssen jedes Jahr 80.000 Wohnungen bauen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kämpfen für mehr Pflegepersonal und eine bessere Pflegefinanzierung. Wir sorgen für eine gute Krankenhausversorgung auf dem Land. Dafür kämpfen wir. Wir kämpfen auch für mehr bezahlbare Tickets.

(Beifall bei der SPD)

Ja, die Menschen in Bayern brauchen Taten, nicht falsches Eigenlob. Wir wollen machen, statt immer nur zu södern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster spricht der Kollege Franz Josef Pschierer für die FDP-Fraktion.

Franz Josef Pschierer (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mehring, bei Ihnen hatte ich heute das Gefühl, Sie hätten letzte Nacht Kreide gefressen. So versöhnlich habe ich Sie ja noch nie erlebt. – Spaß beiseite.

Da Sie schreiben, das Land braucht Macher – und wir sind ein Macherland –, muss ich Ihnen mal vorhalten, dass im Moment von Bayern aus, von dieser Staatsregierung wenig Macherinitiativen kommen. Was machen Sie? – Sie machen genau das, was Sie heute kritisieren: Sie nörgeln und kritisieren. Ich habe keine Veranlassung, die Sozialdemokraten oder die GRÜNEN zu verteidigen.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

Um es aber mal ganz deutlich auf den Punkt zu bringen: Sie schauen heute nach Berlin und kritisieren Herrn Lauterbach. Dazu ist festzustellen: Er hat heute noch damit zu tun, das organisatorische Chaos von Herrn Spahn aufzuräumen, was die Beschaffung von Impfstoff und Masken angeht.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie heute die Frau Lambrecht kritisieren, dann darf ich mal an Sie appellieren:

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist doch dein neuer Koalitionspartner, nicht unserer!)

Schauen Sie mal nach, was eine Frau Kramp-Karrenbauer und eine Uschi von der Leyen einer Frau Lambrecht hinterlassen haben, nämlich eine desolote, heruntergewirtschaftete Bundeswehr, meine Damen und Herren! Das ist doch Ihr Werk gewesen!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich mache weiter. Andreas Scheuer hat großspurige Ankündigungen gemacht.

(Lachen bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Er hat großspurige Ankündigungen gemacht, aber einen völlig unterfinanzierten Verkehrswegeplan und ein Mautdesaster hinterlassen.

(Zuruf: Gott, ist das peinlich! – Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Die Sicherstellung der Energieversorgung – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege Fabian Mehring, zum Thema "Sicherstellung der Energieversorgung": Im Jahr 2011 wurde der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Sie hatten über neun Jahre Zeit, um den Ausbau der Netze und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Es ist nichts passiert.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU) – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Wer war denn zu dieser Zeit Wirtschaftsminister?)

– Herr Mehring, es wird ja jetzt wieder versöhnlich für Sie. – Eine kleine Anmerkung in Richtung der GRÜNEN: Ich war 2015 nicht begeistert, als Sie der Ausländerpolitik von Frau Merkel Beifall geklatscht haben.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Deswegen ist er zur FDP gegangen!)

Ich stimme Ihnen aber zu: Seit dem September 2015, als man die Tore breit aufgemacht hat, sind sechs Jahre Zeit gewesen, Zigtausende von Menschen, die die bayerische Wirtschaft gebraucht hätte, die arbeitsfähig und arbeitswillig gewesen wären, in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Nichts ist passiert!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wer war denn im Kabinett der CSU?)

Jetzt mal wieder zurück zu Bayern. Wenn man was macht, muss man wissen, wer zuständig ist.

Liebe Staatsregierung, jetzt will ich das an zwei Beispielen deutlich machen: Die Digitalisierung ist eines der großen Zukunftsthemen. Ich stelle dem Hohen Haus die Frage, wer in Bayern für die Digitalisierung zuständig ist.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Digitalisierungsministerium? Wirtschaftsministerium?

(Zurufe: Pschierer!)

Ich musste feststellen – Herr Kollege Huber, wo sind Sie denn? Es gibt ein Landesamt für Digitalisierung in Bayern. Jetzt raten Sie mal, zu welchem Ressort das gehört!

(Zurufe: Pschierer! – Heiterkeit)

– Das wäre gut! – Es gehört nicht zum Digitalisierungsministerium. Es gehört auch nicht zum Wirtschaftsministerium. Es gehört, lieber Kollege Fabian Mehring, zum Finanzministerium. Das heißt, hier weiß doch die linke Hand nicht, was die rechte tut. Schaffen Sie doch mal klare Zuständigkeiten!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Das zweite Thema – ein Lieblingsthema zu meiner Zeit –: Bayern war lange Zeit, was Luft- und Raumfahrt angeht, der führende Standort in Deutschland. Ich habe bislang, was Bavaria One und Raumfahrtgipfel angeht, nur Ankündigungen gehört.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist so etwas von hinterm Mond! – Florian von Brunn (SPD): Er ist von hinter dem Mond hervorgekommen!)

Herr Kollege Mehring, ich habe manchmal den Eindruck, dass Herr Söder und Herr Aiwanger sich eher darüber unterhalten, wer als Erster die Mondoberfläche betreten darf.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Keine Ahnung! Wahnsinn!)

Wenn Sie Luft- und Raumfahrtspolitik ernsthaft machen wollen, dann müssen Sie über den Tellerrand hinausschauen! Es gab über Jahre hinweg ein Drei-Länder-Papier von Bayern, Baden-Württemberg und Bremen. Das hat funktioniert, obwohl Baden-Württemberg grün-schwarz und Bremen rot regiert war. Da ist bislang nichts passiert.

(Zuruf von der CSU)

Versuchen Sie endlich mal, eine vernünftige Luft- und Raumfahrtspolitik zu machen!

Jetzt zum Thema, was das Machen in Bayern angeht. Der Herr Wirtschaftsminister ist gerade nicht da. Aber geben Sie es ihm einfach mit! Eine kleine scherzhafte Anmerkung: Ich habe gelegentlich das Gefühl, dass bei Hubert jeden Tag der Ent-

scheidungsprozess stattfindet: Bin ich heute Forst-, Jagd-, Landwirtschafts- oder vielleicht doch auch mal Wirtschaftsminister?

(Zuruf von der CSU: Das sagt ja der Richtige!)

Helfen Sie ihm auf die Sprünge, dass er der Wirtschaftsminister des Freistaats Bayern ist!

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Er soll beim Thema Energiepolitik und beim Ausbau der Stromtrassen Dampf machen, die preiswerten und sicheren Nordseestrom zu uns bringen!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pschierer!

Franz Josef Pschierer (FDP): Er soll beim Ausbau der Glasfasernetze Dampf machen, damit der ländliche Raum nicht abgehängt wird!

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Pschierer, das Mikrofon ist schon lange aus, weil Ihre Redezeit abgelaufen ist.

(Der Abgeordnete Franz Josef Pschierer (FDP) spricht weiter – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Peinlich! – Thomas Kreuzer (CSU): Peinlicher Auftritt! – Zuruf des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Herr Kollege Pschierer!

(Der Abgeordnete Franz Josef Pschierer (FDP) spricht weiter – Beifall bei der FDP – Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise darauf hin: Die Redezeit beträgt für jede und jeden fünf Minuten. Die nächsten fünf Minuten Redezeit erhält der Abgeordnete Walter Nussel für die CSU-Fraktion.

Walter Nussel (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Die Vorredner haben eine Dreiviertelstunde lang über Deutschland und die Welt gesprochen; aber es geht ernsthaft um unsere Firmen und unsere Macher in diesem Land.

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU) – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, hören Sie mir bitte einmal zu, damit Sie vielleicht einmal etwas lernen von jemandem, der auch schon als Unternehmer tätig war und es noch ist.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben unsere Vorfahren die Ärmel hochgekrempt und haben mit der Verwaltung und mit dem, was sie hatten, versucht, schnellstmöglich wieder etwas zu generieren, um das Land nach vorne zu bringen. Herr von Brunn, Sie haben gesagt, Sie wollen etwas nach vorne bringen. Nach dem, was ich von Ihnen höre, sind Sie doch nur Verhinderer! Alles, was wir hier angekündigt haben, versuchen Sie, die SPD und die GRÜNEN, zu verhindern und schlechtzureden. Das ist die Wahrheit.

Ich war heute Morgen mit dem Bund der Selbständigen zusammen. Wir brauchen Menschen, die hier wieder etwas in die Hand nehmen wollen, und dazu auch die Verwaltung, die die Rahmenbedingungen schafft. Dabei möchte ich auch das ganze Haus animieren. Wir müssen unseren Leuten in der Verwaltung die Angst davor nehmen, Fehler zu machen. Ich erlebe das tagtäglich. Bürokratieabbau heißt: Ich muss versuchen, die Menschen mit ins Boot zu holen, die an den Kreis-

behörden, die an den übergeordneten Behörden oder die in den Ministerien Verantwortung tragen, damit sie keine Angst haben, Fehler zu machen. Dann wird auch schneller wieder etwas generiert.

Ich werbe dafür, dass wir jetzt, in der Krise, versuchen, für die Grundversorgung in unserem Land – ob für den Leitungsausbau oder für die Regionalversorgung – Weichen zu stellen. Wir müssen auch einmal darüber diskutieren, das Verbandsklagerecht auszusetzen, bis die Krise vorbei ist, damit wir das Land stabil machen, damit unsere Unternehmen und unser Mittelstand das Land nach vorne bringen können.

(Zuruf von der CSU: Bitte gut zuhören!)

Dann können auch wieder Fachkräfte gefunden werden. Wir können dafür werben, und es kann nicht nur – wie hier vorhin geschehen – alles schlechtgeredet werden. Wir können sagen, der Facharbeiter hat einen hohen Stellenwert, die Pflegekraft hat einen hohen Stellenwert. Das sind unsere tatsächlichen Macher, nicht diejenigen, die hier verbal

(Florian von Brunn (SPD): Warum werden die dann abgeschoben?)

irgendwelche Sachen in den Raum stellen.

Herr Stümpfig, jede Woche grüßt das Woche Murmeltier. Jede Woche erzählen Sie von der Windkraft. Aber ich habe von Ihnen bei dem, was Sie immer vortragen, noch nicht gehört, wie Sie die Energie-Grundversorgung sicherstellen wollen;

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

denn nur mit Sonne und Wind wird es nicht funktionieren. Ohne Energie wird das Land nicht funktionieren. Ohne Infrastruktur wird das Land ebenfalls nicht funktionieren. Wir können das Land nur stabil halten und nach vorne bringen, wenn hier nicht nur verhindert wird, sondern wenn wir den Weg miteinander gehen.

Wir dürfen auch den Freistaat Bayern nicht immer als Labor sehen. Ich bin für Artenschutz – mit Sicherheit –, und ich lebe das auch. Aber wir können es nicht zulassen, dass wir in der Zukunft immer mehr im Kleinen labormäßig denken und dabei vergessen, dass auch hier Leistung gebracht werden muss, um dann – wie es der Generalsekretär gesagt hat – auch im sozialen Bereich Geld zur Verfügung zu haben, das wir für die Menschen, die es wirklich benötigen, ausgeben können.

Deswegen ist das Thema, dass wir Macher brauchen, dass wir die Macher unterstützen müssen und dass wir gemeinschaftlich und über die Parteigrenzen hinweg – bei all dem, was jetzt mit dem Wahlkampf wieder vor uns liegt – den Menschen das Gefühl geben: Jawohl, wenn ihr etwas anpackt, dann steht auch die Verwaltung dahinter; dann steht die Politik dahinter.

Dann muss man auch mal über seinen Schatten springen – ich schaue da nach links –, dass man nicht versucht, alles zu verhindern, oder mit Klagen und zusätzlichen Hürden, die aufgestellt werden, zum Verhindern animiert. Das sind wir den Selbstständigen, den Unternehmern, dem Handwerk und letztendlich auch der Pflege schuldig, genauso wie dem Hotel- und Gaststättenverband. Wir müssen dafür sorgen, dass die Leute auch gern zur Arbeit gehen; denn das gehört ebenfalls zu den Machern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstes spricht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kollegin Anna Schwamberger.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht vorab eine kleine Bemerkung: In Bayern gibt es auch jede Menge Macherinnen. Allein an der Rednerliste zeigt sich heute der Wert der Frauen bei manch anderen Fraktionen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eines muss man Ihnen von den FREIEN WÄHLERN ja lassen: Sie haben Humor. Nur weil es sich reimt, ist es noch lange nicht gut. Eventuell haben Sie bei der Wahl Ihrer Aktuellen Stunden Ihre eigenen Leistungen eher aus- als eingeblendet, weil Sie gerade im Kultusbereich alles andere als super sind.

Inzwischen liegen ganze vier Jahre mit einem FREIE-WÄHLER-Ministerium und Minister Piazzolo hinter uns, und ich frage mich schon, was so übrig bleibt. Welche Handschrift hat insbesondere Minister Piazzolo hinterlassen? Was sind seine Verdienste? Wo hat er bildungspolitische Meilensteine setzen können?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN: A 13!)

– Ach, das war eher Markus Söder. – Die Ausbeute ist gering, und die Herausforderungen sind ungebrochen: Digitalisierung, Rechtsanspruch auf den Ganzttag, Integration und Lehrkräftemangel. Sie wollen gemeinsam gestalten? – Dann lassen Sie uns doch mal gemeinsam die Kernpunkte durchgehen, die wir gemeinsam gestalten sollten.

Digitalisierung – wohl das beherrschende Thema neben dem Lehrkräftemangel und eine der größten Baustellen. Wir haben mit der Ausstattung der Schulen einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Corona hat hier das gesamte Geschehen um einiges beschleunigt. Ohne diese Krise würden wir bei der technischen Ausstattung bei Weitem noch nicht so gut dastehen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Hätte, hätte, Fahrradkette!)

Das ist aber nur die halbe Miete. Flächendeckend schnelles Internet und WLAN an allen Schulen – Fehlanzeige. Ebenso sind viele Geräte ungenutzt in irgendwelchen Räumen verschwunden, weil sich niemand um die Einrichtung kümmern kann. Gut gemacht ist das einfach alles immer noch nicht. Ein medienpädagogisches Gesamtkonzept – Fehlanzeige. Digitale Schulbücher – ach bitte, wo denken wir nur hin? – Oder gar Einholen digitaler Unterschriften von Eltern? – Nein, nicht im Digitalland Bayern. Es braucht endlich eine Strategie, wie mit der neuen Technik auch der Unterricht flächendeckend besser und moderner wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, warum ich den Rechtsanspruch auf Ganzttag gut finde? – Er ermöglicht zum einen vor allem Frauen, für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen und ihre Berufskarriere fortzuführen. Gute Kinderbetreuung und ein guter Ganzttag sind dafür ein Baustein. Aber er stellt zum anderen – das ist noch viel, viel wichtiger – eine Möglichkeit dar, um gerade in Bayern einen Schritt Richtung Chancengerechtigkeit zu gehen; denn gute Ganztagsbildung ermöglicht durch geeignete pädagogische Konzepte Wohlergehen, Bildung, Entfaltung und Beteiligung für alle Kinder. Was aber machen die tradierten Regierungsfaktionen?

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wir setzen es um!)

Sie legen den Fokus auf die Mittagsbetreuung. Entschuldigen Sie, aber man weiß langsam nicht mehr, ob man weinen oder lachen soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weder stellt es eine Stärkung von Frauen dar noch ist es ein Trippelschritt in Richtung Chancengerechtigkeit. Es ist einfach nur Bequemlichkeit.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

– Getroffene Hunde bellen! – Ich möchte Ihnen noch ein Beispiel aus dem Bereich Integration dafür geben, warum das Ganze im Moment in eine komplett falsche Richtung läuft. Der Junge Amir ist 14 Jahre alt, kommt aus dem Iran und ist seit einem halben Jahr in Deutschland. Er besucht zurzeit eine M8. In der Mittelschule zeigt er enormes Talent im Bereich Mathematik. Nachforschungen haben ergeben, dass er im Heimatland schon mehrere Wettbewerbe gewonnen hat. Den Stoff der achten Klasse Mittelschule meistert er mit links. Er spricht fließend Englisch. Deutsch lernt er verdammt schnell. Seine Lehrerin sieht ihn auf dem Gymnasium. Doch das örtliche Gymnasium weigert sich, den Schüler aufzunehmen; in der Brückenklasse Deutsch zu lernen, würde nicht gehen. Ich frage Sie: Ja, warum denn nicht? – Genau das, was wir vorausgesagt haben, ist eingetreten. Wir haben eine Klassenbildung bei Kindern mit Migrationshintergrund. Ich frage Sie, Herr Minister Piazzolo: Sind Kinder aus dem Iran weniger wert? Hat Amir denn nicht auch eine Chance verdient?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Größte und wohl entscheidende Baustelle aber ist die Lehrkräfteversorgung. Schon 2019 haben wir Sie mithilfe eines Gutachtens des Bildungsforschers Klaus Klemm – wir haben es uns also nicht aus den Fingern gesaugt – nochmals darauf hingewiesen, dass wir gerade im Grund- und Mittelschulbereich mit einem massiven Lehrkräftemangel rechnen müssen. Uns wurden damals von den Regierungsfractionen Schwarzmalerei und Lügen vorgeworfen. Das nenne ich richtig guten Politikstil.

Jetzt kommen wir mal zu Ihrer Überschrift von heute. Sie haben durch Ihr Leugnen des Lehrkräftemangels selbst verhindert, dass wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden konnten. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen, insbesondere im Mittelschulbereich. Lassen Sie uns endlich tatsächlich gemeinsam gestalten, um die Herausforderungen im Bildungsbereich zu meistern!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat der Kollege Alexander Hold für die FREIEN WÄHLER das Wort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Stellen Sie sich einfach einmal vor, vor ein paar Tagen wäre ein japanischer Ball als "aus" gewertet worden. Dann wären die dürftigen Auftritte unserer Nationalmannschaft zuvor absolut vergessen, und wir würden jetzt wahrscheinlich als große Fußballnation ganz zuversichtlich Richtung Viertelfinale blicken. In der Politik ist es oft nicht viel anders. Auch da liegen Sieg und Niederlage oft gar nicht weit auseinander, so zum Beispiel bei der letzten Bundestagswahl. Ein Foul weniger hier, ein Sprint mehr dort, und wir hätten jetzt vielleicht eine ganz andere Bundesregierung. Dann würden Sie täglich mit den Fingern auf Berlin zeigen und alles schlechtreden, was dort geschieht, und die Kollegen auf der anderen Seite würden alles tapfer verteidigen, was in der Bundeshauptstadt so geschieht.

(Florian von Brunn (SPD): Aber Sie wären trotzdem nicht im Bundestag!)

Nun wäre es einfach, den Bogen vom Fußball zur Bundespolitik weiter zu spannen; denn in der Verteidigung sind wir offensichtlich hier wie dort schlecht aufgestellt. Dabei fehlt es in der Nationalmannschaft an Alternativen und in Berlin selbst an banaler Munition. Im Angriff, lieber Herr Kollege von Brunn, gilt hier wie dort: Große Sprüche schießen keine Tore, lieber Kollege.

(Florian von Brunn (SPD): Das sage ich immer zu Söder!)

Überall gibt es auch superschlaue Sofa-Bundestrainer wie Herrn Kollegen Pschierer, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Aber ich will jetzt nicht die ganze Zeit mit dem Fußball zubringen. Worauf ich hinauswill: Weder im Fußball noch in der Politik kommt man weiter mit "Hätte, hätte, Fahrradkette" und dem durchschaubaren Matchplan, immer nur mit dem Finger auf die anderen zu zeigen. Ganz ehrlich: Die Bürger sind es einfach leid, wenn Politik vor allem darin besteht, dass Bayern immer wieder schlechtgeredet wird. Man darf sich ruhig freuen, wenn Bayern erfolgreich ist, und man muss auch einmal zugeben, dass dieser Erfolg nicht vom Himmel fällt, sondern das Ergebnis der harten und hervorragenden Arbeit seiner Menschen ist, seiner Arbeitnehmer, seiner Unternehmer, der Global Player ebenso wie der Mittelständler und der Familienunternehmer sowie der Handwerksbetriebe, die an diesem Erfolg nachhaltig und hart über Generationen arbeiten, meine Damen und Herren.

Dieser Erfolg ist auch das Ergebnis bayerischer Landespolitik, die die Menschen dabei unterstützt und bessere Rahmenbedingungen schafft als anderswo. Natürlich müssen wir aus allen Krisen lernen. Wir müssen versuchen, Tag für Tag besser zu werden. Das tun wir auch. Aber ganz ehrlich: Wer Benchmark ist, muss nicht in Sack und Asche gehen. Dieses bayerische Selbstbewusstsein – Herr Kollege Dr. Mehring hat es vorher so schön mit dem vom Fußball kommenden "Mia san mia" ganz gut umschrieben – muss weiterhin unsere Triebfeder sein, nicht überall nur Bedenken und Risiken zu sehen, sondern auch die Chancen, mehr das große Ganze im Blick zu haben und nicht nur den persönlichen Vorteil oder die Verteilung von Last und gemeinsame Ziele wichtiger zu nehmen als den Zank um den richtigen Weg. Darum geht es, das ist unser Motto heute, und dann einfach gemeinsam anpacken und machen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dabei, meine Damen und Herren, brauchen wir keinen Wettbewerb ums Madigmachen. Wir brauchen einen Wettbewerb um gute Ideen angesichts der großen Aufgaben, die wir vor der Brust haben. Nur ein Beispiel: Eines der großen Themen derzeit ist die Angst durch steigende Mieten, Inflation und die Energiekrise oder davor, die private Altersversorgung zu verlieren. Ich bin überzeugt, dass wir dringend die Bedingungen für privates Wohneigentum verbessern müssen. Wir brauchen einen Wiedereinstieg in eine sinnvolle Eigenheimförderung. Für eine Entspannung am Wohnungsmarkt kann zudem eine degressive Abschreibung für vermietetes Wohneigentum sorgen. Die Erhöhung der Erbschaftsteuer durch die Hintertür über eine höhere Bewertung von Immobilien ist in höchstem Maße ungerecht, meine Damen und Herren! Wir werden deshalb auch weiterhin für eine gänzliche Abschaffung der Erbschaftsteuer kämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wer dagegen meint, dem Kampf für den Klimaschutz einen Dienst zu erweisen, wenn er sich auf dem Asphalt festklebt oder Tomatensuppe über Kunstwerke schüttet, der sollte wissen, dass er diesem Ziel einen Bärendienst erweist. Klar, es bringt Aufmerksamkeit, aber fällt Ihnen nicht auch auf: Seit Monaten diskutieren wir überhaupt nicht mehr über Klimaschutz, sondern nur noch über Klimaschützer.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ganz genau!)

Das schadet dem Kampf gegen die Klimaerwärmung, weil diese Diskussion vom eigentlichen Thema ablenkt und bewirkt, dass sich der nachvollziehbare Ärger zum Beispiel der Pendler nicht nur auf Straftäter bezieht, sondern letzten Endes auch die Glaubwürdigkeit all derer beschädigt, die mit sinnvollen Mitteln für den Erhalt unseres Planeten kämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wer die Welt bewegen will, sollte erst sich bewegen und sich nirgends ankleben lassen. Wir sollten viel öfter einen Wutausbruch haben und die Aufgaben gemeinsam anpacken.

(Florian von Brunn (SPD): Man sollte sich auch nicht an den Koalitionspartner ankleben!)

– Ja, ich merke schon, Worte bleiben bei Ihnen nicht hängen, vielleicht eher Bilder. Deswegen ende ich kurz mit einem Bild: Stellen Sie sich vor, Sie sitzen abends bei Sonnenuntergang an einem schönen Badeweiher. Was tun Sie als politischer Entscheidungsträger?

(Florian von Brunn (SPD): Jetzt? Zu dieser Jahreszeit? Im Winter?)

Was wird Herr Kollege von Brunn tun? – Er wird über die Gefahren und über die Haftung sinnieren. Herr Kollege Pschierer wird sagen: Ich habe schon immer gewusst, dass das Wasser zu kalt zum Reinspringen ist.

(Zuruf – Heiterkeit)

Herr Kollege Stümpfig wird Badeinseln abbauen und Verbotsschilder installieren. Ich sage Ihnen, was die Menschen in Bayern wollen: Das, was wir tun: reinspringen und durchschwimmen, meine Damen und Herren.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Ich war mir jetzt nicht sicher, wie groß das Gemälde wird, was die Redezeit betrifft.

(Heiterkeit)

Als Nächster hat Herr Kollege Christian Hierneis für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christian Hierneis (GRÜNE): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Titel der heutigen Aktuellen Stunde gelesen habe, dachte ich: Oh, jetzt haben Sie es endlich eingesehen! Selbsterkenntnis ist der erste Schritt auf dem Weg zur Besserung. Sie zählen auch noch alles auf, was Sie bis jetzt den ganzen Tag gemacht haben und machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oder meinen Sie vielleicht sogar den Vorreiter beim Nörgeln und Spalten, den Herrn Ministerpräsidenten, der heute nicht anwesend ist? Sie sagen – Herr Huber hat es auch sehr deutlich gesagt – "Macherland". Das hieße ja, sie machen etwas. Wirklich? – Das sehen wir uns einmal an.

Im Umweltbereich haben die selbsternannten Macher der FREIEN WÄHLER einen Minister, der sich jetzt vor lauter Angst gleich davongeschlichen hat, und könnten Macher sein. Ist das so? – Mitnichten. Wenn es einen Bereich gibt, in dem von Machtetum nun wirklich überhaupt keine Rede sein kann, in dem nichts gestaltet und nichts dagegen unternommen wird, dass die Zerstörung unserer bayerischen Umwelt und Natur und damit unserer bayerischen Heimat weitergeht, und in dem keine zukunftsfähigen Lösungen gefunden werden, ist dies der Bereich des Umweltministers.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was tun Sie denn gegen die beiden größten Krisen, die die Menschheit und auch uns hier in Bayern bedrohen? Was tun Sie denn gegen die Klimakrise und die Biodiversitätskrise? – Ich sage einmal: nichts. Nehmen wir die Biodiversitätskrise: Die Roten Listen in Bayern werden lang und länger. Immer mehr Tiere und Pflanzen in unserem schönen Bayern sind vom Aussterben bedroht oder sterben aus. Es gibt immer noch keinen weiteren Nationalpark und keine neuen Naturschutzgebiete, und das, obwohl Sie, Herr abwesender Minister, Hunderte Gebietsvorschläge auf dem Tisch liegen haben. Oder sind diese schon alle in der Schublade verschwunden? – Das wäre ja direkt Verhinderung. Setzen Sie die Vorschläge endlich um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Artenvielfalt in Bayern hat nicht den Eindruck, dass Sie und Ihre Staatsregierung hier Macher sind oder gestalten. Nein, Sie verhindern durch schiere Untätigkeit deren Überleben. Wo sind denn Ihre Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel? – Unsere Städte heizen sich weiter auf, der Flächenverbrauch nimmt zu, und die Menschen und die Natur leiden. Sie tun nichts. Was tun Sie denn, um unsere wertvollen bayerischen Landschaften zu schützen? "Machen" würde heißen, die Betonierung unserer einzigartigen Landschaften für immer mehr neue Straßen und Gewerbegebiete zu verhindern. Hier müsste der Umweltminister aufstehen und dem Einhalt gebieten. Das tut er nicht. Hier müssen wir endlich aktiv werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Macherland Bayern" – nein, mit dieser Staatsregierung, diesen FREIEN WÄHLERN und diesem Umweltminister heißt es "Betonland Bayern". Sie machen nicht, Sie reden nur. Was ist denn aus Ihrer Regierungserklärung zur "Wasserzukunft Bayern" geworden? Was haben Sie denn umgesetzt? – Nichts. Sie haben zwei Jahre lang nichts gemacht. So viel zum Macherland.

Ein anderes Beispiel: Luftreinhaltepläne. Anstatt Ihrer Verantwortung gerecht zu werden und für alle akzeptable Lösungen gemeinsam mit dem Umland zu finden, delegieren Sie die Luftreinhaltepläne an die großen bayerischen Städte. Wenn die Städte dann Maßnahmen ergreifen müssen, nörgeln Sie herum wie die Weltmeister und freuen sich über die Spaltung von Stadt und Land. Das ist sowieso eines Ihrer Hobbys, die Spaltung von Stadt und Land. Das ist einer Regierungsfraktion unwürdig!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir als Umwelt- und Naturschützer mit Leib und Seele blutet das Herz, wenn ich sehe, was in unserem Bayern passiert. Sie bezeichnen sich als Macher und Gestalter! Das ist für mich purer Hohn. Was wird man denn in zwanzig Jahren von Ihrem Machertum sehen? – Dass bayernweit betoniert wurde, die Roten Listen länger geworden sind und unsere Landschaften inklusive der Alpen verramscht wurden. Ja, Sie machen Bayern, und zwar kaputt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Titel Ihrer Aktuellen Stunde hätte heißen müssen: Gescheit daherreden, nichts tun, und schuld sind immer die anderen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Ein kleiner Hinweis: Sehen Sie sich das Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz unserer Bundesumweltministerin an. Darin wird alles vereint: Biodiversität, Artenschutz, Klimaschutz und Wasserschutz. Davon können Sie noch etwas lernen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

All das, was ich gerade aufgezählt habe, werden wir angehen: Umweltschutz, Naturschutz, Wasserschutz, Klimaschutz, Klimaanpassung und vieles mehr. Ja, wir machen das, und zwar nächstes Jahr nach der Landtagswahl!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Herr Kollege Alexander Flierl für die CSU-Fraktion.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unbestreitbar besitzt Bayern ein großes Potenzial. Wir haben große Möglichkeiten, die es auszuschöpfen gilt. Wir werden dies mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Menschen in diesem Land, die Großartiges leisten, tun. Dabei haben wir sämtliche Regionen unseres Freistaats im Blick.

Wie ich die Ankündigung der GRÜNEN und der anderen Oppositionsparteien verstehe, so wollten Sie heute eine Generalabrechnung gegenüber den Regierungsfractionen vornehmen. Da kann ich nur sagen: Na ja, Frau Schwamberger, das war wohl nichts Besonderes. In der Schule würde man sagen: Setzen, sechs. – Ich glaube, das wäre die richtige Bezeichnung. Auch Herr von Brunn, es ist wie üblich. Die Opposition in Bayern: groß aufsprechen, nichts dahinter, alle Dinge insbesondere aus der städtischen Brille heraus sehen und diskutieren.

Wenn ich auf 365 Tage der Bundesregierung und der Ampelkoalition in Berlin schaue, dann kann ich nur sagen "Pleiten, Pech und Pannen". Große Erfolge kann ich da nicht sehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie handeln an den Menschen vorbei. Sie reden schlecht, Sie malen schwarz.

(Florian von Brunn (SPD): Also für schwarz sind Sie zuständig!)

Sie leben in Ihrem ideologischen rosa Wolkenkuckucksheim, wo Sie aus rein ideologischen Gründen heraus die Dinge und die politische Agenda gestalten wollen. Wir hingegen setzen die Rahmenbedingungen. Wir setzen auch ganz klar die Latte, während sich die Ampel-Parteien meist darin üben, unter der Latte durchzulaufen. Sie setzen noch nicht einmal zum Sprung an, Sie reißen sie noch nicht einmal. Wir aber setzen hier die Benchmark, insbesondere beim Klimaschutz, beim

Natur- und Umweltschutz. Eines ist nämlich ganz klar: Wir setzen durch die Maßnahmen in unserem Klimaschutzprogramm und mit der Anpassungsstrategie ganz klar auf Technologieoffenheit. Wir sind nicht so monostrukturiert, dass wir die ganzen Themenfelder allein an der Energieerzeugung aufhängen würden. Nein, wir setzen auch auf Energieeinsparung, wir setzen auf Cleantech. All dies ist in unserem Maßnahmenprogramm enthalten. Wir sind in Deutschland ganz klar der klimapolitische Spitzenreiter, auch mit den Zielen, die wir uns setzen. Diese Ziele sind war ambitioniert, aber wir werden sie sicherlich auch erreichen.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Davon haben wir aber noch nichts gemerkt!)

Ich kann auch gern auf die 10-H-Regelung eingehen, weil das Herr Stümpfig immer so gerne bringt. Die 10-H-Regel hat sicherlich nichts verhindert.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Wir haben die Angelegenheit nur dort verortet, wo sie hingehört, nämlich bei den Kommunen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Jetzt wird's eine Märchenstunde!)

Bei der Freiflächenphotovoltaik spricht sich auch jeder dafür aus, dass wir das in die kommunale Flächen- und Bauleitplanung geben. Genauso ist es mit der Windkraft. Ich sage auch ganz ehrlich: Durch die Anpassungen, die wir in der Bayerischen Bauordnung vorgenommen haben, werden wir zukünftig deutlich mehr Windkraft in Bayern haben.

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Das glaubt doch kein Mensch!)

Dieses Ziel werden wir zusammen mit den Menschen erreichen.

(Beifall bei der CSU)

Und Ihr Wind? – An Land gesetzt. So kann man auch als grüner Minister groß antreten, groß aufsprechen und dann sehr schnell auf den Boden der Realität zurückkommen. Mit dem, was Sie da getan haben, haben Sie das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

(Florian von Brunn (SPD): Geht es schon wieder ums Baden?)

Eigentlich ist es beschämend, wie Sie hier mit Arten- und Landschaftsschutz umgehen.

Ein wesentlicher Punkt, wenn es darum geht, Klimaschutz zu gewährleisten, uns an den Klimawandel anzupassen, die Natur und die Umwelt zu schützen und den Artenschutz voranzubringen, ist für uns auch, dass wir auf Partner bauen und setzen. Das tun Sie nicht. In jeder Sitzung des Umwelt- und des Landwirtschaftsausschusses gefallen Sie sich darin, den bäuerlichen Berufsstand ganz einfach schlechtzureden und den Bauern nicht die Wertschätzung entgegenzubringen, die diese tatsächlich verdient haben. Wir dagegen tun Folgendes in jeder Sitzung: Wir stellen uns hinter unsere Landwirte, hinter unsere Bäuerinnen und Bauern,

(Beifall bei der CSU)

weil wir nämlich genau wissen, dass wir bei allen großen Herausforderungen, die wir im Klimaschutz, im Naturschutz, im Artenschutz haben, Partner brauchen, die schützen und nützen, und das sind unsere Landwirte.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Sie haben das falsch verstanden!)

Daran werden wir auch künftig festhalten. Auch dies gehört für uns dazu, damit wir die großen Potenziale dieses Landes ausschöpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als Regierungsfractionen gestalten wir dieses Land. Wir gestalten es in Verantwortung für dieses Land, und zwar im sozialen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, beim Natur- und Umweltschutz. Dieser Aufgabe werden wir uns auch weiter widmen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die Aktuelle Stunde ist damit beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht
einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD. Jetzt muss ich die Voten der fraktionslosen Abgeordneten abfragen. Wer ist dafür? – Wer enthält sich? – Das sind Herr Bayerbach, Herr Klingen und Herr Plenk. Herr Swoboda? – Herr Swoboda: Ablehnung. Ist Herr Kollege Sauter noch da?

(Zuruf: Ja!)

– Ich sehe aber das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Schöffel, ich sehe das Abstimmungsverhalten nicht. Herr Kollege Sauter? – Zustimmung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 a** auf:

**Wahl
der bzw. des Vorsitzenden des Anstaltsbeirats der JVA Regensburg**

Auf Wunsch der CSU-Fraktion soll Herr Abgeordneter Dr. Stephan Oetzingler als Nachfolger für Herrn Dr. Franz Rieger zum Vorsitzenden des Anstaltsbeirats der JVA Regensburg gewählt werden. Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat darauf verständigt, die Wahl ohne Aussprache und mit Handzeichen durchzuführen. So verfahren wir und kommen damit direkt zur Wahl.

Wer der Wahl des Abgeordneten Dr. Stephan Oetzingler zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und Herr Kollege Bayerbach (fraktionslos), Herr Kollege Klingen (fraktionslos) und Herr Kollege Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Das ist Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). Gegenstimmen? Herr Kollege Sauter? – Herr Kollege Sauter stimmt nicht mit? Zustimmung? – Herr Kollege Sauter (fraktionslos):

Zustimmung. – Damit ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger zum Vorsitzenden des Anstaltsbeirats der JVA Regensburg gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

**Wahl
der bzw. des Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für
Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirksklinikum
Regensburg**

Auf Vorschlag der CSU-Fraktion soll Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger als Nachfolger für Herrn Abgeordneten Dr. Franz Rieger zum Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirksklinikum Regensburg gewählt werden. Auch hier haben sich die Fraktionen im Ältestenrat darauf verständigt, die Wahl ohne Aussprache und mit Handzeichen durchzuführen. Wir kommen gleich zur Abstimmung.

Wer der Wahl des Herrn Kollegen Dr. Stephan Oetzinger zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und AfD sowie die Kollegen Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos) und Herr Kollege Sauter (fraktionslos). Enthaltung! – Das ist Herr Kollege Swoboda (fraktionslos). – Damit ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger zum Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 c** auf:

**Wahl
der bzw. des Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für
Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am
Bezirkskrankenhaus Günzburg**

Auf Vorschlag der CSU-Fraktion soll in Nachfolge von Herrn Kollegen Alfred Sauter Herr Kollege Georg Winter Vorsitzender des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Günzburg werden. Auch hier soll die Wahl wieder ohne Aussprache und mit Handzeichen durchgeführt werden.

Wer der Wahl von Herrn Kollegen Georg Winter zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und die Kollegen Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Herr Kollege Sauter? – Enthaltung. Gegenstimmen? – Herr Kollege Swoboda beteiligt sich nicht? – Doch, Enthaltung. – Damit ist Herr Kollege Georg Winter zum Vorsitzenden des Maßregelvollzugsbeirats der Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Günzburg gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig
Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des
Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes**

hier: Mittagsverpflegung an Schulen: kostenlos, nachhaltig und gesund (Drs. 18/24993)**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit gibt es 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als Erster erteile ich Frau Kollegin Gisela Sengl das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Tische werden abgewischt, Teller aufgedeckt, das Besteck muss richtig danebengelegt werden, und Mensch, die Servietten dürfen wir nicht vergessen. In der Küche schneiden Buben Zwiebeln und Kohlrabi, ein Mädchen rührt den Schlagrahm mit Salz und Pfeffer zu einer Soße an. Alle haben eine Schürze umgebunden und sind so eifrig bei der Sache, dass sie unseren Besuch zunächst gar nicht bemerken. Ja, diese Termine an Schulen, bei denen zusammen gekocht und zusammen gut und gesund gegessen wird, sind meine schönsten Termine als Sprecherin für Ernährung und Landwirtschaft.

Gesundes Schulessen ist für mich einfach eine Herzensangelegenheit. Hier können wir ansetzen, um die Wertschätzung für Lebensmittel hautnah erlebbar zu machen. Hier sind wir uns mit den Landfrauen und allen Kreisbäuerinnen in ganz Bayern einig. Eine vielfältige Lebensmittelauswahl in der Schulmensa sorgt dafür, dass die Schülerinnen und Schüler und auch die Lehrerinnen und Lehrer viele verschiedene Geschmacksrichtungen und Zubereitungsarten der Saison und der Regionen kennenlernen. Aber hier haben wir in Bayern noch einen weiten Weg vor uns; denn wir haben für jedes Gerät eine Norm, für unser Schulessen haben wir nicht einmal einen Mindeststandard.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Andere Länder sind hier deutlich weiter. In Schweden wird nicht nur auf den Qualitätsstandard geachtet, sondern dort ist das Schulessen seit den Siebzigerjahren kostenlos. Studien aus Norwegen und Schweden zeigen: Geht der kostenfreie Zugang der Kinder zum Mittagessen gleichzeitig mit einem qualitativ hochwertigen Essensangebot einher, profitieren davon ganz besonders die Kinder aus einkommenschwachen Haushalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass der Staat die Verpflegungskosten für die Mittagsverpflegung übernimmt, ist auch laut dem Wissenschaftlichen Beirat der einzige Hebel zur wirklichen Verbesserung der Schulverpflegung. Angesichts der steigenden Zahlen von ernährungsbedingten Krankheiten wie Adipositas und Diabetes Typ 2, deren Kosten ja am Ende wir als Gesellschaft insgesamt tragen müssen, erscheint es umso wichtiger, dass wir an den Schulen gutes und qualitativ hochwertiges Essen anbieten. Das ist gerade für benachteiligte Kinder enorm wichtig. In der Corona-Zeit hat die Zahl dieser ernährungsbedingten Krankheiten übrigens drastisch zugenommen. Deshalb ist es umso wichtiger, den Fokus darauf zu legen, dass wir den Kindern ein gesundes Essen ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Geld, das wir in gesundes Schulessen investieren, ist für die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft sehr gut angelegt. Mit unserem Gesetzentwurf verfolgen wir drei Ziele:

Erstens. Wir sorgen für einen zeitgemäßen Qualitätsstandard. Mit dem Betrag von 6,59 Euro wird jedes Essen bezuschusst, wenn es zu 100 % biozertifiziert ist. Ja,

wir legen damit die Latte etwas hoch. Aber Lebensmittel aus regionaler und ökologischer Erzeugung sind gut für uns Menschen und gut für die Umwelt vor Ort. Diesen Preis hat übrigens die Deutsche Gesellschaft für Ernährung in einer sehr breit angelegten Studie herausgefunden.

Zweitens. Wir sorgen für soziale Gerechtigkeit. Für jedes Grundschulkind in ganz Bayern in Ganztagsbetreuung übernimmt der Staat die Kosten für das Mittagessen. Damit entlasten wir Familien enorm, und zwar zielgerichtet. Gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit, in der die Familien jeden Euro zweimal umdrehen müssen, ist das eine echte Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das dritte Ziel: Wir sorgen für einen gesicherten Absatz. Das sichert unseren bayerischen Biobetrieben und potenziellen Umstellern die Nachfrage und bringt uns dem Staatsziel von 30 % Bioanbau bis 2030 einen Riesenschritt näher. Das haben wir übrigens alle zusammen hier beschlossen. Ökologischer Landbau schützt unser Wasser, erhält die Fruchtbarkeit unserer Böden und schützt unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt. Wenn Kinder in der Schule wieder lernen, Lebensmittel auszuprobieren, Geschmack zu entwickeln und die Zusammenhänge zwischen Umwelt, Klima und Essen zu erkennen, hilft das der gesamten Landwirtschaft in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Immer mehr Kinder verbringen einen ziemlich großen Teil ihrer Zeit in schulischen Einrichtungen. Mit dem kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung werden es immer mehr werden. Dadurch erhält das gesunde Mittagessen einen noch viel höheren Stellenwert. Deshalb sieht unser Gesetzentwurf diesen Zuschuss von bis zu 6,59 Euro täglich pro Mittagessen vor. Alle bayerischen Grundschulen, die ein Mittagessen für ihre Schülerinnen und Schüler anbieten, können damit nach festgelegten Qualitätskriterien zubereitete Mahlzeiten anbieten, zu 100 % biologisch, regional, saisonal und abwechslungsreich. Oder anders gesagt: nachhaltig, gesund und kostenlos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit diesem Gesetzentwurf würde der Staat die Verantwortung für die Gesundheit und die Entwicklung unserer Kinder übernehmen. Ich denke, es ist wirklich Zeit, dass wir uns dieser Verantwortung stellen. Wir haben heute schon sehr viel vom "Macherland Bayern" gehört. Die Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und eine friedliche demokratische Gesellschaft ist aber eine bestmögliche Bildung und Ausbildung in jedem Bereich. Da gehört der Bereich Ernährung auf alle Fälle dazu. Gut und gesund essen macht zufrieden und glücklich; und das vergönnen wir unseren Kindern. – Danke für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gudrun Brendel-Fischer für die CSU-Fraktion.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach gut viereinhalb Jahren kommt von der Fraktion der GRÜNEN ein Gesetzentwurf, wie er im Frühjahr 2018 nahezu identisch schon einmal eingebracht wurde. Allerdings wollten Sie damals noch alle Schüler, nicht nur die Grundschüler, versorgt wissen. Zeitgleich mit einer bundesweit laufenden Petition für kostenloses Mittagessen des Deutschen Netzwerks für Schulverpflegung, die

sich an den Bund wendet, denken sich die GRÜNEN als Mitglied der Ampelkoalition: Ne, wir im Bund nicht. Das sollen mal schön die Länder machen.

Kostenlos, nachhaltig und gesund soll also künftig die Mittagsverpflegung in der Grundschule sein, eine Forderung, die sich natürlich erst einmal super anhört. Wer freut sich nicht, wenn etwas kostenlos wird, weil der Staat die Finanzierung übernimmt? – Mit einem Gesetzentwurf, der diese Neuerung bringt, will die Fraktion der GRÜNEN eine Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes erreichen. Der Freistaat soll also künftig die komplette Finanzierung der Mittagsverpflegung im Ganztags für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 übernehmen. Dies soll im Übrigen unabhängig vom Einkommen der Eltern und der Finanzkraft der jeweiligen Kommunen, also der Sachaufwandsträger, erfolgen. Laut Ihrem Gesetzentwurf soll der Freistaat diese Kosten von fast 7 Euro, also 6,59 Euro, pro Mittagessen übernehmen. Doch nicht nur das: Außerdem fordern Sie einen verbindlichen hundertprozentigen Biostandard.

Apropos 100 % Biostandard: Mit dieser Forderung allein suggerieren Sie wie schon so oft, dass Nahrungsmittel aus konventioneller Erzeugung minderwertig und Produkte zweiter Klasse seien. Ist das in Ordnung? – Bayern setzt auf beides, sowohl auf konventionelle Erzeugung als auch auf Bio. Unser Hauptaugenmerk sollte dabei immer auf den Begriffen "regional" und "saisonal" liegen. Wir wollen keine Ökokartoffeln aus Ägypten oder zu Weihnachten Erdbeeren, die von weit her kommen, auf den Speiseplänen unserer Schulen haben. Wir wollen keinen Veggie-Zwang, keinen Fleisch-Zwang, aber auch kein Fleisch-Verbot. Letzteres hat die Stadt Freiburg mit immerhin 13 Stadträten der GRÜNEN kürzlich für das neue Schuljahr beschlossen: kein Fleisch und Fisch mehr an Freiburgs Schulen. Wir setzen hier eher auf unsere Erziehungsziele, nämlich auf die Erziehung zur Mündigkeit und auf eine ganzheitliche Betrachtung der Herausforderungen, die vor uns liegen.

Welche Aufgaben sollen künftig unsere Kommunen erledigen? – Sie dürfen organisieren, und sie sollen auf die Qualitätssicherung achten. Da wird in den Rathäusern sicher Freude aufkommen.

Sehr geehrte Antragstellerinnen und Antragsteller, im Übrigen sollte Ihnen bekannt sein, dass es seit Jahren eine bewährte Möglichkeit gibt, Kindern aus einkommensschwachen Familien für das Gemeinschaftsessen an der Schule eine sehr gute Unterstützung zukommen zu lassen. Im Rahmen des SGB II werden im Zuge des Bildungs- und Teilhabepakets die Kosten vollends übernommen. Der Eigenanteil von einem Euro wurde im Übrigen noch von der alten Bundesregierung abgeschafft. Das Mittagessen wird also voll übernommen. Wenn man hier nach dem Gießkannenprinzip agiert, stellt sich die Frage, ob das Mittagessen für Kinder von Abgeordneten, von Eltern aus dem gut situierten Mittelstand wirklich kostenlos sein sollte.

Sie gehen in Ihrem Gesetzentwurf bei der Einschätzung des Kostenvolumens von circa 141 Millionen Euro aus. Dies wird bei Weitem nicht ausreichen. Wir gehen davon aus und können uns darauf einstellen, dass wir nach der Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztags in der Grundschule an den Schulen eine circa 80-prozentige Belegung haben werden, die wir auch erreichen werden. Dann kommt es natürlich noch mal weitaus teurer.

Der Freistaat ist familienfreundlicher als jedes andere Bundesland. Wir gewähren sowohl monetär als auch durch Angebotsbereitstellung vielfältige Leistungen. Wir müssen da schon unsere Grenzen kennen.

Dass wir im Haushalt noch mal eine so große Geldmenge – sagen wir: knapp 200 Millionen Euro – aktivieren müssen, um das Mittagessen pauschal für alle

Grundschulkindern völlig unabhängig vom Elterneinkommen bereitzustellen, erscheint uns nicht angemessen. Wir setzen bei der Konzeption ihrer Speisenangebote auf die Souveränität der Träger und der Schulfamilien. Das klappt ja gut. Wir sind ja auch sehr häufig an Schulen.

Kollegin Sengl, was Sie jetzt gerade dargestellt haben, war eher Hauswirtschaftsunterricht und nicht der Alltag. Es wäre vonseiten der Lehrerschaft wahrscheinlich große Kritik zu erwarten, wenn wir die Speisen von den Kindern täglich – noch dazu an den Grundschulen – selbst zubereiten lassen würden. Ich kann da als ehemalige Hauswirtschaftslehrerin bloß sagen: realitätsfern.

Wir haben in Bayern bereits vor 13 Jahren die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung eingeführt. Sie hat sich sehr bewährt. Es ist ein großes Netzwerk entstanden. Viele Fortbildungsangebote werden gemacht. Ein großes Lob an die – es sind da überwiegend Damen – Ämter für Ernährung und Landwirtschaft, die diese Fortbildungen halten. Es ist bemerkenswert, dass hier gerade während der Pandemie sehr gute digitale Angebote entstanden sind.

Wir haben die Bayerischen Leitlinien Schulverpflegung. Es ist also nicht so, dass das bayerische Mittagessen als ungesund zu gelten hat, sondern wir haben diese Leitlinien, die sich an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Wir haben hier eine hochwertige, regional geprägte, nachhaltige, wirtschaftliche, wohlschmeckende und sehr wohl auf die Bedürfnisse der Kinder abgestimmte Verpflegung.

Ich möchte noch erwähnen, dass wir seit vielen Jahren auch am EU-Schulprogramm teilnehmen. 600.000 Kinder in Bayern in 7.000 Kitas und Grundschulen nehmen es sehr gerne wahr, dass sie eine Obstportion bzw. Milchprodukte erhalten. Besonders lobenswert: Der Freistaat gibt dafür 5 Millionen Euro eigenes Geld aus, 5 Millionen Euro erhalten wir an EU-Geldern.

Frau Sengl, es ist auch hier nicht so, dass da nicht auf Qualität geachtet würde. Hier sind 550 zugelassene Lieferanten ausgewählt, die Qualität anbieten. Wir wollen damit natürlich auch unsere Wertschätzung unterstreichen, im Übrigen auch bezüglich der Einführung der "Schule fürs Leben". Diese gibt es in anderen Bundesländern auch nicht. Das ist eine gute Sache, die sich auf der Basis der Alltagskompetenz entwickelt hat. Federführend kam der Anstoß hier von den Landfrauen. Dieses Anliegen war uns sehr wichtig. Auch hier gibt es – beispielsweise im diesjährigen Haushalt – über 5 Millionen Euro. Auch hier kommt die Wertschätzung für Lebensmittel und deren Verarbeitung zum Tragen.

Ich möchte nur ganz kurz erwähnen: Das Bundesland Berlin ist aktuell das einzige Bundesland, das ein kostenloses Schulessen anbietet. Wenn man mal googelt, findet man Schlagzeilen, dass ein Viertel der Essensportionen in der Tonne landet. Es ist halt so: Was nichts kostet, erfreut sich nicht immer der Verpflichtung, dass man auch zum Essen hinget. Es gibt natürlich nicht nur von der Opposition in Berlin, sondern auch von den Steuerzahlern große Kritik; denn Steuern gibt's in Berlin nicht wie bei uns in Bayern zuhauf.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die zahlen ja wir!)

– Genau, wir zahlen sie über den Länderfinanzausgleich.

Zum Schluss zurück nach Bayern: Im Übrigen würde auch für Ungerechtigkeit sorgen, wenn wir den Kindern im schulischen Ganztagsangebot ein kostenloses Mittagessen servierten, die Hortkinder in den Kitas es aber nicht bekämen. Das muss man auch noch dazurechnen. Wir wollen unser Ganztagsangebot weiterhin über die Horte organisiert wissen. Wir haben dort eine gute Qualität, und unsere Träger überneh-

men das gerne. Von daher ist das der letzte Grund, den ich Ihnen noch nennen konnte, dass wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke, Frau Abgeordnete Brendel-Fischer. Es gibt keine Zwischenbemerkung. Ich bedanke mich bei Ihnen. – Ich darf den nächsten Abgeordneten aufrufen. Es ist Herr Oskar Atzinger von der AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! De gustibus non est disputandum – über Geschmack soll keine Diskussion geführt werden; über gesunde Ernährung dafür umso mehr!

Immer mehr Grundschüler verbringen inzwischen auch die Nachmittage in der Schule. Mit dem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz wird deren Zahl sicher noch weiter steigen. Diese Möglichkeit der Ganztagsbetreuung ist prinzipiell zu begrüßen, da sie den Eltern die Wahl lässt und einen früheren vollen Wiedereinstieg insbesondere der Mütter ins Berufsleben ermöglicht. Möglicherweise schwindet auch das schlechte Gewissen der Eltern, wenn sie wissen, dass ihre Kinder ein gesundes Mittagessen erhalten. Wenn es auch noch kostenlos ist, so erfreut es den Geldbeutel, der bei Familien mit Kindern gerade in der jetzigen Zeit häufig nicht allzu gut gefüllt ist.

Ja, auf den ersten Blick ein toller Gesetzentwurf der GRÜNEN, aber eben nur auf den ersten Blick! Zwar ist es sicher sinnvoll, den Grundschulern eine gesundheitsfördernde Ernährung beizubringen, aber die Alarmglocken schrillen, wenn es bei der Verbotspartei DIE GRÜNEN heißt: Mittagessen in der Schule muss als Bildungs- und Erziehungsauftrag verstanden werden.

Was das bedeutet, ist nicht schwer zu erahnen: möglichst kein Fleisch und keine Wurst, wenn, dann nur bio, am besten vegetarisch oder gar vegan. Fleisch und Wurst werden in einen Topf mit Dickmachern wie Süßigkeiten und Limonade geschmissen. Das ist ideologische Ernährungspolitik.

(Beifall bei der AfD)

Immer mehr Schulen verzichten beim Essensangebot auf Fleisch, auf Schweinefleisch sowieso, denn wir sollen ja auf kulturelle Eigenheiten von Menschen, die noch nicht lange hier leben, Rücksicht nehmen. Fleisch und tierisches Eiweiß sind aber – so eine Ernährungsstudie – für die kindliche Entwicklung wichtig.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ohne solche Lebensmittel bleiben Kinder demnach kleiner, schwächer und weniger intelligent – und somit anfälliger, als Erwachsene grün zu wählen.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD)

Letzteres ist allerdings nicht Ergebnis der Ernährungsstudie, sondern eine These von mir.

Durchaus sinnvoll wäre es – wie vorgeschlagen –, die Schüler bei der Essensauswahl zu beteiligen und bei der Zubereitung einzubeziehen. Das wird allerdings häufig an der eingeschränkten Küchenausstattung scheitern.

Der Knackpunkt des Gesetzentwurfs ist allerdings, dass der Freistaat die Kosten von täglich bis zu 6,59 Euro nur übernehmen soll, "wenn sich eine Schule dazu entscheidet, dass das Mittagessen den DGE-Qualitätsstandards entsprechen soll sowie zu 100 % aus Waren nach der EU-Öko-Verordnung besteht". Offen wird bekannt, dass der ökologischen Landwirtschaft im schulischen Segment ein gesicherter Absatzmarkt geschaffen werden soll.

Es geht also nicht vorrangig – oder zumindest nicht allein – um gesunde Ernährung der Kinder, sondern um Klientelpolitik für die Ökobauern. Dies wäre somit ein weiterer Hebel zur Zwangsökologisierung unserer Landwirtschaft. Die konventionelle Landwirtschaft wird zur Landwirtschaft zweiter Klasse degradiert.

15 Stellen sollen für die Qualitätskontrolle neu geschaffen werden – schon wieder Klientelpolitik! Dies wäre eine völlig unnötige Maßnahme; denn wenn die Qualität nicht stimmt, dann werden die Kinder mit den Füßen abstimmen, und der Anbieter bleibt auf seinem Essen sitzen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Atzinger. – Ich darf damit den nächsten Redner aufrufen. Es ist der Abgeordnete Johann Häusler von der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte schön, Herr Abgeordneter Häusler, Sie haben das Wort.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes und des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes konzentriert sich im Grunde auf ein einziges Argument. Das einzige Argument heißt eben, hier grüne Ideologie durchzusetzen. Das ist eigentlich das Wesentliche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns alle in der Bewertung einig, dass wir unseren Kindern gesunde, regional erzeugte und vor allen Dingen qualitativ hervorragende Lebensmittel in der Schule, aber auch zu Hause anbieten wollen. Niemand hat hier eine andere Intention, als unseren Kindern gesunde Nahrungsmittel und ein vielfältiges Angebot zur Verfügung zu stellen.

Aber der uns hier vorliegende Gesetzentwurf hat eine ganz klare Intention und trägt absolut die grüne DNA. Das heißt also, zunächst einmal Bestehendes schlechtzureden und dann ein ideologisch fundiertes Meinungsmonopol aufzubauen und zu begründen. Hierzu gibt es drei Attribute: Verbieten, vorschreiben und sagen, wer was wann machen darf und wer wann was produzieren darf. Hier komme ich auf unsere Landwirte zu sprechen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Gesetzentwurf sagt dem Einzelnen – in diesem Fall dem Grundschüler –, was er essen darf und was nicht, wie die Kommune die Schule versorgen soll, welche Mittel und Möglichkeiten welcher Organisation zur Verfügung stehen und was der Landwirt noch anbauen darf und warum. Das ist doch meines Erachtens bei Weitem nicht mehr die Intention einer gesunden Ernährung, sondern das ist pure Ideologie, die wir so nicht akzeptieren können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wird unterstellt, dass unsere Schüler derzeit – so steht es auf der ersten Seite – schlechtes Essen bekommen. Dagegen verwahre ich mich grundsätzlich. Unsere Schüler bekommen kein schlechtes Essen. Sie bekommen anständiges Essen. Die Betrachtungsweise ist vielleicht nur etwas dif-

ferenzierter, aber es ist bodenlos, zu unterstellen, dass sie schlechtes Essen bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es schlägt dem Fass den Boden aus, dann noch zu unterstellen, dass Schüler sozial-ökonomisch schwächerer Herkunft schlechtes Essen bekommen, während gut situierte Kinder gutes Essen bekommen. Alle Schulen, die ich kenne, versorgen alle Kinder mit den gleichen Lebensmitteln. Es wird dabei nicht differenziert, woher das Kind kommt, sondern es gibt das Schulessen, das entsprechend mit den Trägern und meistens zusammen mit dem Elternbeirat usw. abgestimmt ist.

Wir müssen doch auch Fakten wahrnehmen. Es ist richtig, dass das Übergewicht seit 1985 zunimmt, wie es hier beschrieben ist. Aber das Übergewicht nimmt nicht nur bei Schülerinnen und Schülern zu, weil sie sich angeblich schlecht ernähren, sondern es nimmt auch allgemein dadurch zu, dass wir in den letzten Jahren durch Corona ein ganz anderes soziales Verhalten hatten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt Bewegungsmangel. All das kann ich nicht durch Bio-Essen kompensieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe gestern den Schulleiter einer großen Schule gefragt, was er von diesem Gesetzentwurf hält. Er sagte: Lasst bitte die Finger von diesem Unsinn! Wir haben das organisiert und in einer starken Gemeinschaftsleistung auf den Weg gebracht, gutes und regionales Essen anzubieten. Unsere Kinder kennen auch die Betriebe, in denen das produziert wird. Sie kennen die Ställe, die Betriebe und die Gärtnerei. Sie sind nicht unbedingt bio, aber sie sind regional und haben ein Gesicht. Sie haben ein besseres Gesicht als beispielsweise aus Südamerika importierte Bio-sojabohnen; 92 % müssen importiert werden. Sie kommen nicht aus Österreich, sondern größtenteils aus Südamerika.

Vorhin ist es schon gesagt worden: Jede dritte Kartoffel im Biobereich kommt aus dem Import, zum Beispiel eben aus Ägypten; das wurde vorhin dargestellt. Im Biobereich kommen 88 % aus dem Import. Ein Drittel jeden Biogemüses, das bei uns auf den Tisch kommt, ist importiert. Bei Fleisch haben wir noch eine Eigenproduktion von 3 %. Wenn man Fleisch verbietet, funktioniert es. Aber wenn man Eiweiß auch noch durch Fleisch zusetzen möchte – diese Wahlfreiheit sollten unsere Schülerinnen und Schüler und unsere Eltern haben –, dann muss das eben so sein. Das ist anders gar nicht machbar. Da ist mir der ökologische Fußabdruck tatsächlich tausendmal lieber, wenn die Produkte aus der Nachbarschaft als von anderen Kontinenten kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
So ist es! Regional statt bio!)

Es wird suggeriert, das koste gar nicht so viel, das seien nur 141 Millionen Euro pro Jahr. Aber die GRÜNEN sind schlauer geworden. Beim letzten Mal, 2018, haben Sie von allen Schulen gesprochen. Nimmt man alle Schulen, dann sind das rund 1,7 Millionen Schüler; die Horte sind aber noch nicht dazugerechnet. Das sind circa 141.000, und es kostet 141 Millionen Euro. Wenn man alle zusammennimmt, dann ist man im Milliardenbereich. Man sollte die Wahrheit darstellen, dass wir hier in einen ganz anderen Bereich kommen.

Aber die GRÜNEN haben gelernt und sagen: Jetzt machen wir die Grundschulen, dann kommen die Horte, dann kommen die Mittelschulen usw., eines nach dem anderen, und dann haben wir immer wieder einen Aufschlag. – Verehrte Kollegin-

nen und Kollegen, das ist unseriös, weil ein Drittel der Schulverpflegung auch in den Horten stattfindet und diese im Gesetzentwurf überhaupt nicht dargestellt und erwähnt sind. Das ist Heuchelei! Das ist meines Erachtens unseriös.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter Häusler. – Ich komme damit zur nächsten Rednerin: die Abgeordnete Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin, bitte schön.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zum 17.05.2018 gefordert, dass im Rahmen des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ein Konzept erstellt werden soll, wie an den Grundschulen in Bayern ein qualitativ hochwertiges Mittagessen kostenfrei angeboten werden kann. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 2026 kommt der Rechtsanspruch. Es wäre also höchste Zeit, uns endlich darüber Gedanken zu machen, wie ein solches Konzept aussehen kann.

Zu einem guten Ganztagsplatz gehört auch ein gutes, qualitativ hochwertiges Mittagessen. Das sollte hier in diesem Parlament Konsens sein. Wer jeden Tag den ganzen Tag in der Schule ist, sollte mittags gut und gesund essen, damit er oder sie wieder lernen kann. Wichtig ist, dass das Mittagessen tatsächlich kostenfrei ist, damit alle Schülerinnen und Schüler an diesem Mittagessen teilnehmen können. Wir Sozialdemokraten wollen nicht, dass einzelne Kinder bloßgestellt werden. Wir wollen nicht, dass Kinder beschämt werden, weil sie vielleicht aus ärmeren Familien kommen. Das ist uns ganz wichtig.

Ich möchte noch darauf hinweisen: Ein gemeinsames Mittagessen hat einen hohen pädagogischen Wert. Gerade in einer Zeit, in der viele Familien nicht mehr die Zeit haben, gemeinsam zu Hause zu essen, und viele Kinder das vielleicht gar nicht mehr kennen, ist dieser Wert ganz besonders hoch. Wenn es bei diesem Essen noch ein gesundes und hochwertiges Essen gibt, dann haben die Schülerinnen und Schüler einen echten Mehrwert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme bayernweit in viele Schulen. Vor einigen Jahren war ich gemeinsam mit meiner Kollegin Ruth Müller in ganz Bayern unterwegs, und wir haben uns Schulküchen und Schulverpflegung angeschaut. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Die Schulverpflegung hier in Bayern ist höchst unterschiedlich geregelt. In der einen Schule gibt es den Schulkiosk, der Currywurst und Pommes anbietet; in der anderen Schule gibt es den Caterer, der gefrorenes Essen bringt, das dann vielleicht aufgewärmt wird; in der dritten Schule wird vielleicht noch gekocht.

Auch die Preise sind sehr unterschiedlich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch der Umgang mit den Familien, die sich nicht ohne Weiteres die Teilnahme an einem solchen Essen leisten können, ist sehr unterschiedlich. An der einen Schule nimmt das Kind trotzdem am Essen teil, das dann von einem Förderverein bezahlt wird; an der anderen Schule wird das Kind vom Essen ausgeschlossen und den Eltern vielleicht geraten, entsprechende Anträge zu stellen, damit dieses Kind irgendwann wieder teilnehmen kann. Aber es kann eben erst einmal nicht teilnehmen. Das finden wir nicht richtig, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dagegen müssen wir doch sein. Wir wollen, dass alle Kinder mitessen können und dass Beschämung und Ausgrenzung aufhören.

Folgendes ist mir noch wichtig zu erwähnen: Interessant ist der Redebeitrag unseres Kultusministers in der vergangenen Legislaturperiode. – Sie haben erklärt, die FREIEN WÄHLER würden dem Antrag der SPD zustimmen, die darin beschriebe-

nen Ziele, ein gutes und kostenfreies Mittagessen an allen Schulen bereitzustellen, seien sehr ehrenwert. Sie haben damals gesagt, bei der Schulverpflegung liege einiges im Argen. Lieber Herr Kultusminister, jetzt sind Sie Kultusminister; jetzt können Sie etwas ändern. Machen Sie es doch bitte! Das wäre wirklich wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, zum Schluss noch ein anderes wichtiges Thema: Wir wollen, dass nicht nur ein Mittagessen, sondern auch ein Frühstück angeboten wird. Circa 10 % unserer Kinder hier in Bayern bekommen kein Frühstück. Es wäre ein Leichtes, ihnen ein solches Frühstück anzubieten. Deswegen haben wir beantragt, dass im Rahmen des Entlastungspakets –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Beachten Sie Ihre Redezeit!

Dr. Simone Strohmayer (SPD): – ein solches Frühstück zur Verfügung gestellt wird. Auch hier kann ich Sie nur bitten, unseren Anträgen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Liebe Simone, ich möchte dich nur ganz kurz daran erinnern: Ich hoffe, du hast dem Redebeitrag der Kollegin Gudrun Brendel-Fischer zugehört. Dann hätte sich bei dir das eine oder andere erübrigt. Sie hat sehr deutlich dargestellt, dass im Rahmen der SGB-II-Leistungen im Bereich des Bildungspakets selbstverständlich alle Kinder partizipieren können, und zwar ohne eigenen Beitrag. Du hast jetzt mehrfach betont, die Kinder würden ausgegrenzt und könnten es sich nicht leisten. Manchmal wäre es gut, sich das vorher anzuhören. Dann könnte man sich die falsche Wiedergabe sparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Dr. Strohmayer!

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Lieber Hans, es ist schön, dass du mir jetzt ein bisschen zusätzliche Zeit ermöglichst. Das Thema liegt mir nämlich wirklich sehr am Herzen. Ich möchte einfach sagen: Es ist nicht so, wie du es dargestellt hast, dass in den Schulen überall ein gutes Essen angeboten wird und dass das gemeinsam mit dem Elternbeirat entschieden wird. Vielleicht ist es an dieser Schule so gewesen, wo du warst. Das möchte ich gar nicht in Abrede stellen. Aber fahr mal in Bayern rum und schau dir das an! Das ist sehr unterschiedlich geregelt.

Ich nenne dir ein Beispiel: An vielen Schulen muss das Essen von den Eltern monatlich vorausbezahlt werden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das gilt bayernweit!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn der Kontostand der Eltern nicht ausreicht, um dieses Essen zu zahlen, dann gibt es tatsächlich Schulen, an denen die Kinder nicht mitessen können. Genau das wollen wir nicht. Natürlich kann es dann sein, dass sich irgendjemand in der Schule Zeit für das Kind nimmt und gemeinsam mit den Eltern den Antrag stellt. Aber Sie wissen auch: So ein Antrag braucht Zeit, braucht Kapazität, braucht Beratung usw., und es ist halt beschämend für dieses Kind, wenn es erst mal nicht mitessen kann. Deswegen sagen wir, im Übrigen wie Sie –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Zeit!

Dr. Simone Strohmayr (SPD): – in der letzten Legislaturperiode auch noch, Herr Häusler, dass das Essen an Bayerns Schulen kostenfrei sein sollte.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Uli Henkel (AfD))

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Dr. Strohmayr. – Ich darf den nächsten Redner aufrufen. Er kommt von der FDP-Fraktion und heißt Matthias Fischbach. Herr Abgeordneter Fischbach, bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man sich den Gesetzentwurf ansieht, könnte man sagen, dass dieses Anliegen grundsätzlich nachvollziehbar ist.

Dass man jetzt schon vorausschauend Strukturen schafft, ist ja insbesondere mit Blick auf den Rechtsanspruch beim Thema Ganztags nicht verkehrt. Auch im Sinne der Gesundheitsförderung von Kindern ist es eine sinnvolle Sache, für gesunde und ausgewogene Ernährung an Schulen zu sorgen. Dennoch muss man festhalten: Wir fangen nicht bei null an; da hat die Kollegin Brendel-Fischer schon recht.

Es gibt auch einige kritische Punkte in diesem Gesetzentwurf, zum Beispiel die Finanzierung: Wenn wir hier von 141 Millionen Euro sprechen – es ist vorgerechnet worden, was das bei dem Essenspreis von 6,59 Euro kosten würde –, müssen wir uns auch über die Refinanzierung Gedanken machen. Auch darüber müssen wir im Ausschuss auf jeden Fall noch reden. Wir müssen auch über die Frage reden, wie wir zum Beispiel mit Horten umgehen, die, glaube ich, in der Berechnung nicht wirklich vorkommen, weil sie eben in einer anderen Zuständigkeit liegen. Welche Lösung gibt es hierfür? Das wäre die nächste Frage.

Zudem haben die Schulen, die Schüler und die Eltern gerade noch andere Themen, die sie umtreiben. Ich will die Themen Lehrermangel, Unterrichtsausfall und Lernrückstände wegen Corona jetzt nicht weiter ausbreiten, aber wir müssen natürlich sehen, wo wir in der Finanzierung gerade jetzt die Prioritäten setzen und wie wir das geleistet bekommen.

Nicht zuletzt müssen wir über die Forderung nach 100 % Bioanteil diskutieren. Die ist nämlich nicht ohne. Ja, wir sind alle dafür: Gesunde Ernährung im Kindesalter ist wichtig, und deswegen muss es eine regional, saisonal und ökologisch ausgerichtete Ernährung geben, die auch gesund ist. Aber neben dem Zubereiten von Mahlzeiten, was den Kindern natürlich auch nähergebracht werden soll, ist die Frage, ob das zwingend bio sein muss.

Herr Kollege Häusler lacht. Ich glaube, das ist auch sein zentrales Thema. Als FDP ist es uns wichtig, immer darauf zu schauen, dass es in gewissem Maße eine Gleichbehandlung von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft gibt. Gesunde Ernährung ist etwas, was konventionelle Landwirtschaft auch erreichen kann, gerade auch durch den Einsatz von modernen Züchtungen, auch von neuen Technologien. Da ist vieles in Bewegung. Bio ist gut, aber konventionell genauso. Deswegen müssen wir uns schon fragen, ob das hier ein Programm werden soll, um gezielt die Biolandwirtschaft zusätzlich zu finanzieren und zu fördern, oder ob wir das nicht einfach breiter aufstellen sollten. Dahinter setze ich schon ein großes Fragezeichen.

Wie gesagt, insgesamt gibt es noch viel zu diskutieren, auch über die jährlichen Kosten hinaus, was genannt worden ist. Wenn wir über die Infrastruktur an Schulen sprechen, ist zu fragen: Gibt es denn überhaupt in ausreichendem Ausmaß

Schulküchen, Kantinen und Mensen? Wer finanziert das dann den Sachaufwandsträgern? Wie wollen wir das machen? Wird das Essen vielleicht geliefert? Wie soll das sein, wenn Kinder in der Schule wirklich selbst kochen können sollen? Da ist also noch vieles offen und zu klären. Ich bin gespannt auf die Beratung im Ausschuss.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fischbach. – Frau Abgeordnete Sengl hat sich nochmals gemeldet. Bitte schön.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer irgendwie der gleiche Reflex. Ich sage nur "100 % bio", und dann kommt sofort: "Dann macht ihr alles andere schlecht!" – Das habe ich gar nicht gesagt, das sagt immer nur ihr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte euch jetzt ein für alle Mal erklären, warum die Kostenfreiheit hier so wichtig ist. Ich finde es auch interessant, dass ihr plötzlich entdeckt, dass das ein Gießkannenprinzip ist und jede Familie davon profitiert. Ja, um Gottes willen! – Aber das macht ihr ja dauernd. Vom Familiengeld profitiert jede Familie. Man weiß aber gar nicht, was die Familien mit ihrem Geld machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier wissen wir schon, was mit dem Geld passiert. Hier wird das Geld für gesundes und gutes Essen verwendet. Das ist nämlich der große Unterschied.

Die Schule ist insgesamt kostenfrei. Also sollte auch das Schulessen kostenfrei sein. Das ist unser demokratisches Prinzip, und das ist auch gut so.

Dann muss ich noch etwas zur Qualitätssicherung sagen. Ich weiß auch nicht, aber ich bin heute sehr erstaunt über manche Wortmeldungen. Irgendwie waren wir uns sogar mit der FDP jetzt plötzlich nicht mehr einig. Haben wir alle miteinander beschlossen, dass wir bis 2030 30 % Bioanbau wollen, oder nicht? Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll das passieren? – Wir stehen augenblicklich bei 12 % Bioanbau. Vom Himmel fällt er nicht runter, sondern die Biobauern brauchen einen gesicherten Absatzmarkt und eine gesicherte Nachfrage. Die ist in der Schulverpflegung zu finden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Johann Häusler (FREIE WÄHLER))

Dann muss ich noch sagen, was ich auch sehr nett gefunden habe: Kollegin Brendel-Fischer – sie wird schon noch da sein –, es gibt ja leider nur Hauswirtschafterinnen. Das ist tatsächlich so. Mein großes Ziel und ein großer Gewinn für alle Buben und Männer wäre, wenn es auch mehr Hauswirtschafter geben würde.

Genau das ist ja unser Ansatz. Wir bringen das gesunde Mittagessen an die Schulen. Wir machen das zum Thema. Die Folge sollte natürlich sein: Mein Wunschtraum oder unser Wunschtraum wäre ein Schulgarten in jeder Schule, damit man auch weiß, wo die Sachen angebaut werden, und in jeder Schule eine Schulküche, damit man weiß, wie das verwertet und gekocht wird. Das lernen Buben und Mädels, also erziehen wir in unserer Grundschule die Menschen zu gleichberechtigten Partnern und versorgen sie vor allem auch mit Basiswissen. Ich glaube, das Wissen darüber, wo unser Essen herkommt und dass man kochen kann, ist wirklich ein Basiswissen in unserer Gesellschaft. Wir jammern alle sehr viel darüber, was unsere Kinder alles nicht mehr wissen und wie viele Lebensmittel wegge-

schmissen werden. Das ist ein Ergebnis davon, dass wir die Fächer Ernährung und Landwirtschaft in allen Schularten viel zu wenig haben, dass das kein Teil des Unterrichts ist. Deswegen ist dieser Gesetzentwurf einfach der erste Schritt dahin, dass sich da hoffentlich massiv etwas verändert.

Dann muss ich noch etwas zu den Horten sagen: Es wäre vielleicht auch mal an der Zeit, dass man in das Sammelsurium in Bayern, was die Betreuung von Kindern betrifft – wir haben vier verschiedene Formen der Mittagsbetreuung: offenen Ganztage, gebundenen Ganztage, Mittagsbetreuung und Hort –, mal Einheitlichkeit reinbringt, damit sich die Menschen wieder auskennen. Das wäre eine große Aufgabe des Bildungsministers, dass man das einfach vernünftig macht und nicht auf so verschiedene Weise. Das habe ich schon damals ständig moniert, als ich noch im Bildungsausschuss war. Da ist seitdem überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Staatsministers Prof. Dr. Michael Piazol)

Zum Ganztage sagen mir alle Schulen: Was sollen wir tun? Wir sind null darauf vorbereitet.

Ich muss auch ganz klar sagen: Viele Schulen machen sich auf den Weg und bemühen sich sehr, ihre Schulverpflegung wirklich zu verbessern, aber es wird ihnen alles nur schwer gemacht. Es gibt leider Gottes Sachaufwandsträger, also Kommunen, die mit dem Thema wirklich überfordert sind, die das einfach nicht auch noch machen und sich gut darum kümmern können. Es gibt Schulen, an denen das einfach nicht möglich ist, und es gibt natürlich auch solche Fälle – ich mag Pizza, ich esse sehr gerne Pizza –,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

dass eine Schule, die keine eigene Schulküche hat, niemanden findet, nur ein Restaurant, das jeden Tag Pizza liefert, weil es halt immer Pizza macht. Da braucht mir keiner zu erzählen, dass das gut und gesund für unsere Kinder ist.

Ich finde, wir sollten das nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern das Thema wesentlich ernster nehmen und uns wirklich darum bemühen, dass wir da Verbesserungen bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Kollegin. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion.

Gerd Mannes (AfD): Frau Sengl, Sie haben jetzt eine kleine Lobbyrede für Bio-Lebensmittel gehalten. Das kann man natürlich machen. Aber Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass die oft aus dem Ausland, von weit her, teilweise eingeflogen werden. Wäre es denn nicht besser, wenn wir hauptsächlich regionale Lebensmittel verwenden würden? Diese sind frisch und stammen von unseren eigenen Bauern. Das wäre doch viel besser.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Gisela Sengl (GRÜNE): Bio-regional ist natürlich das Beste. Regionalität hat leider kein Siegel. Das ist das große Thema, das wir rauf- und runterdiskutieren. Für Regionalität gibt es ein einziges staatliches Siegel: Das ist das Regionalfenster Deutschland. Alle in Deutschland hergestellten Waren gelten als regional. Ich wohne in der Nähe der Grenze. Wenn wir Lebensmittel aus Österreich kaufen, sind

diese für uns hinsichtlich der Entfernung regionaler als Lebensmittel aus Würzburg. Regionalität ist also sehr schwierig zu definieren. Es gibt einfach nichts.

Deshalb müssen wir uns auf diejenigen Siegel verlegen, die wir haben. Das Biosiegel ist nach der EU-Öko-Verordnung nun einmal das einzige staatliche Siegel. Ich empfinde das als Hohn. Ich weiß nicht, wie ihr abgestimmt habt; wir anderen haben uns aber alle darauf verständigt, dass wir die Biolandwirtschaft voranbringen und unterstützen wollen. Dafür braucht sie auch einen Absatzmarkt. Wenn ihr einmal mit den Akteuren sprechen würdet, würden diese alle das Gleiche sagen. Die Außerhausverpflegung wäre ein gesicherter Absatzmarkt und würde der Biolandwirtschaft helfen. Ich will die Biolandwirtschaft natürlich unterstützen. Ich dachte immer, ihr alle wollt dies auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4 b** auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Neuausrichtung orts- und familienbezogener
Besoldungsbestandteile (Drs. 18/25363)
- Erste Lesung -**

Eine Aussprache hierzu findet nicht statt. Wir kommen damit gleich zur Zuweisung an den federführenden Ausschuss. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Ich sehe keinen. Dann so beschlossen.

Dann rufe ich den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Interpellation der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach,
Dr. Helmut Kaltenhauser u. a. und Fraktion (FDP)
IT-Projekte im Staatsministerium für Unterricht und Kultus am
Beispiel des Projekts Amtliche Schulverwaltung und Amtliche
Schuldaten (ASV/ASD) (Drs. 18/25318)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 73 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 21 Minuten, GRÜNE 13 Minuten, FREIE WÄHLER 11 Minuten, AfD und SPD je 10 Minuten, FDP 8 Minuten; die Staatsregierung hat 21 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 4 Minuten sprechen.

Der erste Redner steht bereits am Rednerpult. Es ist der Abgeordnete Matthias Fischbach. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Sie sich dafür interessieren, wie es Bayern geschafft hat, ein Projekt noch stärker zu verzeigen als Berlin seinen Flughafen, wenn Sie sich dafür interessieren, wieso Bayerns Kultusminister immer noch nicht in der Lage ist, den Lehrermangel an Bayerns Schulen tagesaktuell zu benennen, oder warum Bayern seine

sensible Schuldatenverwaltung von einem russischen Subunternehmen entwickeln hat lassen, dann sollten Sie jetzt zuhören.

Mit großen Zielen ist Bayerns Staatsregierung 2004 und 2005 gemeinsam mit Baden-Württemberg angetreten, um eine neue amtliche Schulverwaltung, ein neues Statistikverfahren zu entwickeln. Bis 2008 sollte es fertig sein. Nun plant man mit 2028, hat also 20 Jahre Verspätung. Das ist mehr als das Doppelte, als der BER zusätzlich gebraucht hat. Für die Lehrkräfte sollte es auch einfacher werden, doch diese klagen über unnötige Mehrarbeit. Das ist nicht zu fassen. Ganze 50 Vollzeitstellen jährlich werden allein für Support-Anfragen von ASV und ASD bezahlt. Das sucht seinesgleichen. Noch schneller, hieß es, sollen die Schuldaten verfügbar sein und auch die Lehrkräfteplanung erleichtert werden. Doch auch heute sind die Daten vom Schuljahresbeginn, vom Monat Oktober, der immer Stichtag ist, erst im zweiten Halbjahr, im Februar verfügbar. Die Lehrkräfteplanung – man höre zu – für das nächste Jahr läuft in den Schulämtern immer noch mit dem Programm Persona-SVS, also einer Software aus dem Jahr 1988 – das ist sogar noch älter als ich –, deren Programmiersprache heute keiner mehr kennt.

Das könnte also wirklich ein Stück aus dem Tollhaus sein, wenn es nicht so teuer wäre, wenn das nicht auf Kosten der Lehrer und auf Kosten der Schüler ginge. 272 Millionen Euro, so hat der Oberste Rechnungshof in seiner beratenden Äußerung beziffert, wird das Ganze bis 2028 auch kosten. Allein der Vorgang, dass sich der Rechnungshof an den Landtag wendet, ist für sich schon bemerkenswert.

CSU und FREIE WÄHLER haben es trotzdem nicht für nötig gehalten, den Empfehlungen des ORH, der Experten, vollumfänglich zu folgen. Die geforderte Projektevaluation hat man sich genauso wenig zu eigen gemacht wie einen entsprechenden Antrag der Opposition vor einigen Monaten hier. Deshalb war es nötig und auch geboten, mit dieser Interpellation genauer hinzusehen und auch die Verantwortung zu klären.

Das Ergebnis ist aber ernüchternd. Statt reinen Tisch zu machen, versucht das Kultusministerium, weiter zu verschleiern, auch nach einer Monierung des Antwortverhaltens. Herr Piazzolo mauert weiter. Seit über 15 Jahren läuft eines der größten IT-Projekte völlig aus dem Ruder. Seitdem gab es aber keinerlei personelle Konsequenzen. Das kam jetzt aufgrund der Anfrage heraus. Weder im Projekt noch in der Politik will man sich zu eigen machen, welche Fehler gemacht worden sind. Das dürfen wir als Parlament so nicht durchgehen lassen;

(Beifall bei der FDP)

denn die Verfehlungen sind mannigfaltig. Das Projekt wurde mit ganz unpassenden Anforderungen ausgeschrieben, sonst wären die 90 nachträglichen Änderungsaufträge nicht zu erklären. Diese sind mit Kosten in zweistelliger Millionenhöhe verbunden. Welche das waren und wer das war, wer das genehmigt hat – keine Antwort. Das möchte die Regierung nicht herausgeben, auch nicht nach Monierung. Das ist eine Taktik des Mauerns. Herr Piazzolo, es ist nicht ausreichend zu sagen, das wäre ein geschützter Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Dieser ist eigentlich zum Schutz von Willensbildungsprozessen der Regierung gedacht. Da sind Sie auf dem Holzweg. Hier geht es nicht um interne Abstimmungsprozesse, sondern es geht um nach außen vergebene Aufträge, die schon angefangen und auch abgewickelt und bezahlt worden sind. Meine Damen und Herren, das geht die bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler an und vor allem auch ihre Vertreter im Parlament und die parlamentarische Kontrolle. Dass Sie hier an dieser Stelle mauern, spricht leider Bände.

(Beifall bei der FDP)

Genauso wichtig wäre es zu erfahren, ob man bei diesem Projekt auch alle Risiken, die dann später teilweise eintraten, gesehen hat. Da könnte man auch hier Verantwortungen klären. Doch auch genau an dieser Stelle wird weiter gemauert, auch nach der Monierung. Deshalb erfahren wir leider auch nicht, ob man das Risiko einer fehlenden Datenschutzgrundlage, einer Rechtsgrundlage für die Datenhaltung in diesem System gesehen hat. Hatte man auch die Kritik des Landesdatenschutzbeauftragten wirklich auf dem Schirm, als man im Prinzip munter angefangen hat, draufloszuprogrammieren?

Ebenso wenig erfahren wir, ob das Risiko einer Auslagerung der Einwicklungsarbeiten nach Russland wirklich auf dem Schirm war, also was dies für die Datensicherheit bedeutet hat. Da braucht man gar nicht von den jüngsten Hackerangriffen auf einzelne Landkreise in Bayern zu sprechen. Es ist doch ein Armutszeugnis, dass das Kultusministerium dieses Risiko nicht zumindest nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine auf dem Schirm hatte, Herr Piazzolo. Am Ende war es wirklich – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – das fünfte Sanktionspaket der EU im Oktober 2022, das diese absurde Auslagerung, diese absurde Kooperation mit einem russischen Unternehmen gestoppt hat, das die Entwicklung von ASV betrieben hat. Was ist das für ein Führungsversagen? – Die Fehler der CSU-Minister, die bei diesem Projekt begangen worden sind, haben Sie nahtlos fortgesetzt, Herr Piazzolo.

(Beifall bei der FDP – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Das ist ein ganz normaler Prozess!)

Doch auch die CSU-Minister dürfen wir hier nicht aus der Verantwortung entlassen. Über den längsten Zeitraum, während dieses Projekt lief, waren Minister Spaenle und Finanzminister Söder verantwortlich am Ruder. Sie haben also besonders zu verantworten, dass trotz des Landtagsbeschlusses für 2008 kein Bericht und auch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung zu diesem Projekt erfolgte. Die Kosten sind dann Jahr für Jahr weiter gestiegen. Mich wundert schon besonders, warum ein Finanzminister Söder, der das wesentlich beteiligte IT-Dienstleistungszentrum in seinem Ministerium hat, sich kein einziges Mal hat berichten lassen, es kein einziges Mal für nötig gehalten hat, einmal genauer hinzuschauen, was da eigentlich passiert. Ein Wegschauen in diesem Ausmaß – das muss man leider schon sagen – könnte man auch als fahrlässige Steuergeldverschwendung bezeichnen.

(Beifall bei der FDP)

Dieses Projekt steht leider symbolisch für den Umgang des Kultusministeriums mit IT-Projekten in Bayern. Dass das Digitalministerium, wie wir jüngst mitbekommen haben, bei dem Projekt nach wie vor außen vor ist, erübrigt sich eigentlich schon zu erwähnen. Als wir im Jahr 2020 auch in Bayern in die Pandemie kamen und plötzlich auf digitale Bildung angewiesen waren, kam dazu aus dem Kultusministerium relativ wenig Hilfreiches. Erst spät wurden Hilfspakete vom Bund für die digitale Ausstattung weitergereicht.

Zur "BayernCloud Schule" kann man sagen: Ja, sie wurde im Juli 2020 angekündigt, hat aber selbst heute noch keinen Cloudspeicher. Wir müssen uns ernsthaft fragen, ob das Kultusministerium oder die Staatsregierung insgesamt IT-Projekte dieser Größenordnung selbst durchführen kann bzw. selbst durchführen sollte oder ob es an mancher Stelle nicht besser wäre, auf den Markt zurückzugreifen, das heißt auf etablierte Software-Experten statt auf IT der Marke Eigenbau. Wir sollten hier lieber auf passende Schnittstellen zu aktueller Software setzen und die Schulen sowohl personell als auch rechtlich und finanziell bei der Auswahl des richtigen Produkts unterstützen, statt die für ganz Bayern gleichermaßen selig machende Eier legende Wollmilchsau zu suchen, die in München zentral entwickelt werden soll.

Wir hätten viel Potenzial, auf aktuelle Entwicklungen zurückzugreifen. Andere Länder wie Dänemark und Estland sind in Europa Spitze bei der Digitalisierung. Die haben das längst gemacht und sind von Eigenentwicklungen zu Marktlösungen umgeschwitten. Insofern hinken wir in Bayern mit unserem Ansatz noch meilenweit hinterher.

Meine Damen und Herren, die Begriffe ASV und ASD – Sie haben sie schon öfters gehört – mögen normalen Bürgern in Bayern zum Glück noch nicht so viel sagen. Sprechen Sie aber eine Schulleiterin oder einen Schulleiter in diesem Land darauf an: Diese Begriffe triggern! Sie werden schmerzverzerrte Gesichter sehen; denn die Schulleiterinnen und Schulleiter denken dabei an den Mehraufwand, die unübersichtliche Benutzeroberfläche, die letzte Fehlermeldung oder die Supportnachfrage.

Das muss nicht so sein. Bayern muss bei digitaler Bildung endlich Spitzenreiter werden. Das gelingt aber nicht, wenn wir so weitermachen wie bisher. Es ist Zeit, umzudenken und Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Fischbach, und darf als nächsten Redner Herrn Abgeordneten Peter Tomaschko von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Tomaschko.

Peter Tomaschko (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Hohes Haus! Das also sind die Zukunftsthemen der FDP. Wenn sich das nicht nahtlos in eine Reihe von Patzern, Patzern, Patzern einfügen würde, müsste ich spätestens jetzt beginnen, lieber Matthias Fischbach, mir Sorgen zu machen. Während Sie im Bildungsausschuss mucksmäuschenstill und brav drinsitzen, zeigen Sie sich hier vorn entrüstet, und die Superlative überschlagen sich von einem Wort zum nächsten. Wobei: Die FDP schafft es ja, mit drei Punkten in der Öffentlichkeit beim Thema Bildung zu punkten: Da gibt es den einen, der – wie heute hier – Märchen erzählt und davon spricht, hier gäbe es die teuersten, aber nicht unbedingt die fleißigsten und die besten Lehrer. Dann gibt es den Kollegen Fischbach, der gerade jetzt, da wir auch im Bildungsbereich wirklich Fachkräftemangel haben, fordert: Weg mit dem Beamtenstatus! – Das motiviert bestimmt gewaltig, lieber Herr Kollege Fischbach. Dann verweisen Sie auf Dinge wie ASV. Ich stelle mir schon die Frage: Wie oft wollen Sie denn dieses Thema noch reiten? Haben Sie wirklich keine anderen Themen?

Jetzt gestatte ich mir schon einmal den Hinweis: Bei der Einführung von ASV/ASD hatte die FDP selbst Regierungsverantwortung. Ihre Vorgänger saßen damals in der Regierung und haben sich – das ist in den Protokollen sehr gut nachlesbar; es ist von Vorteil, dass hier im Hohen Haus alles dokumentiert wird – lautstark und heftig zu dieser Software geäußert.

Sie suchen hier nach einem Fehler. Der einzige Fehler war vielleicht – insoweit gebe ich Ihnen recht, wenn Sie schon nach einem Fehler suchen –, dass die FDP damals in der Regierung war. Das mag ein Fehler gewesen sein. Aber Sie bzw. Ihre Vorgänger haben damals deutlich strengere Datenschutzvorgaben, die gesetzlich gar nicht notwendig gewesen wären, eingefordert. Ihre Vorgänger haben damals gesagt: "Sonst machen wir das nicht mit!", und hätten in der Regierung ihr Veto eingelegt. Jetzt scheinheilig daherzukommen und zu fragen: "Moment mal! Warum hat das denn so lange gedauert?", ist alles andere als Ausdruck einer ernsthaften und glaubwürdigen Politik, lieber Kollege Fischbach.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch einmal: Wir haben uns dafür wirklich viel Zeit genommen. Alle Ihre Fragen sind mehrmals schriftlich beantwortet worden. Wir haben uns im Bildungsausschuss mehrmals mit diesem Thema beschäftigt; auch der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat sich mit diesem Thema beschäftigt. Es jetzt als Interpellation noch einmal hochzuziehen, grenzt schon an Missbrauch des Interpellationsrechts.

Nur noch einmal in Kürze: Ihr erster Kritikpunkt, es gebe nur wenige Nutzer, ist vollkommen falsch. Die ASV unterstützt die Schulverwaltungen bei der Erfüllung ihrer täglichen Aufgaben in sehr hohem Maße. Die ASD sorgt dafür, dass die immense Fülle schulischer Daten – Schülerdaten, Lehrerdaten, Unterrichtsdaten – sicher, mit hoher Qualität und deutlich schneller als früher erfasst und statistisch ausgewertet wird.

Jetzt schauen Sie sich bitte die Zahlen an: Alle allgemeinbildenden Schulen – mit 1,2 Millionen Schülern – nutzen ASV und ASD.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bereits 550 berufliche Schulen sind mit ihren Daten bei ASV und ASD am Start.

Ihr zweiter Kritikpunkt lautet, die Kosten würden ausufern. Das ist für mich eine Frechheit. Sie verknüpfen hier willkürlich Zahlen. Sie setzen die Gesamtkosten für die Laufzeit von 2005 bis 2028 – insgesamt also 23 Jahre – mit den im Jahr 2005 prognostizierten Entwicklungskosten ins Verhältnis. Die von Ihnen genannten 272 Millionen Euro beziehen sich auf die Gesamtlaufzeit, die 11,3 Millionen Euro auf die Entwicklungskosten. Daraus errechnen Sie Ihren Kostensteigerungsfaktor. Ohne diese sachlich unrichtige Verknüpfung der Gesamtkosten während der Laufzeit mit den Entwicklungskosten sähe die Kostensteigerung komplett anders aus. Die Kosten für den laufenden Betrieb und die für die externe Entwicklung der Software sind klar voneinander zu trennen. Für die Pflege und Weiterentwicklung des gesamten Verfahrens im laufenden Betrieb sowie den Support fallen durchschnittliche Kosten von nur 17 Millionen Euro jährlich an. Die laufenden Kosten liegen damit bei unter 3.000 Euro pro Schule und Jahr. Das entspricht 0,1 % des jährlichen Bildungshaushalts. Und dafür mandeln Sie sich hier auf und wollen dieses Thema als die große Geschichte hochziehen?

Aus unserer Sicht sind es absolut angemessene Kosten für die Entwicklung und den Betrieb eines so großen und komplexen IT-Verfahrens. Durch Ihre unrechtmäßige Verknüpfung der Kosten über die gesamte Laufzeit mit den Entwicklungskosten vergleichen Sie wirklich Birnen mit Äpfeln oder Äpfel mit Birnen – wie Sie es haben möchten.

Als dritten Kritikpunkt nennt die FDP Verzögerungen der Entwicklung. Sie sprechen von 19 Jahren. Ein Punkt geht wiederum auf Ihr Konto. Wie ich bereits ausgeführt habe: Wer erhöhte Anforderungen an Kontrolle und Datenschutz stellt und mit den ohnehin hohen gesetzlichen Vorgaben in Bayern immer noch nicht einverstanden ist, wer also striktere Maßnahmen fordert, braucht natürlich mehr Zeit. Sie waren es, die eben mehr Datenschutz und mehr Kontrollfunktionen im bayerischen Schulsystem gefordert haben. Daraus resultiert natürlich ein deutlich höherer Aufwand.

Zur Wiederholung: Sie hatten damals Regierungsverantwortung. Die längere Dauer ist auch das Ergebnis der bewussten Entscheidung für eine gestufte und schulartenweise Einführung. Man sagte: von Schule zu Schule, damit es passgenau ist. – IT-Projekte dieser Größe erfordern stets eine Anpassung im Zuge des Einführungsprozesses, etwa um neue Entwicklungen im bayerischen Schulsystem abbilden zu können; ich nenne nur G8 oder – jetzt – G9.

Selbstverständlich wird ASV/ASD auch jetzt kontinuierlich weiterentwickelt. Aber Sie von der FDP lassen bewusst Fakten aus und vergessen plötzlich Ihre eigene Beteiligung. Das ist mehr als schofelig.

Wenn ich das Fazit ziehen darf: Sicherlich läuft bei einem solchen Großprojekt nicht immer alles zu 100 % optimal. Aber ich sage auch: Bayern war damals Vorreiter. Da konnte gar nicht alles zu 100 % optimal verlaufen. Nirgendwo sonst gab es ein vergleichbares Projekt. Kein anderes Land war bei der Digitalisierung derart Vorreiter. Doch die FDP versucht hier, das Projekt als Ganzes durch falsche Behauptungen und falsche Rechnungen in ein schlechtes Licht zu rücken.

Zu Beginn des Projektes wurden Prognosen getroffen, die natürlich im Laufe der Zeit weiterentwickelt werden mussten. Wir lesen in Ihrer Interpellation auch von einer zeitweiligen Zusammenarbeit mit Baden-Württemberg, wobei die Realität eine andere wurde. In Baden-Württemberg hat sich das Schulsystem komplett in eine andere Richtung entwickelt. Aber natürlich geht es dabei auch um die Anpassungen auf bayerischer Seite – ich erwähnte bereits das G8 und G9 –, aber auch um die Einführung der Mittelschule oder um das Thema Inklusion. Es mussten Inklusionsklassen abgebildet werden. All diese Dinge kann das System und kann die EDV. All das bildet es richtig ab. Für die Zukunft sieht sogar eine Wirtschaftlichkeitsprüfung nach den einschlägigen DIN-Vorschriften vor, dass hier alles in die richtige Richtung läuft.

(Zuruf von der FDP)

Das Feedback an den Schulen zeigt uns – wir sind alle draußen an den Schulen unterwegs –, dass ASV/ASD läuft und angenommen wird. Ich betone auch: ASV/ASD war in Bayern der erste große Schritt in die Digitalisierung, als sich andere Länder mit diesem Thema überhaupt noch nicht befasst hatten.

Mit diesem Thema Digitalisierung muss es natürlich weitergehen. Die digitale Bildung an Schulen ist uns als CSU-Fraktion ein sehr, sehr großes, wenn nicht sogar das wichtigste Anliegen. Wir wollen an den bayerischen Schulen die Digitalisierung und das digitale Lernen weiter ausbauen; denn Bildung verändert sich natürlich. Ich nenne nur die Megatrends dieses Jahrhunderts: digitale Transformation, Wissensexplosion oder New Work. Diese Megatrends wollen wir als Chance begreifen und Schulen beständig weiterentwickeln. Wir haben bereits jetzt 63.000 digitale Klassenzimmer, knapp 300.000 verleihbare digitale Endgeräte und rund 110.000 Lehrergeräte. Mit der nächsten Förderrunde im kommenden Haushalt erreichen wir eine Vollaussstattung bei den Lehrern.

Der nächste ganz, ganz große Schritt wird die "BayernCloud Schule" sein. Diese bringt nämlich alle Systeme und Programme unter ein Dach. Hier sage ich unserem Ministerpräsidenten Markus Söder ein ganz, ganz großes Dankeschön; denn er hat die BayernCloud für die Schulen zur Chefsache und damit den Durchbruch für die digitale Infrastruktur möglich gemacht. Wir werden zum Ende des Schuljahres 2021/22 die zweite Ausbaustufe, das sogenannte WebPortal, erfolgreich abgeschlossen haben. In einem nächsten Schritt soll die "BayernCloud Schule" um einen sogenannten virtuellen Arbeitsplatz ergänzt werden. Auch die Fortbildungsplattform FIBS wird durch die BayernCloud integriert und weiterentwickelt. Das heißt, digitale Fortbildungsmaterialien werden geteilt und können gemeinsam bearbeitet werden.

Wir fördern zudem an den Schulen die IT-Administration für die Sachaufwandsträger. Der Freistaat strebt an, ab 2025 bei der IT-Administration die Hälfte der Kosten für Wartung und Pflege dauerhaft zu übernehmen. Bereits jetzt stehen dafür über 150 Millionen Euro zur Verfügung.

Die Unterrichtsqualität soll durch den Einsatz digitaler Technologien weiter gesteigert werden, um auch in Zukunft beste Bildungschancen in Bayern zu gewährleisten. Schüler sollen an den Schulen Zukunftsskills erwerben. Es geht dabei nicht um einen volldigitalisierten Unterricht, sondern um ein selbstverständliches Miteinander bewährter und digitaler Lernformate.

Wir stärken die digitale Expertise unserer Lehrerinnen und Lehrer sowie der Verwaltungskräfte. Der Freistaat investiert in zeitgemäße Aus- und Fortbildungen. In Bayern nimmt die Ausbildung bezüglich der Digitalisierung bundesweit den Spitzenplatz ein. Digitale Bildung steht hier überall im Vordergrund. Im Jahr 2021 hatten wir 7.300 Veranstaltungen mit über 255.000 Teilnehmern. Das Themenfeld "Digitale Bildung" macht inzwischen einen Anteil von circa 51 % des Gesamtangebots der staatlichen Lehrerfortbildung aus.

Ich könnte jetzt noch viele Beispiele nennen. Aber Sie alle wissen: Wir in Bayern nehmen hier deutschlandweit absolut die erste Stellung ein und damit wohl auch weltweit, was diesen Bereich angeht. Das heißt, wir investieren gemeinsam mit den Sachaufwandsträgern in unsere Schulen und setzen damit ein entsprechendes Signal. Gemeinsam mit den engagierten Lehrerinnen und Lehrern organisieren wir den bestmöglichen Unterricht für unsere Kinder.

Als Fazit darf ich schließlich ziehen: Sie sehen, uns als CSU-Fraktion und insgesamt als Regierungsfaktionen ist es ein sehr wichtiges Anliegen, die Digitalisierung und das digitale Lernen an den Schulen auszubauen. Ziel ist eine kooperative Gestaltung der Schulen hin zu einer vernetzten Schulgemeinschaft. Dazu gehört auch die Software ASV/ASD, die die Verwaltung an den Schulen digital unterstützt.

Lieber Kollege Fischbach, liebe FDP, ich hoffe, Sie sind nun mit diesen haltlosen Anschuldigungen und Anmerkungen zu ASV/ASD endlich fertig. Vielleicht konnte ich einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Sie etwas klüger geworden sind.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Tomaschko. Bleiben Sie bitte am Rednerpult; denn es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Kaltenhauser von der FDP-Fraktion.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Kollege Tomaschko, es ist nicht wegzudiskutieren, dass diese Projektorganisation ASV/ASD und die Projektkontrolle eine ziemliche Katastrophe waren. Das hat der ORH als solches bestätigt. Wir können über die Zahlen gerne und lange streiten. Dass das Projekt kostenmäßig ziemlich aus dem Ruder gelaufen ist, ist auch kaum zu bestreiten.

Ich möchte aber noch einen anderen Punkt ansprechen: Sie haben wunderbar vorgerechnet, welche Schulen dieses System tatsächlich verwenden. Haben Sie mal mit den Schulleitern geredet?

(Zuruf von der CSU: Wir alle!)

Ich habe nämlich mit einer ganzen Menge Schulleitern geredet. Der eine oder andere Schulleiter sagt: Ich darf gar nicht sagen, wie viel Zeit mich das kostet. – Manche Schulleiter haben den Konrektor schon halb abgeordnet, weil er mit diesem System Unmengen Zeit verbringt. Das ist kein Einzelfall. Alle Schulleiter, mit denen ich geredet habe, machten dieselbe Aussage, wenn auch unterschiedlich qualifiziert: Manche waren sehr wutentbrannt. Manche haben gesagt, sie nähmen es als gottgegeben hin. Den Zeitaufwand, den das System vor Ort verursacht, müssten Sie eigentlich noch hineinrechnen, also Zeiten, die den Lehrern und an Schullei-

tungsfunktionalität durch das System aufgebürdet werden. Auch das fehlt in all den Zahlen des ORH und unseren Zahlen noch völlig.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön.

Peter Tomaschko (CSU): Erstens spricht der ORH definitiv von keiner Katastrophe. Zweitens können wir gerne gemeinsam an eine Schule gehen, in der Ihnen der Schulleiter im gemeinsamen Gespräch – ich halte mich dabei zurück – mit Sicherheit darstellt, wie dankbar er ist, dass dieses System so läuft.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das wäre es gewesen. – Dann darf ich als nächsten Redner Herrn Maximilian Deisenhofer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Deisenhofer.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die engagierte Debatte bis zu diesem Zeitpunkt. Wir sprechen jetzt nicht zum ersten Mal über das Megathema "Digitalisierung und Schule" an dieser Stelle. Es gibt in der Tat viele Erfolgsgeschichten. Ich weiß das noch aus meiner eigener Zeit. Ich habe es zum Beispiel als Riesenfortschritt empfunden, dass man den Stundenplan bzw. den Vertretungsplan nicht erst in der Früh in der Schule sieht, sondern dass man bereits daheim vor dem Losfahren in der App gucken kann, was ausfällt oder ob man eine Vertretung hat. Genauso ist das ein Riesenfortschritt für die Schülerinnen und Schüler, vor allem auch für die Eltern, die bereits in der Früh wissen, wann sie das Kind abholen müssen usw. Das ist ein Beispiel für den Fortschritt durch die Digitalisierung in der Schule.

Es gibt aber auch Einzelpersonen, die etwas gerissen haben: 2019 haben zwei bayerische Lehrer den "Deutschen Lehrpreis" gewonnen, nämlich Sebastian Schmidt aus Neu-Ulm und Ferdinand Stipberger aus Neunburg vorm Wald, also 300 Kilometer voneinander entfernt. Die beiden Lehrkräfte haben gemeinsam Mathematik-Lernvideos entwickelt, die sie dann im "Flipped Classroom" eingesetzt haben. Die beiden Lehrer haben somit die Chancen der Digitalisierung eindrucksvoll aufgezeigt.

Dritter Punkt. Auch mit wenig Aufwand kann man Unterricht interessanter machen. Wenn man zum Beispiel aktuelle Themen behandelt und sich dann live in eine Bundestagsdebatte oder eine Landtagsdebatte einschalten kann oder wenn man im Fremdsprachenunterricht ein TV-Programm aus dem Ausland einschalten kann, dann bringt das Lebensnähe in die Schule. Dann ist das ein Beispiel für gelungene Digitalisierung in Schulen.

Gerne würde ich das heutige Thema, das Schulverwaltungsprogramm ASV/ASD, in eine Reihe stellen mit den Erfolgsgeschichten, die ich gerade eben erwähnt habe. Dazu kommen mir aber eher Flops in den Sinn wie der Transrapid, die Ausländermaut oder die zweite Stammstrecke, alles CSU-Projekte, bei denen am Ende nichts Gescheites rauskommt und die einen Haufen Geld verschlingen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Kollege Tomaschko, ich muss an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ich kann es verstehen, dass es die CSU-Fraktion stört, wenn sich die Opposition weiter mit dem Thema beschäftigt. Aber wir werden da nicht ruhen, sondern wir werden weiter an dem Thema dranbleiben, und zwar zum einen, bis die Finanzen geklärt sind, und zum anderen, bis das System endlich so läuft, dass unsere Schulleitungen entlastet und nicht belastet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Mit den finanziellen Dingen und den finanziellen Ausmaßen hat sich, wie schon erwähnt, bereits der ORH beschäftigt und dabei – man muss es so sagen – eine ordentliche Watschen an den damaligen Finanzminister Markus Söder verteilt. Das Projektmanagement war miserabel, und die Kosten sind völlig aus dem Ruder gelaufen, und zwar völlig egal, wie rum man rechnet, lieber Kollege Tomaschko.

Noch schlimmer als die finanziellen Dinge, die uns hier im Landtag eher beschäftigen, sind für die Schulen vor Ort die Probleme in der täglichen Arbeit. Die Rückmeldung, die ich bekomme – das ist komisch, dass die Schulleitungen, wenn sie mit Regierungsfraktionen reden, anscheinend ganz andere Dinge sagen –, ist, dass ASV seit seiner Einführung ein ständiges Ärgernis für die Schulleitungen ist: Das System lässt sich nicht intuitiv bedienen, es ist störanfällig und so kompliziert, dass man es ab und zu sozusagen anschwindeln muss, um die gewünschten Daten am Ende überhaupt übermitteln zu können. Wenn man das hier anspricht und darüber diskutiert, wie zum Beispiel im Bildungsausschuss auf unseren Berichtsantrag von 2019 hin, dann wird zum Teil einfach den Schulen der Schwarze Peter zugeschoben und suggeriert, die Schulen würden die Daten nicht richtig einpflegen.

Und überhaupt – da hat der Kollege Fischbach einen Punkt – stört mich der Umgang mit dem Landtag bei dem Thema insgesamt. Obwohl schon im Jahr 2008 weitere Berichte an uns, an die Legislative, versprochen waren, sind diese damals einfach nicht erfolgt. Zehn Jahre lang hat das damalige CSU-Kultusministerium das Thema totgeschwiegen und dem Landtag trotz gegenteiligem Landtagsbeschluss nicht mehr dazu berichtet. Jetzt an dieser Stelle von einem Missbrauch des Interpellationsrechts zu sprechen, zeugt meiner Meinung nach von einem ziemlich schlechten Gewissen, weil es die CSU-Staatsregierung und das CSU-Kultusministerium waren, die diesem Hohen Haus zehn Jahre lang trotz gegenteiligem Beschluss nicht berichtet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Das Schlimme insgesamt ist, dass das Debakel um ASV und ASD nicht das erste Desaster bei der digitalen Schule in der Legislaturperiode ist. Wir erinnern uns alle noch gut daran, wie aus dem Ministerium, aber auch von Minister Piazzolo selber immer mit den Nutzerzahlen in Millionenhöhe bei Mebis geprahlt wurde. Als es dann im zweiten Corona-Winter, im Dezember 2020, tatsächlich zum Schwur kam, hat das System nicht einmal tägliche Zugriffszahlen von 200.000 geschafft.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Die Gelackmeierten waren wieder einmal die bayerischen Lehrkräfte und die bayerischen Schülerinnen und Schüler.

Mit Blick auf ASV und ASD und Mebis mache ich mir, ehrlich gesagt, schon große Sorgen um die "BayernCloud Schule". Der Finanzeinsatz ist auch hier enorm. Das ist erst einmal zu begrüßen. Das sage ich als Bildungspolitiker und als jemand, dem digitale Schule am Herzen liegt. Aber was die Schulen dann tatsächlich und wann bekommen, ist immer noch nicht ganz klar. Das erinnert an die fehlgeschlagenen Projekte der Vergangenheit.

Ich rufe Ihnen deswegen von dieser Stelle aus klar und deutlich zu: Zwei Desaster bei der Schul-IT in dieser Legislaturperiode sind schon zwei zu viel. Sorgen Sie dafür, dass die Kosten im Rahmen bleiben, und vor allem dafür, dass die Dinge im Sinne unserer Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler endlich funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Deisenhofer. – Nächster Redner ist der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Abgeordneter Tobias Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Fischbach, ich hatte bei Ihrer Rede den Eindruck, es langweilt Sie langsam selber, was Sie immer vorbringen in Sachen ASV und zu dessen Fehler.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie wirkten bei Ihrer Rede sehr müde. Ich bin dagegen hellwach, die Koalition auch.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wir treiben die Digitalisierung voran. Sie haben von einer unnötigen Mehrarbeit gesprochen, die durch ASV entstanden sei. Wissen Sie, was ich Ihnen da sage? – Wenn Sie das Ministerium mit 86 Fragen, detailverliebten, sich zum Teil ergänzenden und doppelten Fragen auf 41 Seiten beschäftigen, dann ist das in großen Teilen unnötige Mehrarbeit. Es kostet Zeit, die wir brauchen könnten, um Digitalisierung voranzutreiben, was wir auch wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Ich darf mich dem Kollegen Tomaschko anschließen und Sie noch einmal erinnern: Die FDP war damals

(Zurufe der Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) und Benjamin Adjei (GRÜNE))

– Sie nicht, aber die Kolleginnen und Kollegen – mit in der Verantwortung, als ASV auf den Weg gebracht worden ist. Es war Ihre Mitentscheidung. Sie haben zu allem Ja gesagt.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Jetzt stehen Sie auch dazu! Gehen Sie den Weg bis zum Ende mit!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie sprechen von einem Versagen. Wenn es ein Versagen wäre, warum arbeitet ASV dann heute an allen weiterführenden Schulen in Bayern? Warum greifen die beruflichen Schulen und alle anderen Schularten weiter und zunehmend darauf zu? Ein Versagen sieht meines Erachtens anders aus. Sie, auch der Kollege Kaltenhauser, sagen, dass Sie mit den Schulleiterinnen und Schulleitern sprechen. Wir können gerne einmal gemeinsam an eine Schule gehen, damit es nicht heißt, die würden uns etwas anderes erzählen als Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP))

Ganz ehrlich: Wir reden von einem sehr aufwendigen System, das eine Oberfläche hat. Ich sage es auch Ihnen. Ich habe es eben schon einmal gesagt, Kollege Fischbach: ASV ist kein Commodore 64. ASV ist ein komplexes System, das mit allen relevanten Schuldaten aller 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler in Bayern umgeht und das auch kann. Wir sind uns doch alle einig, dass das nicht sexy ist. Es muss aber auch nicht sexy sein. Es muss funktionieren. Und es funktioniert. Wir

müssen natürlich weiter an der Oberfläche arbeiten. Das tun wir auch, weil wir die Kritik der Lehrkräfte und der Schulleiterinnen und Schulleiter sehr ernst nehmen. Nichts ist perfekt, auch nicht das, was die FDP macht. Deswegen arbeiten wir weiter daran, verbessern das Programm ASV und arbeiten gemeinsam mit den Schulleitungen daran.

Wir haben auch, ich möchte jetzt nicht Fehler sagen, aber Verbesserungsvorschläge aufgenommen. Wir haben zum Beispiel das Projektmanagement eingeführt, von dem Sie gesprochen haben. Wir haben die Feedback-Stelle eingerichtet, um das Feedback der Schulleitungen und Schüler aufzunehmen und in das Projekt einzubauen.

Ich bin es leid, immer nur über ASV zu reden, das an den meisten Schulen läuft. Insgesamt treiben wir in der Bayernkoalition die Digitalisierung an unseren Schulen gemeinsam weiter voran, als es in der Geschichte vorher jemals der Fall war. Das müssen Sie einmal wahrnehmen und sagen. Wir haben allein 2,5 Milliarden Euro in die Hardware an unseren Schulen investiert. Unsere Sachaufwandsträger, Bürgermeister und Schulleiter sagen: Wir haben ausreichend Material an unseren Schulen. Lasst uns jetzt weiter daran arbeiten, das einzusetzen. – Es ist unser Ziel, das, was wir erreicht haben, weiter auszubauen und die Anwendung der Digitalisierung im Unterricht weiter besser möglich zu machen.

Wir bauen mit Nachdruck am digitalen Schulhaus Bayern. Die Grundlage ist die "BayernCloud Schule". Die geht weit über das hinaus, was ASV bedeutet. Aber ASV ist auch mit darin. Wir haben in diesem digitalen Schulhaus ein digitales Klassenzimmer. Wir haben in diesem digitalen Schulhaus ein digitales Lehrerzimmer. Wir haben in diesem digitalen Schulhaus eine digitale Schulverwaltung. Wir haben sogar den Kommunen, den Sachaufwandsträgern, geholfen, ihre digitalen Hausmeister – das sind nicht die pädagogischen Netzwerkbetreuer, sondern die Hausmeister, die sich um die Gerätschaften kümmern – zu finanzieren. Wir haben also alles getan, um dieses digitale Schulhaus Bayern mit Nachdruck zu bauen.

Nur ein Beispiel: Wir sind jetzt bei 65.000 voll ausgestatteten digitalen Klassenzimmern in Bayern. Nennen Sie mir ein Kultusministerium in einem Bundesland in Deutschland – nicht einmal FDP-geführt, weil es da kaum mehr welche gibt –, das in diesem Bereich so weit ist, wie wir in Bayern es sind. Sie werden keines finden, sage ich Ihnen, und schon gar keines, das von der FDP geführt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir werden in diesem Bereich weitergehen. Wir werden zum Beispiel die Lehrerendgeräte weiter ausbauen. Wir werden auch dafür sorgen – klare Ansage vom Kultusminister selber –, dass die Lehramtsanwärter, die Referendare, ihre Endgeräte bekommen. Wir werden bei den Schülerendgeräten mittelfristig den Weg beschreiten, dass wir jedem Schüler und jeder Schülerin ein Endgerät zur Verfügung stellen können. Wir stehen in engem Austausch mit den Kommunen und den Sachaufwandsträgern, die dabei auch ein Wörtchen mitzureden und Verantwortung zu tragen haben. Damit wir diesen gepflasterten Weg gut gehen können, müssen wir das gemeinsam tun. Wir müssen viele Dinge auf den Prüfstand stellen und verändern. All das wissen wir. Wir tun es, weil wir die Digitalisierung in Bayern an unseren Schulen ernst nehmen.

Sie merken, dass auch am neu bestehenden Webportal für die "BayernCloud Schule". Wenn Sie einmal auf die Internetseite gehen, dann sehen Sie, wir haben vieles bereits eingestellt. Wir haben einen Zugang für Schülerinnen und Schüler. Dass die App erst noch kommt – das wissen Sie genauso gut wie ich –, liegt an datenschutzrechtlichen Gründen. Das ist übrigens in vielen Fällen so, dass wir datenschutzrechtliche Barrieren haben, die das Kultusministerium nicht verändern

kann. Das ist datenschutzrechtliche europäische Gesetzgebung. An diese muss man sich halten. Diese kann man nicht einfach überspringen. Deswegen müssen wir schauen, wie wir im Rahmen der datenschutzrechtlichen Vorgaben mit dem Thema umgehen können.

Wir richten unseren Blick auf die Anwendung der digitalen Angebote im Unterricht. Ich sage Ihnen eines: Das ist die große Kulturrevolution, vor der wir in unseren Schulen stehen. Mit der Einführung des Digitalen in den alltäglichen Unterricht stehen die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Eltern und die gesamte Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Das müssen und wollen wir gemeinsam gestalten. Darauf legen wir unseren Fokus, nicht auf ein an allen Schulen ohnehin arbeitendes Programm, wie es die FDP tut. Das ist von vorgestern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich sage Ihnen, worum es mir in dem Bereich geht. Sie haben Dänemark erwähnt. Ich war dort gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen des Bildungsausschusses. Ja, ich habe es dort gesehen. Sie kritisieren immer, dass sie es dort viel besser haben als wir. Was haben sie denn besser? – Wir haben unsere "BayernCloud Schule".

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Wir schaffen dort auch eine Schnittstelle für Programme, die eingespeist und angewendet werden können. Wir machen das nicht alles allein in einem stillen Kämmerlein, in einem kleinen Büro im Kultusministerium. Natürlich wissen wir, wie wichtig der Markt dafür ist. Natürlich wissen wir, welche Impulse die freie Wirtschaft da geben kann. Deswegen öffnen wir unser Angebot auch für die freie Wirtschaft. Wir wollen, dass Edutech in Bayern zu Hause ist. Wir wollen einen Nährboden für Edutech und digitale Lehrmittel in Bayern haben.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Daran arbeiten wir ressortübergreifend, weil es die Wirtschaft und viele andere Bereichen betrifft. Ich sage Ihnen voraus: Bayern bildet jetzt schon, aber noch viel mehr in Zukunft die Spitze der Edutech-Entwicklung in Europa und in der Welt.

Weil Sie vorhin gesagt haben, man muss Dinge wohlüberlegt entwickeln: Ja, das sage ich Ihnen auch, man muss sie überlegt entwickeln. Deswegen muss man sich genau überlegen, was man tut. Wenn ich daran denke, was man sich überlegen muss, dann schaue ich nach Berlin. In Berlin sind Sie von den GRÜNEN, der SPD und der FDP in der Mitverantwortung. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn jetzt große Kritik an der nationalen Bildungsplattform aufbrandet, für die Sie in Berlin übrigens bereits schon jetzt 630 Millionen Euro ausgegeben haben – und jetzt kommt die Kritik der Fachleute –, überlegt euch doch bitte schön erst mal, wohin ihr wollt! Ja, das ist berechtigte Kritik: irgendwelche Sachen angehen und nicht wissen, wohin man möchte; dann aber Geld reinzuschmeißen ohne Ende, das ist der Stil in Berlin. Wir machen es in Bayern anders. Wir machen es besser. Wir kommen auch besser voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Noch ein letzter Satz. Ich brauche meine ganzen elf Minuten Redezeit gar nicht. Ich erkläre Ihnen noch einmal hier in dieser Runde den Anspruch, den wir hier in Bayern haben. Wir haben in Bayern in den letzten Jahren mit der Digitalisierung unserer Schulen einen großen Schritt nach vorne gemacht. Wir haben mit der Digi-

alisierung in Bayern für Deutschland Maßstäbe gesetzt. Wir haben die Digitalisierung in Bayern in unseren Schulen zur Chefsache gemacht. Wir werden alles dafür tun, dass wir in der Hardware, in der Software und vor allem in der digitalen Kultur in unseren Schulen einen Spitzenplatz in Deutschland, in Europa und in der Welt einnehmen. Das ist der Anspruch, den wir in Bayern haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Markus Bayerbach.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Kollege Gotthardt, dass die Schulleitungen mit dem Verwaltungsprogramm nicht ganz zufrieden sind, ich glaube, darin sind wir uns alle einig. Das liegt aber an etwas ganz anderem. Die Programme kommen seit Jahren der veränderten Schulsituation nicht hinterher. Sie kriegen plötzlich ein Kind aus einem Land, das noch nicht im System ist. Sie haben die Religion noch nicht im System. Sie versuchen, eine individuelle Lösung zu finden, die Sie ins System so nicht eingeben können. Die Erleichterung durch die Digitalisierung haben wir in der Schule nicht gehabt.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist falsch!)

Ich kann mich daran erinnern: Damals, als der PC kam, hieß es: "Super, juhu!", und dann waren es statt zwei Statistiken plötzlich sieben, die man erstellen musste. Jede musste man dann händisch umarbeiten, weil das, was man ins System eingeben konnte, mit der Lebensrealität nicht übereingestimmt hat.

Wäre es nicht sinnvoll, den Schulen die Möglichkeit zu geben, Fehlerquellen einfach zu melden und zu sagen: "Da gibt es individuelle Lösungen"? Vor allem sollte man von oben auf ein paar Statistiken einfach mal verzichten. Wenn ich mir die Situation im August und Anfang September anschau, dann stelle ich fest: Die Lehrer wissen noch nicht, wo sie hinkommen. Die Schulen wissen noch nicht, wie viele Schüler sie haben werden. Manchmal fragt man sich sowieso, wofür man das Ganze macht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist der Wahnsinn! Wahnsinn!)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sie haben jetzt natürlich ein ganzes Sammelsurium an Fragen angesprochen. Was die Werte betrifft, die ich eingeben kann, ist mir aktuell nur ein Wert bekannt, den man in Bayern nicht eingeben kann. Das hat aber rechtliche Gründe. Darüber beschwert sich gar kein Schüler, dass das nicht eingegeben werden kann.

Ansonsten ist in der Unterscheidung wichtig – Sie haben es ja selber gesagt –: Wir haben mit ASV ein System geschaffen – das ist kein Commodore 64, sondern ein unheimlich komplexes System –, an dessen Struktur wir auch nicht rütteln sollten, weil die Struktur im Aufbau aufwendig ist. Wir müssen aber natürlich an der Oberfläche arbeiten. Das tun wir auch, und zwar stetig, weil Sie auch Ihr eigenes Haus hin und wieder einmal außen herum streichen müssen. Das tun wir auch und arbeiten daran, es nutzerfreundlicher zu machen. Aber immer wie die FDP das ganze System in Frage zu stellen und zu sagen: "Jetzt haut mal den Mist wieder weg, den ihr die letzten Jahre aufgebaut habt, und macht etwas Neues", das will weder eine einzige Schulleiterin noch ein einziger Schulleiter in Bayern. Wir werden den Kurs gemeinsam mit der Schulfamilie in Bayern weiter fortführen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Gotthardt, vielen Dank. – Ich bitte als nächsten Redner den Abgeordneten Gerd Mannes für die AfD-Fraktion ans Rednerpult.

(Beifall bei der AfD)

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen heute über eine Interpellation zum Thema IT-Projekte im Bereich amtlicher Schulverwaltungen und amtlicher Schuldaten. Diese etwas umständlichen Begriffe beschreiben den gescheiterten Versuch der Staatsregierung, das Bildungswesen im Freistaat zuverlässig zu digitalisieren.

Es ist schon gut, dass sich die FDP darum kümmert. Aber, Herr Fischbach, lassen Sie mich das einmal sagen: Die FDP ist ja die Partei der Sondervermögen, sprich, der unverantwortlichen und zügellosen Verschuldung auf Bundesebene. Jetzt machen Sie sich Gedanken über überteuerte Projektvorhaben auf Landesebene. Warum nicht?

In der Theorie sollen die beiden Systeme die Bildungseinrichtungen bei ihren administrativen Aufgaben unterstützen. In der Praxis offenbaren sie Schwächen und die Inkompetenz der Staatsregierung bei digitalpolitischen Vorhaben. Das stimmt durchaus. Als das System im Jahr 2007 aufgesetzt wurde, rechnete die Staatsregierung noch mit Kosten in Höhe von rund 11 Millionen Euro. Man versprach damals, dass die digitale Schuldatenverwaltung in kürzester Zeit stabil laufen wird. Knapp 16 Jahre später funktioniert sie immer noch nicht richtig. Dafür steigen die Kosten irgendwann auf 300 Millionen an. Gäbe es einen Nobelpreis für die Verschleuderung von Steuergeld, dann wäre der Staatsregierung angesichts dieser Verschwendung eine Nominierung sicher. Herr Tomaschko, ich glaube, das kann man nicht gesundbeten – auch nicht mit so einer Rede, wie Sie sie gehalten haben.

Die Regierung gibt in ihrer Antwort auf die Interpellation übrigens selbst zu – das allein ist schon der Hammer –, dass vor Projektbeginn keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt wurden. Das ist natürlich schlecht. Die Versäumnisse kann man angesichts der anfallenden Kosten nur als fahrlässig bezeichnen. Der Oberste Rechnungshof hat bekanntermaßen eine vernichtende Stellungnahme zu dieser Angelegenheit veröffentlicht.

Übrigens gibt es auch technische Fehlfunktionen – das wurde ja bereits von den Profis angesprochen – beim Projekt der digitalen Schulverwaltung. Ein paar Zitate aus der Mängelliste habe ich mir jetzt selber aufgeschrieben. In ASD standen dem Kultusministerium nicht alle Planungsdaten wie angestrebt bis Jahresende zur Verfügung. Die Aufbereitung der Daten für das Schuljahr 2019/20 war beispielsweise erst im Jahr 2020 abgeschlossen. Aufgaben der klassischen Schulverwaltungssoftware wie Notenverwaltung und Zeugniserstellung erfüllten die Anforderungen der Schulen nur ungenügend. Das Kultusministerium hatte die Schulen auf die Möglichkeit hingewiesen, wegen der Mängel in der Schulverwaltung auf Fremdsoftware auszuweichen.

Ich finde, das ist schon eine Bankrotterklärung. Die Staatsregierung führt also für 300 Millionen Euro ein fehlerhaftes System ein und verweist die Schulen auf kostenpflichtige Fremdsoftware. Diese Fremdsoftware müsste natürlich auch der Steuerzahler bezahlen. Wir erleben aus Sicht der AfD ein digitalpolitisches Versagen der Staatsregierung.

Der Bericht des Rechnungshofs geht dann noch weiter. Laut einer Umfrage sehen die Nutzer, also auch die Lehrer und Schulleiter, auch Ende 2020 keine spürbare Arbeiterleichterung durch die Software. Die Ursachen hierfür waren unzureichend

umgesetzte Funktionen und der eingeschränkte Datenaustausch zwischen ASV und ASD. Auch die Qualität der erhobenen Daten in der amtlichen Schulstatistik wurde als mangelhaft bezeichnet. – Das sind alles Zitate aus dem Bericht des Obersten Rechnungshofs. Bereits in der Corona-Krise konnten wir alle hier sehen, dass die Staatsregierung mit der Digitalisierung von Prozessen überfordert ist. Sogar die Umsetzung des Distanzunterrichts hat lange nicht funktioniert. Die gravierenden Serverprobleme bei der Bildungsplattform Mebis sind mit Sicherheit vielen noch in Erinnerung.

Zusammenfassend: Die von FREIEN WÄHLERN und CSU geführte digitale Schulverwaltung im Freistaat Bayern ist einfach schlecht aufgestellt. Die Interpellation belegt dieses Versagen noch mal. Die Staatsregierung – das muss man auch sagen – hat hier teilweise eher Ausreden als Antworten geliefert. Aber die Vorstellung, dass weitere Befugnisse für das Digitalministerium die Probleme lösen könnten, wie es die FDP angeführt hat, ist auch absurd. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Regierung beschränkte oder kaum nutzbare Kompetenzen im digitalen Bereich hat und im Projektmanagement diese Dinge teilweise nicht so angeht, wie sie gemacht werden müssten. Jemandem ohne Fachkompetenz noch mehr Befugnisse zuzugestehen, ist eine schlechte Idee.

Die Staatsregierung muss sich schnell darum kümmern, dass dieses Projekt in Ordnung gebracht wird. Jetzt sollte alle Energie dafür eingesetzt werden, schnellstmöglich funktionsfähige Systeme zu etablieren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Abgeordneter Mannes, und darf als nächste Rednerin Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Frau Dr. Strohmayer.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns heute hier in diesem Hohen Haus noch mal mit einer unglaublichen Serie von Pleiten, Pech und Pannen im Land von Laptop und Lederhose beschäftigen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU: Oh! – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst in die Historie gehen. Die Geschichte begann nämlich hoffnungsfroh bereits im Jahr 1991. Der Kultusminister hieß damals noch Hans Zehetmair; seinen Tod mussten wir letzte Woche leider betrauern. Sämtliche Daten von Schulen sollten erfasst werden. Das geschah damals ziemlich unkoordiniert und endete bereits im Jahr 2004 mit einem Eintrag in den Bericht des Bayerischen Obersten Rechnungshofs. Der Landtag hat daraufhin die Staatsregierung gebeten, für die Schulverwaltung ein übergreifendes luK-System zu entwickeln, das für Anwender aktuelle Daten zentral bereitstellt. Bereits eingesetzte Verfahren und Systeme sollten konsolidiert und die Schulverwaltungsstruktur neu gegliedert werden. Ziel war es dann nach 2005, mit dem System ASD Daten aller Schularten zu koordinieren, digital zu erheben und die Zettelwirtschaft an Bayerns Schulen endgültig abzuschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, sechs Minister nach Zehetmair, eine halbe Ewigkeit später

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

– hören Sie jetzt genau und gut zu, Herr Kollege – müssen wir leider feststellen, dass all diese Ziele grandios gescheitert sind.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Es läuft an allen Schulen!)

Die Zettelwirtschaft ist an Bayerns Schulen leider noch lange nicht vorbei, und das im Jahre 2022, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER) – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha! Aha!)

Herr Kollege, gestern war ich in einer Berufsschule. Schulleiterin und Sekretärin haben mir vom täglichen Wahnsinn mit ASD und ASV berichtet. Das Programm ist für die Berufsschulen selbst im Jahr 2022 immer noch nicht ausgerüstet. Viele für die Berufsschulen wichtige Daten, zum Beispiel die Daten des Arbeitgebers, können nicht erhoben und eingegeben werden. Das heißt, sie müssen immer noch mit anderen Verwaltungsmechanismen erfasst werden; zum Beispiel müssen eigene Listen und eigene Zettellisten geführt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Teile des Programms müssen – das finde ich auch unfassbar – auf eigene Kosten, also auf Kosten der Schule, neu geschrieben werden, um das System überhaupt nutzen zu können. Teile passen überhaupt nicht. Im Zeugnis steht dann auf einmal das Fach Religion doppelt drin. Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer können das nicht erklären; man kann es aber auch nicht verändern. Als Ansprechpartner stehen den Schulen nur andere Lehrkräfte zur Verfügung, die selbst im Unterricht sind.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Falsch! Definitiv falsch! – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt nicht!)

Damit können ganz viele Problembehebungen einfach nicht zeitnah erfolgen und brauchen sehr lang. So sieht die Situation, so sieht die Realität an Bayerns Schulen aus.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Völlig falsch!)

– Sprechen Sie doch mal mit den Lehrerinnen und Lehrern an Berufsschulen – die saßen erst zusammen –, dann werden sie Ihnen Ähnliches berichten.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Trotzdem falsch!)

Insgesamt ist also der Aufwand riesig und der Nutzen gering. Viele Dinge müssen doppelt verwaltet werden, und das nach 17 Jahren Herumdoktern an dem System. Das ist unglaublich. Das ist eine echte Katastrophe für die Schulen.

(Beifall bei der SPD)

Nun schreibt die Staatsregierung in ihrer Antwort auf die Interpellation der FDP, dass die Systeme von ASV und ASD jetzt funktionieren. Welch ein Hohn! Ich kann es wirklich nachvollziehen, dass Sie es bisher nicht geschafft haben, eine verlässliche Planung zu erstellen, wie viele Lehrkräfte wir an unseren Schulen brauchen; denn die Daten basieren ja auf dem ASV, und das ASV, habe ich Ihnen gerade erklärt, funktioniert einfach nicht richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Das ist vielleicht auch der Grund, warum wir hier in Bayern auf den größten Lehrermangel ever zulaufen, und Sie, Herr Gotthardt, haben nichts anderes zu tun, als in Ihrer Rede unentwegt zu sagen: Wir in Bayern sind die Besten. – Ja, Herr Gotthardt, da verstehe ich, dass Sie sich nichts aufschreiben müssen; denn "Wir sind die Besten", das passt auf einen kleinen Zettel.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

– Bitte, jetzt hören Sie zu! Jetzt sage ich Ihnen, was hier in Bayern Sache ist.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Nach aktuellen Angaben des Rechnungshofs kostet das Gesamtprojekt 272 Millionen Euro. Das entspricht einer Kostensteigerung von 261 Millionen Euro gegenüber den ursprünglich veranschlagten 11 Millionen Euro. Ich finde es schon bemerkenswert, dass der Rechnungshof anmerkt, dass das Kultusministerium selbst diese Zahlen immer noch bezweifelt und lediglich von einer Vervielfachung der Kosten um den Faktor 2,5 spricht. Das ist wirklich unglaublich.

Herr Tomaschko, ich habe Ihnen vorhin zugehört. Ihre Berechnungen sind wirklich unglaublich. Dass Sie hier, obwohl der Rechnungshof es richtiggestellt hat, immer noch mit falschen Zahlen agieren, ist wirklich an Schönrednerei nicht zu übertreffen.

(Beifall bei der SPD)

Aber zurück ins Jahr 2022. Wir hatten einen gemeinsamen Antrag, mit dem wir Sie noch mal aufgefordert haben, dass es zu einer Generalüberholung des gescheiterten IT-Großprojekts kommen muss, dass es ein Turnaround-Management geben muss, dass es eine Überarbeitung der Aufgabenstellung geben muss, dass es eine Evaluation durch eine Kommission von Informatikerinnen und Informatikern geben muss. All diese Dinge haben Sie ebenso wie den Rat des Rechnungshofs in den Wind geschlagen, liebe Kolleginnen und Kollegen. So sieht die Situation aus. Das ist wirklich unglaublich. Ich könnte hier heute exakt dieselbe Rede halten, die ich vor einem Jahr zu exakt demselben Punkt gehalten habe. Seither ist nichts passiert – das finde ich wirklich dramatisch –,

(Beifall bei der SPD)

trotz all der Debatten in den Ausschüssen, trotz des ORH-Berichts und obwohl Steuermillionen versenkt wurden. Das ist ein echter Skandal. Die 120.000 Lehrerinnen und Lehrer hier in Bayern, die Schulleiter, die vielen Verwaltungskräfte und der IT-Support haben wirklich Besseres verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, googeln Sie doch einmal den Begriff "ASV". Wissen Sie, was dann als Erstes kommt? – Zuallererst kommt das Wort "Hilfe". Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, so sieht echte Verzweiflung aus! Ein echtes Trauerspiel.

Zurück zur Interpellation: Sie enthält 86 Fragen und leider kaum Antworten, aber sie bringt die gesamte Larmoyanz und Selbstgerechtigkeit der Staatsregierung zutage. Immer wieder wird darauf beharrt, dass das System jetzt funktioniere. Immer wieder werden irgendwelche Schönrednereien getätigt. Glauben Sie wirklich, dass dieses System funktioniert? – Ich glaube, wenn es nicht immer noch so viele Beschwerden gäbe, stünden wir heute nicht hier und müssten nicht erneut über das Digitalchaos, das an den Schulen in Bayern stattfindet, debattieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die Staatsregierung sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. So kann es nicht weitergehen. Wir brauchen bei ASV und ASD klare Zielvorgaben, die eingehalten werden müssen, ein wirksames Controlling und eine Evaluation mit einem unabhängigen Expertengremium. Die Materie ist hochkomplex. Technische Entwicklungszyklen laufen immer schneller ab. Deswegen mein Appell an das Kultusministerium und an die Staatsregierung: Lernen Sie endlich dazu, und hören Sie auf die Opposition!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Dazu erteile ich Herrn Kollegen Prof. Waschler von der CSU-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Strohmayr, Sie haben gerade eine Behauptung aufgestellt. Ich wollte sofort verifizieren, ob es stimmt, was Sie sagen, wenn man unter Google "ASV" eingibt. Sie haben behauptet – wenn ich es richtig gehört habe –, es erscheine "Hilfe". In Google erscheint als erster Treffer "Akademischer Sportverein München". Dann kommt der "ASV Dachau", dann "Allgemeiner Sportverein Dachau" und dann der "ASV München Hockey, Tennis". Könnten Sie bitte die Diskrepanz erklären?

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Lieber Herr Kollege, ich glaube, das müssen wir hier jetzt nicht im Detail erläutern. Sie haben genau verstanden, was ich Ihnen sagen wollte.

(Zurufe)

Die Schulen brauchen ein gutes Programm, um die Daten zu verwalten. Wir brauchen die Daten, damit wir planen können. Beides ist hier in Bayern nicht ausreichend. Dabei möchte ich es jetzt belassen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Verehrte Bürger, Hohes Haus! Bayerns Schulen in Not und Elend, und nicht nur aufgrund von Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Klassenstärken, Ganztagsbetreuung, Mittagsverpflegung oder Problemschulen im Land, sondern auch wegen der Schulverwaltung, und hier insbesondere wegen der IT-Systemausstattung. Die heute von der FDP initiierte Aussprache ergibt ein miserables Bild der Lage; denn es ist schon über zwanzig Jahre lang nicht gelungen, ein umfassendes, funktionierendes, personen-, sach- und objektbezogenes IT-Schulverwaltungssystem landesweit zu installieren. Mit anderen Worten: Es läuft nicht so, wie man das vom Laptop- und Lederhosen-Staat Söder'scher Prägung erwartet.

Was erwarten wir? – Was er versprochen hat: einen KI-technologischen Quantensprung auf allen Ebenen und in allen Bereichen, vorrangig für die circa 4.500 Schulen, 1,2 Millionen Schüler und 120.000 Lehrer, aber auch für das Verwaltungspersonal und schulnahe Fachleute wie Schulpsychologen und Sozialarbeiter. Die Geschichte des IT-Projekts "Amtliche Schulverwaltung / Amtliche Schuldaten" ist im Grunde genommen ein Beispiel des grandiosen Scheiterns der CSU-Digitalisierungsoffensive Bayern. Hier nützen auch die weinerlichen Piazzosonaten im Hohen Haus nichts. Genauso wenig zum Erfolg führt die wenig auffälli-

ge IT-Strategie des am 12. November 2018 neu gegründeten Digitalministeriums unter dem Kommando von Frau Gerlach, die hier eher unauffällig ist.

Bereits 2004, also vor langer Zeit, hat man versucht, Windows-Anwendungen per E-Government zu optimieren. Das ist bis vor zehn Jahren nicht gelungen. Dann hat man das ASV/ASD-System, über das wir heute sprechen, eingeführt. Dabei ist es bis heute geblieben, sukzessive an den verschiedenen Schularten. Das kann man auf der Webseite des Ministeriums so nachlesen. Man hat viel Geld – 27 Millionen Euro – für eine externe Software ausgegeben und das Programm 2017 für abgeschlossen erklärt. So steht es auf der Webseite. Das ist mir ein Rätsel; denn heute haben wir gehört, es wird immer noch eingeführt. Nach Äußerungen in der heutigen Diskussion und insbesondere nach Meinung der CSU ist hier aber alles nach Plan gelaufen.

Schon im Schuljahr 2019/2020 hat man vereinzelt Abiturzeugnisse mit dem ASV-System erstellen können. Respekt! Dies zeigt die absolut unzulängliche Leistungsfähigkeit der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Schule. Man kommt aus dem Staunen nicht mehr heraus. Hightech Agenda geht anders, meine Damen und Herren! Man wurstelt weiter vor sich hin, und irgendwann in den nächsten zwanzig Jahren ist vermutlich immer noch kein IT-Schulverwaltungssystem eingeführt worden, weil man ständig daran herumdoktert. Allein das kostet jährlich immerhin 17 Millionen Euro. So kommt man nie zum Ziel!

Liest man die Antworten der Staatsregierung auf die umfangreichen Fragen der FDP und hört man die Erklärungsansätze der heutigen Aussprache, dann ist alles halb so wild. Eine Evaluation wird nicht beabsichtigt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme gleich zum Ende. – Wir sind also in einem IT-Schulverwaltungssystem nach dem Motto "Gute Nacht, Bayern". Bayern ist längst nicht das Macherland, wie es heute Früh geheißen hat. Bayern ist das CSU-Land, –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – in dem die Macher Miese machen, auch an der Schule.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo für die Bayerische Staatsregierung. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir die Debatte sehr aufmerksam angesehen und angehört, aber man fragt sich – es haben jetzt hauptsächlich Bildungspolitiker gesprochen, gerade auch von der Opposition –, wie weit man mit der Realität vor Ort vertraut ist.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ja!)

Das ist traurig. Bezeichnend ist, es wurde viel geklagt und geschimpft, es wurde zurückgegangen – Frau Strohmayr ist jetzt nicht im Saal – bis ins Jahr 1991. Das kann man alles tun, wenn man möchte, aber ich habe nicht konkret gehört, in welchen anderen Bundesländern es ein besseres System gibt. Das ist bezeichnend; denn nirgends gibt es ein besseres System.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Nirgendwo! Gibt es nicht!)

Wir –

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Ja, bitte, Herr Fischbach? Sagen Sie mir, in welchem Bundesland es das gibt! Sie haben "Ho, ho, ho" gesagt. Bitte, in welchem Bundesland?

(Matthias Fischbach (FDP): In NRW!)

– Nein, in NRW garantiert nicht. Dort gibt es kein besseres System. Die Schulverwaltung läuft dort nicht besser. – Wir haben hier vor vielen, vielen Jahren – man kann das immer beklagen – ein Projekt aufgesetzt und auch den Mut gehabt zu sagen, wir wollen unsere Schulverwaltung digitalisieren. Man kann – das gestehe ich offen ein – immer sagen, dass auf dem Weg der zwanzig Jahre einmal hier etwas nicht funktioniert und dort etwas nicht funktioniert hat, hier hätte es schneller gehen können. Ja selbstverständlich, das ist so. Das ist aber auch typisch für Projekte dieser Größenordnung, wenn man über 6.000 Schulen sukzessive anbindet, wenn man in dieser Zeit auch viele Veränderungen hat, wenn man das neue neun-jährige Gymnasium hat, Mittelschulverbünde und allein bei den beruflichen Schulen über 200 verschiedene Ausbildungsrichtungen. Das muss man alles berücksichtigen.

Dann ist da die Vorstellung: Es gibt ein System, das einmal steht und dann immer funktioniert, und zwar in gleicher Art und Weise, ohne dass es auf einen neuen Stand gebracht werden muss. Das sind seltsame Vorstellungen von Digitalisierung. Selbstverständlich muss man – und das tun wir auch – ASV und ASD immer wieder neu aufsetzen, immer wieder mit den Schulverwaltungen darüber sprechen, was man besser machen kann. Das ist so bei digitalen Projekten. Das wird in den Schulen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten so sein. Wir haben schon in den letzten vier Jahren erlebt, dass man immer wieder etwas nachjustieren und verbessern muss.

Tatsache ist – und das will ich noch einmal deutlich machen –, dass das System, das wir haben, also ASV/ASD sinnvoll ist und gut läuft. Man kann darüber streiten, und man kann sagen, da läuft etwas nicht, und da gibt es ein Monitum oder mehrere Monita von Schulleitungen. Die nehmen wir übrigens auf. Da gibt es die Möglichkeit, das deutlich zu machen, das auch weiterzuleiten und uns zuzuleiten. Dann wird das aufgenommen, dann will man es verbessern.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass diese beiden Systeme viel leisten. Ich will noch einmal deutlich machen, was sie leisten. ASV digitalisiert Verwaltungsabläufe, Personalplanung. Genau das machen wir mit ASV. Da will ich dann schon sagen, liebe Frau Kollegin Strohmayr, es ist schon zynisch zu sagen, es liegt an ASV, dass die Personalverwaltung nicht läuft und wir deswegen nicht genügend Lehrer haben. Also jetzt einen Zusammenhang zwischen dem Lehrerberuf und ASV herstellen zu wollen, das ist schon eine sehr, sehr kühne Behauptung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Nein, das steht nicht in meiner Antwort. Ganz bestimmt nicht, nein.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sie haben das geschrieben! Ich kann es zitieren! Ich kann Ihnen das Zitat bringen!)

– Nein, die Personalplanung läuft über ASV, aber das hat nichts damit zu tun, wie viele Lehrer es gibt oder auch nicht gibt. Wir machen Klassenbildungen über ASV und auch die Zeugnisse. ASD stellt die Daten dann den Schulaufsichten zur Verfügung.

gung und macht entsprechende Statistiken. Übrigens, ein großer Teil der Anfragen, die aus dem Parlament kommen, werden über ASV und ASD beantwortet, gerade auch die, die von der SPD kommen, von Ihnen, Frau Dr. Strohmayer, und auch von Frau Wild. Da geht es um die entsprechenden Daten. Wenn wir das nicht machen würden, dann könnten wir die Anfragen nicht in der vorgesehenen Zeit beantworten. Das heißt also, auch den Parlamentariern kommen ASV und ASD zugute. Es sind wesentliche Bestandteile und die Voraussetzung einer digitalen Schulverwaltung.

Ich sage es ganz offen: Wir sind froh, dass wir sie haben. Sie erleichtern die Verwaltungsarbeit. Es sind viele Planungen, die darüber laufen, insbesondere der effektive Einsatz von Personalressourcen. Ein paar Beispiele aus der Praxis, die auch positiv sind, hat Herr Deisenhofer gebracht. Ich bedanke mich dafür. Sie haben aufgezeigt, was das für Vorteile sind. Die Verfügbarkeit der Daten ist schneller. Was wir inzwischen liefern können – und das haben wir uns im Bildungsausschuss auch immer gewünscht –, das sind Bildungsverläufe: wer an welcher Schule ist, wer die Schule wechselt, all das. Deshalb ist es aus meiner Sicht schon erstaunlich, mit welchem Vokabular man hier einsteigt.

Ich finde es durchaus vernünftig und ich finde es auch sinnvoll, eine Interpellation zu machen. Das ist auch das gute Recht von Parlamentariern, das gute Recht einer Fraktion. Wir haben die Dinge auch sehr, sehr intensiv beantwortet. Das haben wir im Übrigen nicht zum ersten Mal hier diskutiert, das hat Herr Kollege Tomaschko völlig zu Recht gesagt. Es ist nicht das erste Mal, dass wir darüber reden. Wir reden hier bestimmt schon zum dritten oder vierten Mal darüber, und da rechne ich den Bildungsausschuss gar nicht mit ein, sondern ich meine: an dieser Stelle. Die Staatsregierung und auch ich persönlich stelle mich also diesen Diskussionen. Das haben auch meine Vorgänger getan. Früher hat es häufig Monate gedauert, bis Daten zur Verfügung standen. Heute sind sie schnell verfügbar. Die Bildungsverläufe habe ich schon angesprochen, das gilt aber auch für vieles mehr.

Ich will aber auch deutlich machen: Natürlich, bei der Einführungsphase hat man sich damals gewünscht, das schneller umzusetzen. Es ändern sich aber Dinge, und dann gibt es deutliche Verzögerungen. Den ursprünglichen Ansatz, alle Schulen mit einem Schlag aufzunehmen, hat man nach einer Weile nicht mehr verfolgt. Heute haben wir sehr bewusst die Entscheidung gefällt, ein gestuftes Verfahren beim neuen Verfahren zu verwenden, und das hat sich auch bewährt. Bei aller Kritik im Detail ist es so, dass wir heute mehr als 4.500 und damit praktisch alle allgemeinen Schulen bei uns im System haben. Ich sage es noch einmal: Das ist auch sinnvoll.

Weil wir schon sehr lange und intensiv über das Thema gesprochen haben, möchte ich jetzt über die einzelnen Kosten nicht mehr im Detail sprechen. Das steht auch alles in der Interpellation. Ich denke, da kommen sicher auch wieder viele Anfragen, weil es das Kernthema der Bildungspolitik der FDP in dieser Legislatur ist.

Bei den Kosten muss man immer zwischen der Anschaffung und den laufenden Kosten unterscheiden. Auf die Entwicklungskosten will ich gar nicht näher eingehen, das hat schon Herr Tomaschko gemacht. Ich will aber noch einmal deutlich machen: Es gibt den Betrieb und die Weiterentwicklung. Das, was wir im Moment machen, kostet 17 Millionen Euro im Jahr. Im ersten Moment mag das nach sehr viel klingen, aber wenn man es herunterbricht, dann ist das 0,1 % unseres Haushalts. Wir haben 4.500 Schulen. Wenn man das auf die Schulen, auf die Schüler, die Nutzer, die Personen runterrechnet, dann sind das 80 Cent pro Monat. Wir haben das mal mit der Wirtschaft verglichen. In großen Wirtschaftsunternehmen gibt man etwa vier bis acht Euro pro Mitarbeiter und Monat für die Digitalisierung und die jeweiligen Systeme im Betrieb aus.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

– Ja, vielleicht sehen sie besser aus, sie funktionieren aber nicht unbedingt besser. Wir haben da ein paar Beispiele, was alles zusammengebrochen ist. Ich gestehe Ihnen zu, Herr Fischbach, man kann immer alles schlechtreden, ironisieren. Ich weiß nicht – und auch das ist vorher angesprochen worden –, ob in den fünf Jahren, in denen die FDP Regierungsverantwortung trug, alles in diesem Bereich so viel besser geworden ist. Es hat sich sehr stark verzögert. Nach fünf Jahren haben die Bürger in Bayern gesagt: Diese Partei wollen wir nicht mehr in der Regierung haben. – Insofern weiß ich nicht, ob es angebracht ist, immer nur alles zu kritisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das ist so, und ich mache es bewusst. Es ist sehr, sehr sachlich, außer es gibt entsprechende Zwischenrufe. – Es ist ein System – das haben wir vorher gehört –, an dem 1,5 Millionen Schülerinnen und Schüler beteiligt sind und über 100.000 Lehrkräfte sowie 4.500 Schulen. Deshalb ist es ein System, das die 17 Millionen Euro an Weiterentwicklung und Betrieb absolut wert ist.

Gestatten Sie mir zum Abschluss auch noch ein paar Bemerkungen, weil wir immer auf die Digitalisierung insgesamt zu sprechen kommen. Ja selbstverständlich ist es auch bei der Digitalisierung der Schule so, dass man da keineswegs einen Endpunkt erreicht hat, sondern dass noch vieles zu tun bleibt. Aber das, was wir in den letzten vier Jahren an Digitalisierung an den bayerischen Schulen erreicht haben, hat ein ganz anderes Tempo als die Jahre davor. Das lag auch an Corona. Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen, weil das unabhängige Studien sind. Es gab Vergleichsstudien, die deutlich sagen: Bayern hat den Spitzenplatz in der Digitalisierung unter allen Flächenländern. – Bei den Debatten hier wird aber immer so getan, als würden wir überhaupt nichts hinbekommen. Natürlich muss man als Opposition Dinge kritisieren. Von Zeit zu Zeit ist es aber vielleicht gar nicht so schlecht, in dem Land, in dem man politische Verantwortung hat, das eine oder andere gut zu finden und das zu begrüßen, vor allem dann, wenn es wissenschaftlich unterlegt ist, dass wir da Spitze sind. Ich glaube, dass die Leute sich auch von Parlamentariern der Opposition wünschen, sie möchten doch einmal deutlich machen, dass sie Leistungen durchaus anerkennen und vielleicht sogar stolz sind auf das Land, in dem sie leben.

ASV und ASD sind sicherlich verbesserungswürdig. Es ist aber ein System, das an den Schulen im Wesentlichen funktioniert, auch wenn es vielleicht länger gebraucht hat, als wir wollten. Wir werden es weiterentwickeln. Ich sage hier ganz deutlich: Ich bin froh, dass wir es haben und dass unsere Schulen mit diesem System arbeiten können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ich habe eine kurze Frage. Sie haben gesagt, die Planung laufe über ASV. Meines Wissens – das waren auch die letzten Berichte Ihres Hauses im Bildungsausschuss – wird die Planung bei den Schulämtern immer noch mit dem Programm SVS durchgeführt, das aus dem Jahr 1988 stammt. Ist dieses Programm an den Schulämtern noch im Einsatz, oder wurde es durch ASV total ersetzt?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piaolo (Unterricht und Kultus): Ich kann dem nachgehen. Ich glaube, dass wir das alte Programm immer noch nebenher verwenden. Es braucht Zeit, Systeme umzustellen. Das gilt auch für die BayernCloud. Das wird schrittweise weiterentwickelt. Es ist bei digitalen Prozessen auch normal, dass nicht alles auf einen Schlag geschieht, sondern schrittweise. Das war in den letzten Jahren der Fall, und so wird das auch in Zukunft sein. Es wird nie den einen Zeitpunkt geben, an dem wir sagen können: Jetzt ist Bayern digital, jetzt läuft an den Schulen alles digital. Selbstverständlich wird es da Überlappungszeiträume geben.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass manches schneller geht. Ich ziehe jedoch die Gründlichkeit vor. So haben wir ASV aufgesetzt. Es geht jedes Jahr ein bisschen weiter.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 6 bis 10** auf:

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt I: Kinderschutz ernst nehmen - Missbrauchsdarstellungen bekämpfen (Drs. 18/23506)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt II: Gewaltschutzambulanzen ausbauen (Drs. 18/23507)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt III: Hochrisikomanagement im Bereich der Gewalt in engen sozialen Beziehungen professionalisieren (Drs. 18/23508)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt IV: Frauenhaus-Konzept für Frauen mit besonderen Bedarfen (Drs. 18/23509)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Gewaltschutz in Bayern jetzt V: Landesweite Monitoringstelle für sexuelle und häusliche Gewalt einrichten (Drs. 18/23510)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Im März haben wir im Sozialausschuss des Bayerischen Landtags auf Betreiben der GRÜNEN und der FDP eine Anhörung zum Thema "Gewaltschutz in Bayern von Mädchen und Frauen" durchgeführt. Das Ergebnis war, wie nach einigen Anfragen zu erwarten, dass es hier große Lücken im System gibt. Auf fast hundert Seiten steht, dass in Bayern noch sehr viel zu tun ist, dass noch ein großer Kraftakt vor uns liegt.

Mit unserem Antragspaket geben wir Ihnen einen Fahrplan an die Hand, was Sie tun könnten, um Frauen und Mädchen vor Gewalt zu schützen. Unser erster Antrag bezieht sich auf eine Schreckensnachricht: Im letzten Jahr ist die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit Missbrauchsdarstellungen im Internet um 83 % gestiegen. Die Ermittlungsarbeit durch die Generalstaatsanwaltschaft Bamberg und spezialisierte Kommissariate ist sehr gut. Aber lassen Sie uns doch gemeinsam alles dafür tun, damit diese Stellen die personellen und finanziellen Ressourcen bekommen, damit die Täter niemals auch nur einen Schritt voraus sind.

(Beifall bei der FDP)

Um sexuellen Missbrauch von Kindern zu verhindern, brauchen wir aber mehr als Justiz und Polizei. Wir brauchen entsprechende Prävention und Forschung. Wer sind eigentlich die Täter? Die MiKADO-Studie der Uni Regensburg stammt aus dem Jahr 2015 und ist veraltet. In dieser Studie wurde darauf hingewiesen, dass es bei diesem Thema noch große Forschungslücken gibt. Wir müssen wissen, wer die Täter sind. Dann müssen wir Präventionsangebote machen.

Das Programm "Kein Täter werden" ist relativ erfolgreich. Wir wollen, dass dieses Programm in Bayern flächendeckend angeboten wird; denn das Leid, das hinter jeder dieser Missbrauchsdarstellungen steckt, schreit, und es schreit auch danach, dass wir heute in der Politik handeln. Deswegen fordere ich die Regierungsfraktionen auf, unseren Anträgen zuzustimmen.

In unserem zweiten Antrag geht es um Gewalt gegen Frauen. Die Gewaltschutzambulanzen leisten eine wichtige Arbeit bei der Spurensicherung. Im kleinen Baden-Württemberg gibt es vier dieser Ambulanzen, im großen Bayern jedoch nur eine, die nicht einmal das Geld hat, um die Opfer, die es hier gibt, ausreichend zu versorgen. Liebe CSU und liebe FREIE WÄHLER, Gewaltschutz darf doch kein Sparmodell sein!

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen Gewaltschutzambulanzen in jedem Regierungsbezirk. Sie müssen 24 Stunden am Tag und sieben Tage die Woche erreichbar sein.

Des Weiteren fordern wir ein Hochrisikomanagement für Gewalt in Beziehungen. Dadurch konnten in anderen Bundesländern nachweislich viele Tötungsdelikte verhindert werden. In Bayern fehlt ein solches Hochrisikomanagement. Das haben uns die Experten gesagt. Handeln Sie hier!

Wir haben zu wenig Frauenhausplätze und zu wenig barrierefreie Plätze für Frauen mit Behinderungen. Wir haben auch zu wenig Plätze für Frauen mit älteren Söhnen. Diese brauchen andere Strukturen, nämlich Apartment-Strukturen. Am meisten prangere ich an, dass wir so wenig Frauenhausplätze haben, dass sie nur für Opfer von häuslicher und partnerschaftlicher Gewalt ausreichen. Das bedeutet: Wenn Frauen von einem Stalker bedroht sind, Opfer von Menschenhandel werden oder von einem Nachbarn bedroht werden, dann passiert nichts.

Wir hatten im Sozialausschuss eine Petition, die mich sehr bewegt hat: Eine Frau hat ein schreckliches Martyrium durchgemacht. Der Täter war ein Nachbar. Diese Frau hat keinen Platz in einem Frauenhaus bekommen. Das ist eine Lücke im System! Ich fordere die Staatsregierung auf, diese Lücke zu schließen. Wir von der FDP-Fraktion werden so lange nicht lockerlassen, bis Sie das endlich tun. Das verspreche ich Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin.

Julika Sandt (FDP): Wir fordern außerdem eine Monitoringstelle.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Julika Sandt (FDP): Wir haben Lösungen aufgezeigt. Stimmen Sie zu. Mit jedem unserer Anträge verhindern Sie schreckliches Leid.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Petra Högl für die CSU-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Letzte Woche setzte unsere Sozialministerin Ulrike Scharf mit den Gewaltschutztagen ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen. Liebe Frau Staatsministerin Ulrike Scharf, herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU)

Gewalt gegen Frauen und Kinder, das geht gar nicht! Daher begrüßen wir es sehr, dass wir heute wieder einmal die Möglichkeit haben, über dieses wichtige Thema "Gewalt gegen Frauen und Kinder" und über die weitere Verbesserung des Gewaltschutzes auf allen Ebenen zu sprechen. Wir müssen dies auch immer und immer wieder tun; denn je mehr wir über Gewalt gegen Frauen und Kinder sprechen, desto mehr holen wir dieses Thema aus der Ecke, raus aus der Tabuzone. Das Thema muss sichtbar gemacht werden. Wir wollen Frauen ermutigen, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen, Hilfsangebote, die Wege aufzeigen, wie man der Gewalt entkommen kann. Hierbei wollen wir die Betroffenen unterstützen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Gewalt gegen Frauen passiert auf vielfältige Art und Weise: körperliche Gewalt, sexuelle Gewalt, psychische Gewalt durch Drohungen, durch Stalking usw. Auch in der digitalen Welt begegnen Frauen regelmäßig Gewalt. Auch daher ist es so wichtig, dass wir als Gesellschaft dieses zentrale Thema in den Fokus nehmen und nicht wegschauen; denn Gewalt gegen Frauen und Kinder geht uns alle an und geht gar nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die in Bayern vorhandenen Strukturen, welche vom Freistaat mit den Kommunen über Jahre hinweg aufgebaut und ausgebaut wurden, bilden heute das Grundgerüst. Das ist das bayerische Gesamtkonzept zum Kinderschutz sowie der bayerische Maßnahmenplan zum Gewaltschutz und zur Gewaltprävention. Ich bin dankbar, dass wir in den vergangenen Jahren den Gewaltschutz gemeinsam und intensiv nach vorne gebracht haben und einiges erreichen konnten. Lassen Sie mich dies an fünf Punkten aufzeigen:

Erstens. Bereits 2019 hat der Freistaat im Rahmen der Richtlinie zur Förderung zusätzlicher Frauenhausplätze Anreize für mehr Frauenhausplätze bzw. die Anpassung von Frauenhausplätzen an besondere Bedarfe geschaffen. So übernimmt der

Freistaat für jeden neuen Frauenhausplatz bis zu 50.000 Euro bzw. 90 % der Ausgaben. Dies ist eine kräftige finanzielle Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte, die im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge für die Bereitstellung von Hilfsangeboten für die von Gewalt bedrohten und betroffenen Frauen in erster Linie zuständig sind.

Zweitens. Die staatliche Förderung für die Personalkosten der Frauenhäuser, Fachberatungsstellen und Notrufe wurde mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 deutlich aufgestockt. Dadurch konnten neue Personalstellen geschaffen werden, um insbesondere die Betreuung und Beratung der gewaltbetroffenen Frauen mit besonderen Bedürfnissen zu verbessern. Mit diesen zusätzlichen Geldern und dem jetzt zur Verfügung stehenden Personal können die Frauenhäuser gut arbeiten, wie mir bei meiner Arbeit im Stimmkreis von Frauenhausverantwortlichen bestätigt wurde.

Drittens. Seit 2020 fördert der Freistaat 15 Second-Stage-Projekte, in welchen maximal 60 Frauen gleichzeitig betreut werden. Die Frauen werden dort psychosozial beraten und bekommen bei der Wohnungssuche Unterstützung. So bekommen die Frauen in der Phase, in der sie sich eine eigenständige Existenz aufbauen, Betreuung.

Viertens. Wir haben das Hilffsystem für Opfer um die Maßnahmen für Täter ergänzt; denn es ist ebenso wichtig, dass es erst gar nicht zu Gewalt gegen Frauen kommt. Eine gute Täterarbeit kann Verhaltensveränderungen bewirken und weitere Gewalttaten verhindern. Seit zwei Jahren fördert der Freistaat daher je Regierungsbezirk mindestens eine Fachstelle für Täterarbeit bei häuslicher Gewalt. – Liebe Kollegin Sandt, das ist bayernweit ausgerollt.

Fünftens. Während der Corona-Pandemie wurden die Mehraufwendungen etwa für den Ausbau der Online-Beratungsangebote unbürokratisch vom Freistaat geschultert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unstrittig ist, dass wir Schutzstrukturen und Präventionsangebote dort weiterentwickeln und verstärken wollen und auch müssen, wo es angezeigt und notwendig ist. Das machen wir auch. Die Expertenanhörung zum Gewaltschutz von Frauen und Mädchen im Sozialausschuss im Frühjahr hat uns wertvolle Hinweise und Empfehlungen aus der Praxis gegeben. Auch deshalb gehen wir eine Reihe von Punkten konkret an. Wir werden – vorbehaltlich der Zustimmung zum Haushalt – die 15 Second-Stage-Modellprojekte in eine dauerhafte Regelförderung überführen. Wir prüfen mit den Wohlfahrtverbänden als Träger der Frauenhäuser den Bedarf für die spezifische Unterbringung von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt betroffener Frauen

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Was müssen Sie da noch prüfen?)

mit Behinderung oder psychischer Erkrankung. Welche Angebote gibt es bereits in den Frauenhäusern? Wo besteht noch konkret Bedarf? Mit diesem Wissen kann man sich beim vorgesehenen weiteren Ausbau von Frauenhausplätzen in Bayern neben dem allgemeinen Regionalbedarf vor allem auch an den besonderen Bedarfen orientieren. Wir prüfen den bedarfsgerechten Ausbau weiterer Fach- bzw. Außenstellen für die Täterarbeit bei häuslicher Gewalt. Unter Berücksichtigung der rechtsmedizinischen Voraussetzungen prüfen wir ebenso den bedarfsgerechten Ausbau von Gewaltambulanzen für Opfer von häuslicher Gewalt.

Ich möchte kurz zu zwei Anträgen der FDP ausführen. Zum Antrag zur Einführung einer landesweiten Monitoringstelle: Das Bundesministerium lässt derzeit ein Konzept für eine bundesweite unabhängige Berichterstattungs- bzw. Monitoringstelle zu geschlechterspezifischer Gewalt sowie zur Begleitung und Umsetzung der Is-

tanbul-Konvention umsetzen. Der Abschluss dieses Projekts ist sinnvollerweise abzuwarten und dann zu prüfen, inwieweit und in welchem Umfang eine ergänzende Monitoringstelle auf Landesebene notwendig ist.

Zum Antrag "Gewaltschutz in Bayern jetzt I: Kinderschutz ernst nehmen – Missbrauchsdarstellungen bekämpfen": Für besonders komplexe oder technisch schwierige Fälle hat Staatsminister Eisenreich im Jahr 2020 das Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch von Kindern im Internet (ZKI) unter dem Dach der Zentrale Cybercrime Bayern errichtet. Zugleich wurden die personellen Kapazitäten zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet bei der Zentralstelle Cybercrime Bayern von bislang vier auf jetzt acht Staatsanwältinnen und -anwälte verdoppelt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch einmal betonen: Die kontinuierliche und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des umfangreichen bayerischen Hilfs- und Beratungsangebots leistet im Rahmen des Gesamtkonzepts einen unverzichtbaren Beitrag beim Schutz vor geschlechterspezifischer Gewalt. Gewalt gegen Frauen und Kinder geht uns alle an. In Bayern soll jeder Mensch frei von Gewalt leben können. Hierfür arbeiten wir. Das ist uns wichtig. Dafür kämpfen wir, und dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Hierzu erteile ich der Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Uns wird seit Jahren gesagt, dass geprüft wird, wie das mit dem Ausbau aussieht. Ich frage mich, wie lange noch geprüft wird. Wann wird die Studie veröffentlicht? Wann erfahren wir die Ergebnisse? Haben Sie inzwischen irgendwelche Erkenntnisse, wie hoch die Ablehnungsquote ist und wie lange die Wartezeiten sind? Dabei stellt sich auch wieder die Frage, ob es wieder nur um Opfer häuslicher Gewalt geht oder generell um Opfer sexueller Gewalt, wenn Sie eine solche Studie machen und das prüfen.

Petra Högl (CSU): Kollegin Sandt, meinen Sie die Gewaltambulanzen?

(Julika Sandt (FDP): Ich meine die Frauenhäuser!)

– Da muss nichts geprüft werden. Wir haben die Frauenhausplätze ausgebaut. Es soll auch weiterhin geprüft werden, wo noch Plätze benötigt werden. Ich habe bei mir im Stimmkreis Frauenhäuser besucht. Dort hat mir eine Verantwortliche gesagt, sie kämen jetzt mit den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln gut zurecht. Da gibt es dann vielleicht Unterschiede zwischen Stadt und Land; das weiß ich nicht. Ich möchte aber in diesem Zusammenhang auch noch erwähnen, dass die Staatsministerin erst vor zwei Wochen ein Frauenhaus für Frauen mit Behinderung in Germering eröffnet hat; auch da sind wir aktiv und unterwegs. Es ist nicht so, dass wir nichts tun. Wir nehmen das Thema sehr ernst und kümmern uns wirklich um die Frauen; denn es ist sehr wichtig, dass wir dort gemeinsam etwas tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Eva Lettenbauer von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Der GREVIO-Bericht, der am 7. Oktober dieses Jahres erschien, hielt fest: Die unab-

hängige Expertengruppe des Europarats wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die Polizei oft zögert, Schutzanordnungen gegen einen Täter häuslicher Gewalt zu erlassen, insbesondere in ländlichen Gebieten. Außerdem wissen wir alle, dass in Bayern insbesondere am Land Plätze in Frauenhäusern massiv fehlen. Ich halte fest: Es gibt also sowohl vom Europarat festgestellt als auch hier von uns allen bewusst wahrgenommen Handlungsbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Schutz vor Gewalt und der Kampf gegen Gewalt an Frauen ist für uns GRÜNE ein Fundament unserer Gleichstellungspolitik. Gleichstellung kann nur dann gelingen, wenn alle respektieren, dass jede einzelne Person selbstbestimmt leben kann. Geschlechterspezifische Diskriminierungen und Gewalt gegenüber Frauen müssen deshalb gezielt bekämpft werden. Gewalt gegen Frauen ist nicht nur ein Problem von Einzelnen, sondern von uns allen. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Deswegen fordern wir GRÜNE schon lange von der Staatsregierung, endlich einen Landesaktionsplan samt Präventionsoffensive aufzusetzen, der deutlich mehr als das Vorliegende umfasst. Es braucht einen ressortübergreifenden Landesaktionsplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt. Damit können dann die verschiedenen Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt explizit benannt und auch differenziert bekämpft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Mitglieder der Staatsregierung, ich bitte Sie, endlich auf die Expert*innen zu hören, die auch uns im Ausschuss noch einmal ganz deutlich gemacht haben, dass diese Forderung wichtig ist und dass es diesen Landesaktionsplan braucht. Auch fordern wir GRÜNE wie die FDP, dass Gewaltschutzambulanzen endlich flächendeckend eingerichtet werden. Es braucht mindestens eine Gewaltschutzambulanz für Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt pro Regierungsbezirk.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Beispiel kann die Einrichtung an bereits bestehenden rechtsmedizinischen Instituten an Universitätskliniken unterstützt werden. Auch das wäre ein guter Schritt. Diese Anlaufstellen – eine je Bezirk – sollen für alle Opfer von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt allgemein ohne Ausnahmen zugänglich gemacht werden.

Aktuell gibt es in Bayern leider nur eine Gewaltschutzambulanz am Institut für Rechtsmedizin der LMU. Diese ist derzeit auch nur für Opfer häuslicher Gewalt offen. Wir fordern die Öffnung für alle Opfer sexualisierter Gewalt. Bundesweit steht Bayern – vor allem als großes Flächenland – mit dieser einen einzigen Gewaltschutzambulanz wirklich schlecht da. Allein in Baden-Württemberg soll nun eine vierte Gewaltschutzambulanz errichtet werden.

Die Istanbul-Konvention gibt vor, dass Maßnahmen getroffen werden, um die Einrichtung von leicht zugänglichen Krisenzentren für Opfer von Vergewaltigung und sexualisierter Gewalt in ausreichender Zahl zu ermöglichen. Ich sage es noch einmal ganz klar: Wir brauchen dafür pro Regierungsbezirk mindestens eine Gewaltschutzambulanz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn wir den Blick auf Frauen mit besonderen Bedarfen richten, dann bin ich, ehrlich gesagt, schockiert, wie untätig die Staatsregierung zuschaut. In München zum Beispiel wird von der grün geführten Stadtregierung ein neues Frauen-

haus für suchtkranke und für psychisch kranke Frauen errichtet. Ein Novum im Freistaat! Und was passiert bei den Verhandlungen, was die Entgeltübernahme durch den Bezirk Oberbayern angeht? – Es werden minutengenaue Abrechnungen vorgenommen und Modalitäten aufgezo-gen, damit eine so unfassbar hohe bürokratische Hürde entsteht, dass die Landeshauptstadt am Ende gesagt hat: Wir zahlen's selber.

Liebe Mitglieder der Regierungsfractionen, liebe Münchner Abgeordnete, das kann einen doch nicht kaltlassen. Das geht so nicht. Wir brauchen endlich vernünftige Unterstützung für Frauen mit besonderen Bedarfen, die von Gewalt betroffen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe heute auch noch einmal mit der Geschäftsführerin eines Frauenhauses telefoniert. Die Verzweiflung, was Abrechnungsmodalitäten angeht, betrifft viele, nicht nur sie. Sie hat keinerlei Planungssicherheit, weil sie nicht weiß, wann Bescheide bei ihr eingehen, wie die Ergebnisse von Förderanträgen aussehen, welches Personal genau sie vom Freistaat gefördert bekommt und welches nicht.

Wir brauchen endlich eine klare und eine deutlich verbesserte Frauenhausfinanzierung, die mehr Plätze sicherstellt, die auch ein Update von Personal möglich macht. Wir brauchen endlich eine Frauenhauspolitik, die ganz besonders auch alle Frauenhäuser in ihrer unterschiedlichen Größe berücksichtigt.

Liebe Kolleg*innen, liebe Staatsregierung, der Gewaltschutz muss in Bayern stärker vorangetrieben werden. Wir GRÜNE sind für einen offenen und ehrlichen Austausch an dieser Stelle offen. Wir hoffen, dass er schnell und deutlich vorankommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Robert Riedl für die FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Robert Riedl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Lettenbauer, die Staatsregierung tut wieder einmal nichts. Die FREIEN WÄHLER und die CSU schauen zu. Auch in diesem Bereich hat die Staatsregierung überhaupt noch nichts getan. – Vielleicht hören Sie mir jetzt einmal zu und merken sich, was von uns in der letzten Zeit auf den Weg gebracht worden ist.

Meine Damen und Herren, Gewalt hat viele Gesichter. Es gibt sichtbare, unsichtbare, physische, psychische, verbale, aber auch digitale Gewalt. Prävention umfasst dabei die Gesamtheit aller staatlichen und privaten Bemühungen, Programme, Maßnahmen, welche Gewalt als gesellschaftliches Phänomen oder individuelles Ereignis verhüten, mindern oder in ihren Folgen gering halten. Die FDP fordert in diesem Zusammenhang mit ihren Anträgen nun ein Maßnahmenpaket, welches unter anderem die Bereiche Präventions- und Täterarbeit sowie polizeiliche Bekämpfung umfasst.

Für uns ist dabei eines klar: Der Rechtsstaat muss alles Erforderliche tun, um Gewaltopfer und insbesondere Kinder und Frauen bestmöglich vor Gewalt zu schützen. Gewaltschutz hat für die FREIE WÄHLER-Fraktion schon seit Langem höchste Priorität. In diesem Zusammenhang ist vor allem der bayerische 3-Stufen-Plan "Bayern gegen Gewalt" zu nennen. Das Konzept "Bayern gegen Gewalt" definiert Ziele und Maßnahmen zum Gewaltschutz und zur umfassenden Gewaltprävention von der Aufklärung und Sensibilisierung über zielgruppenspezifische Beratungs-

und Hilfsangebote bis hin zur Hilfe für Betroffene und der Arbeit mit Täterinnen und Tätern, um weitere Gewalttaten zu verhindern.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus wurde das Projekt "Kein Täter werden" ins Leben gerufen. Das Projekt richtet sich mit seinen hoch spezialisierten Beratungs- und Therapieangeboten an Personen mit pädophilen Neigungen und unterstützt sie dabei, kein Täter zu werden. Mittlerweile ist das Präventionsprojekt an drei Standorten in Bayern etabliert: in Bamberg, Regensburg und München.

2020 wurde zudem das Zentrum zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch im Internet unter dem Dach der Zentralstelle Cybercrime Bayern eingerichtet. Auf diese Weise werden Wissen und Kompetenz in Bayern in ganz besonderem Maße gebündelt und die Effektivität der Strafverfolgung im Deliktsbereich Kinderpornografie deutlich erhöht.

Ferner wird auch die Rahmenvorgabe zur polizeilichen Bekämpfung der häuslichen Gewalt und damit in Zusammenhang stehender Stalking-Fälle regelmäßig fortgeschrieben. Dabei stehen eine weitere Professionalisierung im polizeilichen Umgang mit Fällen häuslicher Gewalt und vor allem die Beurteilung der Gefährdungslage in Hochrisikofällen von häuslicher Gewalt im Mittelpunkt.

Meine Damen und Herren, Gewalt ist aber nach wie vor ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich durch alle Bevölkerungsschichten zieht. Vor allem häusliche Gewalt wird oftmals verschleiert, tabuisiert und verharmlost. Was wir brauchen, ist eine Kultur des Hinsehens.

Mit unserem Antragspaket "Bayern gegen Gewalt" haben wir uns daher für die folgenden drei Punkte starkgemacht:

Erstens. Verstetigung der gewaltpräventiven Projekte Second-Stage. Das steht kurz vor dem Abschluss und wird wahrscheinlich schon im Januar im Ministerialblatt veröffentlicht.

Zweitens. Optimierung des Gewaltschutzes für Frauen mit Behinderung oder psychischen Erkrankungen in Frauenhäusern. Auch dafür haben wir uns stark eingesetzt.

Drittens. Ausbau der Gewaltschutzambulanzen für Opfer von häuslicher Gewalt. Meine Damen und Herren, dabei sind niedrigschwellige Soforthilfen, die Bereitstellung ausreichender, bedarfsorientierter Frauenhausplätze als erste Anlaufstelle in größter Not wichtig. Wichtig ist vor allem auch die Chance zur Rückkehr in ein normales, gewaltfreies Leben.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass bereits umfangreiche Maßnahmen zur Gewaltprävention und zum Gewaltschutz getroffen werden. Man kann immer besser werden. Wir werden das auch in den Ausschüssen besprechen. Es gibt immer Verbesserungsmöglichkeiten.

Ein Appell an alle, nicht nur an die, die hier sitzen, sondern an die Gesamtbevölkerung: Schauen Sie hin! Schauen Sie hin, damit Betroffenen geholfen und Gewalt nicht toleriert wird!

Ich habe in meinem Beruf vierzig Jahre lang an Schulen so viel Gewalt an kleinen Kindern gesehen, wenn ich mit ihnen ins Hallenbad gegangen bin. Ich habe nicht weggeschaut. Ich habe immer versucht, eine positive Lösung zu finden.

Ich möchte alle dazu aufrufen: Schauen Sie nicht weg! Wir lösen das Problem nur gemeinsam. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Jan Schiffers für die AfD-Fraktion. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Bürgerinnen und Bürger! Das Thema Gewaltschutz ist für uns ein sehr wichtiges Anliegen. Dieses wichtige Thema muss aber zwingend pragmatisch, ideologiefrei und an der Realität orientiert angegangen werden.

Einige der vorliegenden Anträge des Antragspakets weisen durchaus richtige Ansätze auf. Ich möchte hier beispielhaft den geforderten Ausbau des Präventionsprogramms "Kein Täter werden" nennen. Wir hatten das vor ungefähr einem Jahr auch beantragt. Die FDP hat damals leider nicht zugestimmt.

Zum Teil wird das wichtige Thema in dem Antragskonvolut aber auch falsch angegangen. So ist die mit Antrag V geforderte Einrichtung einer landesweiten Monitoringstelle schon deshalb entbehrlich, da zum 1. November 2022 die Berichterstattungsstelle zu geschlechtsspezifischer Gewalt ihre Tätigkeit aufgenommen hat. Sie tat dies im Auftrag der Bundesregierung, der aktuell ja auch noch die FDP angehört. Da stellt sich schon die Frage: Wissen die bayerischen FDPler nicht mehr, was ihre eigenen Genossen in Berlin in die Wege leiten? Wir hätten hier also eine unnötige Doppelstruktur, die in der Sache nicht weiterführt und nur Steuermittel kostet.

Das mit dem Antrag IV geforderte Frauenhaus-Konzept überzeugt nicht. Wir wollen Schutz für alle Frauen, die von häuslicher und/oder sexualisierter Gewalt akut bedroht sind, und keine Hierarchie von Schutzbedürftigen.

Den mit dem Antrag II geforderten Ausbau von Gewaltschutzambulanzen befürworten wir grundsätzlich. Die Begründung und die weiteren in dem Antrag gestellten Forderungen können wir so aber nicht unterstützen.

So wie bei den hier zitierten Anträgen ließen sich bei den restlichen Anträgen weitere Mängel und Ungereimtheiten aufzählen. Das fällt mir jedoch offen gestanden nach den Ereignissen vom gestrigen Tage schwer. Denn letztlich weist die gesamte Art und Weise, wie das Thema Gewaltschutz, Gewalt gegen Kinder und Gewalt gegen Frauen in Gesellschaft, Medien und Politik behandelt wird, einen schweren Mangel auf. Das gilt auch für das Antragspaket der FDP.

Ein wesentlicher Aspekt beim Thema Gewalt wird systematisch ausgeblendet und verdrängt oder mit Begriffen wie "Femizid" oder "toxische Männlichkeit" verschleiert. Ich rede hier von der importierten Gewalt durch eine unkontrollierte Einwanderungspolitik.

(Widerspruch der Abgeordneten Julika Sandt (FDP))

Gestern ist erneut ein Kind Opfer eines Gewalttäters geworden, der als Flüchtling vollkommen unkontrolliert nach Deutschland gekommen ist. Erst Ende November ist eine junge Ukrainerin, die in Deutschland Zuflucht vor dem Krieg in ihrer Heimat gesucht hat, an den schweren Verletzungen gestorben, die ihr Ende Oktober ein sogenannter Flüchtling aus Jordanien hier in Oberbayern zugefügt hat.

Selbstverständlich fällt der Großteil der Migranten, die zu uns kommen, egal, aus welchem Grund, nicht negativ im Zusammenhang mit Gewalt auf. Ebenso selbst-

verständlich ist zu betonen, dass wir auch hierzulande durch Einheimische genug Probleme mit Gewalt haben. Das Stichwort Tabuzone ist schon gefallen.

Dennoch können wir diese Entwicklung doch nicht ausblenden und einfach so zur Tagesordnung übergehen. Wir haben hier ein systemisches Problem. Wer das Thema importierte Kriminalität infolge unkontrollierter Einwanderung ausblendet, kann nicht aufrichtig über das Thema Gewaltschutz sprechen.

Wir lehnen das Antragspaket ab.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Doris Rauscher für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Ministerin! Laut Kriminalstatistik gab es 2021 bei Missbrauchsdarstellungen von Kindern einen Anstieg von über 83 %. Die Zahl der von Gewalt betroffenen Kinder und Jugendlichen nimmt seit Jahren leider nicht ab. Dazu kommt: Jede dritte Frau hat in ihrem Leben schon einmal Gewalt oder sexuelle Übergriffe erlebt. Davon betroffen sind auch queere Menschen, Migrantinnen und Menschen mit einer Behinderung. Auch sie sind durchaus häufig von Übergriffen und Gewalt betroffen, auch bei uns in Bayern.

Hilfe gab es aber leider nicht immer, weil die Hilfsangebote überlastet sind, weil es gerade für die Kleinsten nicht immer die passenden, kindgerechten Hilfsmaßnahmen gibt, weil Frauenhausplätze fehlen, weil für Frauen in besonderen Lebenslagen schlicht kein Angebot zur Verfügung steht.

Das alles sind erschreckende Erkenntnisse und Zahlen. Neu sind sie auch nicht. Wichtig ist also nun, weiter zu handeln. Gewalt gegen Kinder und Frauen darf uns niemals kaltlassen, tut es uns hier im Hohen Haus aber auch nicht. Denn hinter jeder Tat steckt ein Schicksal: eine zerbrochene Kinderseele, eine zutiefst traumatisierte Frau, eine zerrüttete Familiengeschichte.

Der Bund plant nun zum Glück die Einführung eines bundeseinheitlichen Rechtsanspruchs auf einen Frauenhausplatz. Das ist ein wichtiges Signal und sehr wertvoll für die Betroffenen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dafür haben wir als SPD auch schon viele Jahre gekämpft, leider lange ohne die Unterstützung der Mehrheit hier im Haus. Umso besser ist es, dass es nun trotzdem kommt.

Aber die Istanbul-Konvention hat auch Bayern bereits 2018 verpflichtet, zu handeln und dafür zu sorgen, dass alle Menschen bei uns sicher leben und Betroffene von Gewalt und Übergriffen im Notfall die richtige Unterstützung bekommen.

Liebe Regierungsfaktionen, arbeiten Sie deswegen doch gemeinsam mit uns an Lösungen für ein immenses Problem. Wir sind auf jeden Fall sehr offen dafür.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Ja, es gibt Angebote, absolut. Aber es reicht eben noch nicht aus. Das sagen nicht nur wir als SPD-Fraktion, das sagen vor allem auch die Expertinnen in der Anhörung, die wir im Sozialausschuss durchgeführt haben. Wenn Sie also schon nicht auf uns hören, dann hören Sie doch bitte auf diejenigen, die jeden Tag draußen in

der Praxis stehen, arbeiten und sich für Verbesserungen für Kinder, für Jugendliche, für Frauen und queere Menschen einsetzen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Da gilt es hinzuschauen. Als SPD haben wir deshalb gleichzeitig mit der FDP-Fraktion ein umfassendes Maßnahmenpaket eingebracht und gefordert. Wir möchten ein bedarfsgerechtes Beratungs- und Interventionsangebot für von Gewalt betroffene Personen, mehr Personal in den Frauenhäusern und Fachberatungsstellen, zum Beispiel auch für Notrufe, den Ausbau der Frauenhausplätze um 35 % – also mindestens ungefähr pro Landkreis ein Frauenhaus – und flächendeckend Second-Stage-Angebote, die Erarbeitung von Schutzkonzepten für Frauen auch mit spezifischem Unterstützungsbedarf wie zum Beispiel psychischer Erkrankung und einen Missbrauchsbeauftragten für Bayern zur Bündelung aller Maßnahmen. Wir wollen eine kindgerechte Möglichkeit, damit auch Kinder sich zum Beispiel über eine App auf dem kurzen Weg Hilfe holen können, und ein kindgerechtes Verfahren bei Gewaltübergriffen, wie zum Beispiel in den Childhood-Häusern.

All dies wäre wichtig für Bayern. Wie schon im Ausschuss stimmen wir den Anträgen der FDP zu, und ich hoffe auf Unterstützung auch aller weiterer Fraktionen hier im Haus.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zuerst über den Antrag "Gewaltschutz in Bayern jetzt I: Kinderschutz ernst nehmen – Missbrauchsdarstellungen bekämpfen" auf Drucksache 18/23506 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Plenk. Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.

Die Fraktionen sind übereingekommen, über die restlichen Anträge "Gewaltschutz in Bayern jetzt", II bis V, auf den Drucksachen 18/23507 mit 18/23510 gemeinsam abzustimmen. Wir kommen daher nun zur gemeinsamen Abstimmung, wobei das Votum des jeweils federführenden Ausschusses zugrunde gelegt wird. Der jeweils federführende Ausschuss empfiehlt die vier Anträge zur Ablehnung.

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind offensichtlich alle Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete Klingen. – Der fraktionslose Abgeordnete Plenk enthält sich. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Das heißt, die vier Anträge sind hiermit abgelehnt.

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel und Fraktion (AfD)

Energie für Bayern II: Die bayerischen Kernkraftwerke müssen laufen (Drs. 18/24117)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Gerd Mannes für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Die Menschen und die Industrie in Deutschland leiden furchtbar unter den hohen Energiepreisen. Die Ampel-Regierung scheitert kläglich an der Bewältigung der selbst verschuldeten Krise.

Der angekündigte Preisdeckel für Strom und Gas verschiebt die Energieprobleme in die Zukunft. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht ein gefährlicher Weg. Ich habe regelmäßig darauf hingewiesen, dass einzig und allein die sofortige Ausweitung der verfügbaren Energiemengen zu einer Preissenkung führen wird. Vor allem der akute Mangel an Strom lässt sich durch den kurzfristigen Wiedereinstieg in Kern- und Kohlekraft sofort beheben. Es ist doch absolut unstrittig, dass dies einen dämpfenden Effekt auf den Strompreis haben wird.

Nun zu den Fakten der völlig vermurksten Energiewende: Wir haben in Deutschland 225 Gigawatt installierte Leistung. Davon sind etwa je 30 % Solar- und Windkraft. Gestern hat der Strommix so ausgesehen: 45 % Kohle, 20 % Gas, 6 % Kernkraft. Die Solarenergie hat 0,6 % beigetragen. Aus technischer Sicht können wir also derzeit weder auf Kohle noch auf unsere Kernkraftwerke verzichten.

Letzte Woche wurden 70 % der Nettostromerzeugung durch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke, Gaskraftwerke und eben mit Kernenergie produziert. Hätten wir also in der Energiepolitik auf die grünen Spinner und Abschaltfanatiker gehört, wären letzte Woche die Lichter ausgegangen. Es ist eine kindische Illusion, dass wir unser Land mit ein paar Windrädern und Solarmodulen energiegrundlastsicher versorgen könnten. Das geht einfach nicht.

Die Photovoltaik lieferte in den letzten Tagen durchschnittlich ein Gigawatt, während die Last im Netz etwa 70 Gigawatt betragen hat – und dies bei 30 % der installierten Leistung. Nur ein verblendeter Ideologe leugnet diese physikalischen Fakten. Aber davon haben wir ja genug im Plenum sitzen – ich brauche nur nach drüben zu blicken.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN)

– Doch, da läuft gar nichts.

Die Zeichen der Zeit sind doch eindeutig. Der vollständige Wiedereinstieg in die Kernkraft ist unumgänglich, wenn wir Wohlstand und Beschäftigung im Freistaat erhalten wollen.

Unser Antrag fordert jetzt eine unbegrenzte Laufzeitverlängerung für Gundremmingen C und Isar 2. Diese bewährten Kraftwerksblöcke sichern seit Jahrzehnten die bayerische Stromversorgung. Es gibt kein rationales Argument, warum dies nicht auch in Zukunft so sein sollte.

Die Regierung ist verfassungsgemäß dazu verpflichtet, die öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Dazu gehört explizit auch eine bezahlbare Energieversorgung. Solange keine anderen günstigen Energieträger zur Verfügung stehen, ist eine Laufzeitverlängerung auch aus verfassungsrechtlicher Sicht geboten. Die Staatsregierung muss sich eben auf Bundesebene für sämtliche Maßnahmen einsetzen, die einen senkenden Effekt auf die Energiepreise haben. Dies trifft unbestritten auf den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu.

Sie alle haben mit der Energiewende und Ihrer bürgerfeindlichen Politik schon genügend Schaden angerichtet. Wir müssen unbedingt einen Blackout in der Zukunft vermeiden. Dies bedeutet: In den kommenden Jahren ist die Kernkraft unverzichtbar. Kommen Sie endlich zur Vernunft, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist für die CSU-Fraktion Herr Kollege Martin Mittag.

Martin Mittag (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Ich nehme vorweg: Herr Mannes, wir stimmen dem Antrag natürlich nicht zu, aber nicht deswegen, weil wir als Regierungspartei im Freistaat Bayern nicht der Meinung sind, dass eine begrenzte Verlängerung der Laufzeit äußerst wichtig wäre, sondern deshalb, weil wir der Meinung sind, dass eine unbegrenzte Laufzeitverlängerung, so wie Sie sie fordern, ein völlig falscher Ansatz ist. Das haben wir Ihnen schon im Ausschuss mitgeteilt, und dabei bleiben wir auch.

Der Ausstieg aus der Atomkraft ist für uns genauso wichtig und richtig, aber – und jetzt kommt das Aber; und da wende ich mich, da es zum AfD-Antrag mehr nicht zu sagen gibt, an die Kolleginnen und Kollegen der Ampel-Fraktionen in Berlin – es gibt ja hier im Hohen Haus und auch in den Fraktionen der Ampel einige Kollegen, die dies ähnlich wie ich sehen und sagen: Eine Verlängerung oder Aufrechterhaltung bis Anfang nächsten Jahres ist zu kurz. Ich stimme dem zu hundert Prozent zu.

Die Bayerische Staatsregierung hat schon im März dieses Jahres gefordert, eine Laufzeitverlängerung von drei bzw. fünf Jahren in Betracht zu ziehen; denn diese Zeit werden wir auch dringend brauchen, gerade für die Wirtschaft, für die Menschen, die jetzt wirklich betroffen sind. Berlin ist aber leider nicht bereit, das Thema anzugehen. Die Folgen sollten eigentlich jedem klar sein, aber darüber spricht Berlin natürlich nicht.

Das bedeutet: Wir werden weiterhin, auch wenn wir Probleme haben, es zu bekommen, mehr über Gas reden müssen; wir werden Atomstrom dann woanders einkaufen, wo wir weniger Möglichkeiten der Einflussnahme haben. Dies ist ganz logisch. Herr Kollege Stümpfig wird dann wieder sagen: Dann bauen wir eben fünf Windräder, die wegen der bösen Staatsregierung nicht gebaut werden können. Dass das ein totaler Quatsch ist, um die Grundlastfähigkeit zu sichern, ist wohl jedem klar.

Der Antrag der AfD ist klipp und klar abzulehnen. Ich sage hier aber noch einmal, so wie wir es im Ausschuss getan haben und wie es die Regierung getan hat: Bitte, liebe Ampel-Regierung, denkt endlich einmal an die Bürgerinnen und Bürger, an die Unternehmerinnen und Unternehmer, und glaubt auch endlich, dass es nicht die Deindustrialisierung ist, die das Land retten wird, sondern dass Wirtschaft automatisch auch Wohlstand bedeutet und auch bedeutet, dass die Menschen zufrieden, glücklich und auch sicher leben können. Geht diese Themen deswegen endlich richtig an. Aktuell passiert das in Berlin nicht. Deswegen nutze ich diesen abzulehnenden AfD-Antrag als Aufruf nach Berlin, sich hier endlich zu bewegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Mannes, AfD-Fraktion, vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Mittag, es ist schön, dass Sie zumindest teilweise zur Vernunft gekommen sind; denn vier Jahre lang haben Sie ja immer dafür plädiert, die Kernkraftwerke sofort abschalten zu lassen. Jetzt wollen Sie sie noch ein paar Jahre weiterlaufen lassen.

Jetzt aber zu meiner Frage. In Bayern sind ungefähr 22 Gigawatt Leistung aus erneuerbaren Energien installiert, weniger als 10 Gigawatt stammen aus konventionellen Energieträgern. Von diesen 22 Gigawatt aus Erneuerbaren stammen ungefähr 15 Gigawatt aus Solarenergie. Diese hat in den letzten Tagen zu 0,6 % zur Energieversorgung beigetragen. Wie soll denn der Energiemix der Zukunft aussehen? Sie sehen doch jetzt, dass die Solarenergie ein halbes Jahr lang ganz schlechte Ergebnisse abliefern. Was soll da in Zukunft gemacht werden, damit es besser und vor allem preisgünstig wird?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Mittag, bitte.

Martin Mittag (CSU): Zunächst einmal, Herr Mannes: Dass Sie uns darauf hinweisen, dass die Krise, die wir jetzt haben, einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke bedarf, ist sicher nicht nötig. Ich sage es noch einmal: Wir haben diese Verlängerung schon im März gefordert. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei. Das, was Sie ansprechen, ist genau der Grund, warum wir einen Zeitpuffer brauchen, um eine sichere Energieversorgung zu erreichen. Das ist eine Forderung an Berlin. Wir diskutieren täglich darüber, wie wir regenerative Energie speicherfähiger machen können. Das wissen Sie genauso, weil dies auch im Ausschuss ein Thema ist. Wir wissen, dass es bei Wind- und Sonnenenergie Flautezeiten gibt, die wir angehen müssen. Ich könnte auch nach Berlin zeigen und das Thema Biogasanlagen ansprechen, aber das bringt nichts. Heute geht es um Ihren Antrag, der abzulehnen ist. Von daher: Meine Antwort ist klar; ich habe sie Ihnen gegeben. Ich meine, sie war auch für alle verständlich.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Mittag. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Martin Stümpfig das Wort.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Den gleichen Antrag – man kann sagen: wirklich wortgleich – hatten wir vor einem Jahr, von der AfD-Fraktion hochgezogen. Heute haben wir ihn wieder. Behandeln wir das Thema eben noch einmal. Als Einziges hätten Sie die Kritik an Russland klar hinschreiben können; denn das ist das Einzige, was sich geändert hat. Als Putin-Partei wollen Sie das aber nicht machen, wollen Sie nicht klar benennen, warum wir momentan im Schlamassel stecken. Wir haben uns nämlich in dramatische Abhängigkeiten von Russland begeben.

Schauen wir uns jetzt an, welches Land in Europa momentan hinsichtlich der Energiesituation und mit Stromengpässen die größten Schwierigkeiten hat. Das ist Frankreich. Das Atomland Frankreich hat die allergrößten Probleme. Die Entscheidung von Kanzler Scholz, die Atomkraftwerke bis zum 15. April 2023 weiterlaufen zu lassen, war zum großen Teil dadurch bedingt, dass wir aus Solidarität Frankreich unterstützen wollen, weil eine große Zahl der dortigen Atomkraftwerke momentan nicht läuft.

Das ändert nichts an der Feststellung, Herr Mittag: Die Atomkraft ist unzuverlässig, teuer und eine Hochrisikotechnologie. Darum sagen wir klar: Ausstieg aus der Atomkraft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein Satz dazu, weil Sie darauf eingegangen sind: Vor 15 Jahren war die CSU-Fraktion zu Besuch in Finnland. Damals waren Sie nicht dabei; Sie sind noch nicht so lange im Parlament. Die CSU-Fraktion zeigte sich nach dem Besuch eines Reaktors hoch begeistert. Mit dem Bau wurde 2005 begonnen. Heute, über 15 Jahre später, ist dieser Block in Finnland immer noch nicht fertig. Dennoch stellen Sie sich hierhin und behaupten, Atomkraft sei eine Lösung. Atomkraft ist keine Lösung! Das müssen auch Sie endlich verstehen. Wir sagen ganz klar: Wir haben die Versorgungssituation hier jetzt sehr, sehr gut im Griff.

Was man rechtsaußen will, ist ganz klar: Die würden es sogar befürworten, wenn wir in Deutschland einen Blackout bekämen. Wir anderen Parteien befürworten das sicherlich nicht.

Wir müssen doch klar erkennen, dass wir nicht in einer Situation sind, in der ein Schreckgespenst an die Wand gemalt werden müsste. Wir können vielmehr klar sagen: Wir kommen durch diesen Winter sehr gut durch. Die Maßnahmen sind getroffen worden. Hören Sie mit dieser Panikmache auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Es gibt eine Zwischenbemerkung. Herr Abgeordneter Mannes, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Herr Stümpfig, Sie haben gerade gesagt, wir seien die Putin-Partei und hätten das mit dem Gas verschuldet. Nein, andersherum ist es richtig: Erst die Energiewende hat genau dieses russische Gas in großen Mengen erforderlich gemacht. Das müssen Sie doch einmal zugeben. Es war doch auch Rot-Grün, die gesagt haben: Ja, wir wollen die Energiewende, und damit raus aus der Kernkraft. Deswegen brauchen wir viel, viel mehr Gas.

Aber jetzt zu meiner Frage: Wir haben momentan 225 Gigawatt installierte Leistung; davon entfallen 65 Gigawatt auf Solarenergie und 65 Gigawatt auf Windkraft. Letztere liefert manchmal fast nichts. Was glauben Sie: Wie viel installierte Leistung an Windkraft und an Solarenergie brauchen wir in Zukunft in Deutschland, damit wir auf die anderen Energieträger – Kohle, Kernkraft, Gas – verzichten können?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Herr Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Eine Vervierfachung von Solar- und Windenergie brauchen wir in Bayern; dann können wir rund 80 % unseres eigenen Strombedarfs mehr oder weniger abdecken. Den Rest machen Biogas, Speicher und die Netze aus. Wir können also einen guten Mix fahren. Von daher sind wir auf der sicheren Seite.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Stümpfig. – Nächster Redner ist für die FREIEN WÄHLER Herr Kollege Rainer Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die AfD wird nicht müde, auf Kernkraft zu setzen – ein Dauerthema aus der fossilen Endlosschleife. Der vorliegende Antrag ist inhaltlich zum Teil längst

überholt; er wurde im federführenden Ausschuss bereits im Oktober beraten und mehrheitlich abgelehnt.

Lieber Kollege Mannes, in zahlreichen Diskussionen, auch hier im Plenum, haben wir unsere klare Haltung zur Kernenergie mehr als deutlich gemacht. Wir FREIEN WÄHLER fordern seit Monaten eine temporäre Laufzeitverlängerung von betriebsfähigen Kernkraftwerken. Ja, Isar 2 und Gundremmingen standen und stehen für uns zur Debatte. Es stimmt: Allein in Bayern würden diese zwei Meiler rund 25 % der Stromversorgung – grundlastfähig! – garantieren.

Insofern darf auch ich meine Botschaft in erster Linie nach Berlin richten. Die Fehlentscheidung der Ampel, diese Anlagen im April 2023 abzuschalten bzw. auslaufen zu lassen, ist für uns in dieser Krisensituation fundamental nicht nachvollziehbar und Ausdruck reiner ideologischer Verblendung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Machtwort des Kanzlers, die Atomkraftwerke nur bis dahin laufen zu lassen, war für mich eine salomonische, aber eine dilettantische Lösung. Es ist einfach fatal, in der jetzigen Krisenlage genau das abzuschalten, was funktioniert. Das ist ein weiterer Beweis, dass die Ampel – wie so oft – auch bei diesem Thema nur Flickschusterei betreibt. Gerade die Abschaltung der Kernkraftwerke ist für mich ein fauler Kompromiss, der uns schnell wieder einholen wird. Sie glauben doch selbst nicht, dass die Energieprobleme bis April gelöst sein werden und es dann ohne Atomkraft weitergehen könnte.

Wir FREIEN WÄHLER haben deshalb auch einen eigenen Antrag eingebracht, der darauf zielt, im Bund die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die bayerischen Atomkraftwerke über den wohl kritischen Winter 2023/24 hinaus in einem betriebs- und leistungsfähigen Zustand bleiben. Alles andere wäre für uns völlig unverantwortlich.

Meine Herren von der AfD, ich betone aber ausdrücklich: Das ist kein grundsätzliches Bekenntnis von uns zur Kernkraft. Bereits 2011 ist der Atomausstieg in Deutschland fraktionsübergreifend und mit großer Mehrheit in einem gesamtgesellschaftlichen Konsens besiegelt worden. Dazu stehen auch wir, Herr Mannes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie von der AfD aber fordern sogar – wie in Ihrem zuletzt zu diesem Thema gestellten Antrag – die Inbetriebnahme neuer Kernkraftwerke. Sie wollen die unbegrenzte Verlängerung der Laufzeit bestehender Atomkraftwerke erreichen. Genau das wollen wir nicht. Das unterscheidet uns deutlich von der AfD.

Ich sage es noch einmal unmissverständlich: Wir wollen weder zurück in das Atomzeitalter, noch wollen wir den Zubau neuer Kernkraftwerke in Deutschland, übrigens auch nicht in anderen Ländern, also auch nicht in den Ländern um uns herum. Schon deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Last, but not least und um allen Missverständnissen vorzubeugen: Für uns FREIE WÄHLER hat der beschleunigte Ausbau der Erneuerbaren absolute Priorität; denn sie sind der Schlüssel für Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Unabhängigkeit. Dafür gehen wir in die Offensive. Zuverlässig, bezahlbar, erneuerbar – darauf beruht die Energiesouveränität Bayerns. Dies gilt für uns heute und für die Zukunft in unserem Freistaat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Stadler, AfD-Fraktion.

Ralf Stadler (AfD): Herr Ludwig, eine Frage: Was halten Sie für sinnvoller – Strom aus Deutschland, das heißt aus modernen Kraftwerken, oder Strom aus dem Ausland, aber aus maroden Kraftwerken, die uns jederzeit um die Ohren fliegen können?

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege Stadler, ich denke, diese Frage erübrigt sich; denn wir werden durch den ambitionierten Ausbau unserer erneuerbaren Energien mit Sicherheit nicht auf Dauer Strom aus Kernkraft aus dem Ausland beziehen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Annette Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Thema der sicheren, sauberen und bezahlbaren Energieversorgung beschäftigt uns alle. Natürlich hat sich auch die Bundesregierung dieses Themas angenommen. Es wurden Stresstests und weitere Untersuchungen durchgeführt. Herausgekommen ist der Kompromiss, die drei Atomkraftwerke, die noch laufen, bis zum 15. April nächsten Jahres weiterlaufen zu lassen. Das macht man vor allen Dingen deshalb, um die Situation in Bayern zu verbessern; denn Bayern hat es leider versäumt, beim Ausbau der Stromtrassen und beim Ausbau der erneuerbaren Energien das zu tun, was notwendig war.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eines sage ich Ihnen von der AfD sehr deutlich: Mit uns wird es einen Ausstieg aus dem Ausstieg nicht geben. Die Atomenergie taugt nicht dazu, unsere Probleme bei der Energieversorgung langfristig zu lösen. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Karl. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wieder kommt von der AfD ein solcher Antrag, der hochgezogen wurde, damit wir uns ordentlich austauschen können, was wir denken, was wir glauben, was wir meinen.

Auch ich bin dafür, dass wir die Atomkraft irgendwann verabschieden. Ich glaube nur nicht, dass der 15. April nächsten Jahres der richtige Zeitpunkt ist. Insoweit bin ich d'accord. Ich glaube, dass wir zu gegebener Zeit wieder Kernbrennstäbe kaufen müssen, und hoffe, dass wir diesen Punkt nicht verpassen.

Wir, die FDP und speziell ich in meiner Person, haben dafür gesorgt – über den Landesvorstand und den Bundesvorstand –, dass das tatsächlich umgesetzt wird, sodass zumindest bis zum 15. April nächsten Jahres drei Kernkraftwerke in Deutschland weiterlaufen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ach, das ist von Ihnen?)

– Ja, das ist von mir; es ist tatsächlich so. Ich habe dafür gekämpft. Es ist so.

(Beifall bei der FDP)

Kommen wir jetzt aber zu dem Thema Erneuerbare: Dazu höre ich immer, wir müssten sie einfach nur beschleunigt ausbauen. Nur, wenn wir eine Woche wie die vergangene haben, in der sich kein Windrad dreht und in der die Sonne nicht scheint, käme immer noch null heraus, selbst wenn man die Erneuerbaren verzehnfachen würde. Leute, wir müssen eine sichere Energieversorgung für die Zukunft haben.

Über das, was dazu an Vorschlägen kommt, werde ich zumindest nachdenken. Ein Beispiel sind die Elektrolyseure, das heißt die Nutzung von Wasserstoff. Ja, auch darüber werde ich nachdenken. Aber ich bin technologieoffen. Ich versteife mich nicht auf die eine Möglichkeit, Energie für die Zukunft zu gewinnen. Es gibt viele Möglichkeiten. Es ist typisch FDP und liberal: Wir sind technologieoffen. Wir glauben an Forschung und Entwicklung. Wir glauben aber auch, dass es in Zukunft neue Ideen, bessere Ideen und langfristig haltende Ideen gibt.

Wir haben das Gas aus Russland importiert. Ich kann mich gut daran erinnern: 2011 hat unser Herr Ministerpräsident Söder mit Rücktritt gedroht, wenn wir die Kernkraftwerke über den 31.12.2022 hinaus weiterlaufen lassen. Er hat damals mit Rücktritt gedroht und gesagt: Mit mir nicht; wir müssen zum 31.12.2022 aussteigen. – Wer ist jetzt der Erste, der schreit, dass wir die Kernkraftwerke weiterlaufen lassen müssen? – Unser Herr Ministerpräsident. Ich gestehe jedem Fehler zu, weil tatsächlich die Technologie Schritte nach vorne macht und wir versuchen müssen, alles, was geht, zu nutzen. Da gibt es noch viele, viele Möglichkeiten.

Auch wenn ich ein Befürworter der Kernkraft bin, lasse ich mich gerne überzeugen, dass es auch anders geht. Ich lasse mich gerne überzeugen, dass andere Möglichkeiten kommen. Aber eines sage ich euch: Es dem reinen Zufall, es Wind und Sonne zu überlassen, da bin ich nicht dabei. Aber ich glaube an die Geothermie. Ich glaube an viele andere Dinge wie Biogas, an alles, was da kommt. Das kann funktionieren. Aber alles zusammen ergibt das volle System. Es gibt keine Einbahnstraße: nur Wind und Sonne. Das funktioniert nicht. Wir müssen alles haben, und wir müssen es gemeinsam machen. Nicht einer wird gewinnen, sondern wir gewinnen nur alle, oder wir verlieren nur alle.

Wir lehnen den Antrag, die Laufzeit der Kernkraftwerke dauerhaft und für immer zu verlängern, ab. Es könnte aber natürlich passieren, dass wir die Laufzeit noch einmal verlängern müssen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die anderen Fraktionen sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Klingen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 12** auf:

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Klimaanpassung ernst nehmen - Kommunen unterstützen
(Drs. 18/24258)**

Ich eröffne die Aussprache. Gesamtredezeit: 32 Minuten. – Erster Redner ist Herr Kollege Patrick Friedl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ergebnisse der 27. Weltklimakonferenz in Sharm El-Sheikh sind mager. Um die Klimaerhitzung unterhalb des 1,5-Grad-Zieles weltweit zu halten, müssen alle Gesellschaften massive Anstrengungen unternehmen. Daran fehlt es, daran fehlt es leider auch in Bayern.

Die Auswirkungen der Klimaerhitzung werden auch deshalb immer dramatischer und stärker. Dürreperioden, Sturzfluten und Tornados werden häufiger und können alle – alle! – Regionen Bayerns treffen. Wir müssen uns dem geänderten Klima anpassen, und zwar vorausschauend, vorsorgend und so schnell wie möglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Klimaanpassung müssen vor allem unsere Städte und Kommunen schultern. Sie haben die Aufgabe, in Bayern die Menschen vor Klimaerhitzung und Wetterextremen zu schützen. Auf die Kommunen kommt also die Hauptlast der Klimaanpassungsmaßnahmen zu, sowohl organisatorisch als auch finanziell. Hitze und Trockenheit belasten unsere Natur und bedeuten für uns Menschen, vor allem für die Verletzlichsten unter uns, eine hohe Gesundheitsgefährdung. Allein im Sommer 2022 wird europaweit von 24.000 Hitzetoten ausgegangen. Eine Auswertung des Robert-Koch-Instituts spricht für die Jahre 2018 bis 2020 allein in Deutschland von insgesamt 19.000 Hitzetoten.

Darum müssen unsere Alarmglocken schrillen und müssen wir handeln. In unseren stark versiegelten Innenstädten können sommerliche Temperaturen von deutlich über 40 Grad erreicht werden. Hitzewellen führen so zu massiven Belastungen unseres ohnehin angeschlagenen Pflege- und Gesundheitssystems. Hierauf müssen sich alle Kommunen vorbereiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das geht am besten mit Hitzeaktionsplanungen. Hitzeaktionsplanungen gibt es bereits seit 2010. Die Weltgesundheitsorganisation hat diese auf den Weg gebracht. Das Bundesgesundheitsministerium und das Umweltministerium haben uns dies empfohlen. Aber nur wenige Städte – es sind in Bayern knapp mehr als zehn – beschäftigen sich bislang mit diesem Thema. Und jetzt kommt's: Das bayerische Gesundheitsministerium hat am 1. Oktober 2020 zusammen mit den anderen Gesundheitsministerien Deutschlands beschlossen, dass bis 2025 – bis 2025! – alle bayerische Kommunen Hitzeaktionspläne umsetzen sollten. Doch weit gefehlt! Das geht mehr als schleppend voran. Es gibt nicht mal eine ausdrückliche Förderung für Hitzeaktionspläne. Wir fordern, dass es für Hitzeaktionspläne endlich eine Förderung gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um Hitzeschutz schneller umsetzen zu können, braucht es neben einem Förderprogramm am Landesamt für Gesundheit eine bayerische Hitzebeauftragte und eine Koordinationsstelle zur Hitzevorsorge, die den Kommunen in Bayern endlich unterstützend und beratend zur Seite stehen.

Der extrem trockene Sommer 2022 hat erneut gezeigt, dass in einigen Regionen Bayerns selbst das Trinkwasser knapp werden kann. Auch diese Situation wird in Zukunft häufiger und extremer eintreten. Deshalb braucht es Notfallpläne für Zeiten der Wasserknappheit.

Auch die Flächennutzungsplanung muss nachgeschärft werden. Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen müssen von Bebauungen freigehalten werden. Hierfür sind über kommunale Klimafunktionskarten die Datengrundlagen zu schaffen. Nur wer weiß, woher die Kaltluft kommt, kann für seine Ortschaft gezielt Kühlung erhalten. Um den Hitzewellen zu begegnen, brauchen wir in den Innenorten blaue und grüne Infrastrukturen. Verrohrte Bäche müssen, wo dies noch nicht geschehen ist, wieder aufgedeckt werden. Zudem braucht es Trinkwasserbrunnen. Auch müssen wir unsere alten Bäume schützen. Ja, wir müssen unsere Bäume schützen; denn nach wie vor werden Bäume viel zu bereitwillig neuen Baumaßnahmen geopfert. Nachgepflanzte Bäume haben im Lebensraum "Überhitzte Innenorte" kaum Überlebenschancen. Ich komme kurz auf meine Heimatstadt Würzburg zu sprechen. Im Jahr 2018/19 sind in deren Innenstadt über 680 alte Bäume verdorrt. Wenn man diese Bäume nachpflanzen wollte, wären die Kosten höher als die jetzt in Ihrem Haushaltsentwurf vorgesehenen Mittel für Klimaanpassungsmaßnahmen.

Neben dem Erhalt der alten Bäume und dem Schutz der Frischluftschneisen müssen wir zusätzlich für die Kühlung unserer Städte und Gemeinden Flächen entsiegeln und neue geeignete Baumstandorte finden. Dazu kommt, dass längere Trockenperioden zu einem massiven Anstieg von Wald- und Flächenbränden führen. Daher müssen wir unsere Feuerwehren besser ausstatten. Außerdem brauchen wir etwas Altmodisches, das es früher überall gab, nämlich Löschteiche. Wir brauchen an vielen Orten möglichst dezentral gelegene Löschteiche, damit beim Löschen nicht auf Trinkwasser zurückgegriffen wird und wir gespeichertes Löschwasser zur Verfügung haben. Und: Unsere Feuerwehren müssen möglichst gut ausgestattet werden; denn vor allem in Nordbayern nehmen in den Sommermonaten die Waldbrandeinsätze exorbitant zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch der Umgang mit unserer freien Landschaft muss sich ändern. Wir brauchen einen verbesserten Regenrückhalt und Humusaufbau in der Landschaft. Wir brauchen Schwammlandschaften, die vor allem bei Starkregenereignissen helfen, das Wasser besser zurückzuhalten.

Die Klimaanpassung muss zur Pflichtaufgabe werden. Staatsregierung und Landtag müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und entsprechende Maßnahmen finanzieren.

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Friedl, es gibt eine Zwischenbemerkung: Herr Prof. Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Friedl und GRÜNE, es ist sehr begrüßenswert, dass Sie endlich von "Klimaanpassung" sprechen. Wir von der AfD sprechen immer von "Klimaanpassung" und eben nicht von diesen ganzen CO₂-Einsparungen. Klimaanpassung ist genau das, was mit Blick auf Pflanzen, Tiere und Menschen, so lange es sie gibt, seit Jahrmillionen auf dieser Erde passiert. Insofern: Das ist erst einmal toll. Allerdings ist Ihr Alarmismus gepaart mit diesem blinden Aktionismus nicht toll. Ich frage mich, ob Sie überhaupt noch eine Bindung zu den

Menschen draußen haben, dazu, was diese Menschen wirklich bewegt. Sie sprechen immer von Überhitzung usw. Schauen Sie einmal raus. Die letzten Neuigkeiten sind, dass es minus zwölf Grad kalt werden soll.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Das ist Wetter, nicht Klima!)

Es ist also nichts mit Ihrer Hitze. Wie wäre es zur Abwechslung einmal, wenn Sie die sprudelnden Steuereinnahmen dafür nutzen würden, die Bürger zu entlasten, anstatt immer die nächste und übernächste Klimaschutzmaßnahme vor sich herzutreiben und das Geld der Bürger aus dem Fenster zu werfen?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Friedl, bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Kollege, ich bin Sprecher für Klimaanpassung. Das bin ich vom ersten Tag an, seit ich hier in diesem Parlament bin. Vom ersten Tag an kümmere ich mich hier im Parlament darum, dass wir Hitze ernst nehmen und Starkregen ernst nehmen und dagegen Maßnahmen ergreifen. Ich kämpfe dafür, dass die Kommunen dafür endlich eine Finanzierung bekommen und die Staatsregierung versteht, dass das eine zentrale Aufgabe ist, die den Kommunen übergeben werden muss.

Zu Ihren Ausführungen zur Klimaanpassung: Wer Wetter nicht von Klima unterscheiden kann, hat echt ein Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wundert mich, dass Sie es nicht können. Dass Sie Wintermonate und Kältemperaturen anführen, um sich nicht mit Hitze zu beschäftigen, finde ich grandios. Da muss man mal draufkommen.

Die Hitzesituation hat sich in den letzten fünf Jahren dramatisch verschärft. Wir hatten drei Jahre mit über dreißig Hitzetagen, etwas, was es historisch noch nicht gab. Die Geschwindigkeit, in der sich bei uns das Klima erhitzt, ist eindeutig wissenschaftlich nachvollziehbar, aber für Sie offenbar nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Friedl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Hans Ritt für die CSU-Fraktion. – Er ist offensichtlich nicht im Plenum.

(Barbara Fuchs (GRÜNE): Das macht gar nichts! Dann machen wir einfach weiter!)

Damit verfällt die Redezeit. Wir kommen zu Herrn Abgeordnetem Ralf Stadler für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Der Abgeordnete Hans Ritt (CSU) eilt in den Plenarsaal)

– Da ist er. Er kam gerade noch rechtzeitig. Bitte schön.

(Allgemeine Heiterkeit)

Just in time. Bitte schön, Herr Kollege Ritt.

(Der Abgeordnete Hans Ritt (CSU) ist außer Atem und schenkt sich ein Glas Wasser ein – Allgemeine Heiterkeit)

Hans Ritt (CSU): Danke schön, Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, in Ihrem Antrag steht etwas

von "ernst nehmen". Meinen Sie das selbst ernst? Angesichts Ihrer Energie- und Wirtschaftspolitik im Bund können nämlich große Zweifel daran aufkommen, dass Sie das wirklich ernst nehmen, was Sie sagen. Denn was passiert gerade in Deutschland mit einem grünen Minister in dem Ministerium, das für Energie und Klimaschutz zuständig ist?

(Der Abgeordnete Hans Ritt (CSU) ist weiterhin außer Atem – Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Danke! – Ich fasse zusammen.

(Allgemeine Heiterkeit)

In Deutschland gegen Kernkraft sein, aber anderswo Atomstrom kaufen oder kaufen müssen,

(Martin Stümpfig (GRÜNE): Themaverfehlung!)

Fracking in Deutschland zur Katastrophe erklären, aber in den USA teures Fracking-Gas kaufen,

(Zurufe von den GRÜNEN: Themaverfehlung!)

das dann mit Schiffen nach Deutschland transportiert wird.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es geht um Klimaanpassung! Themaverfehlung!)

Die Energie, die diese Schiffe verbrauchen, um Fracking-Gas zu transportieren, ist immens.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es geht um Klimaanpassung!)

Eventuell ist das am Ende sogar ein Nullsummenspiel, alles ganz nach dem Motto: Hauptsache, bei uns wird nicht gefrackt.

(Hep Monatzeder (GRÜNE): Sie haben einen schönen Text dabei!)

Ihre Art des Ernstnehmens von Klimaschutz, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der GRÜNEN, heißt: Lieber Holz als Energiequelle verbieten und dafür in Kauf nehmen,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Es geht um Klimaanpassung! Er checkt das nicht!)

dass wir durch Kohlekraftwerke länger dreckige Energie herstellen müssen. Ist das ernsthaft Ihre Vorstellung von Klimawende?

(Toni Schuberl (GRÜNE): Anpassung ist das Thema! Haben Sie den Antrag gelesen?)

Ich weiß, Sie hören das nicht gern. Ich kann Sie verstehen. Ich würde das auch nicht gern hören.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Haben Sie den Antrag gelesen? – Zuruf von den GRÜNEN: Wir würden gerne etwas zu dem Antrag hören!)

Oder es wird mit einem Diener Gas in Katar gekauft, dann aber erklärt, dass man zum Fußballspielen mit One-Love-Armbinden anrücken soll.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Themaverfehlung!)

Damit wollen Sie ernsthaft den Klimawandel stoppen und eine Klimawende einleiten? Mit Kohlestrom und mit geacktem Gas, das mit Schwerölfachtern transportiert wird?

Ach, da gibt es ja noch ein Lieblingsthema von Ihnen,

(Anne Franke (GRÜNE): Klimaanpassung!)

mit dem Sie das Weltklima retten wollen: die Elektromobilität. Da habe ich gerade in der "klima.taz" etwas gelesen. Die "TAZ" ist doch in Ihren Augen eine seriöse Quelle, liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN. Dort habe ich gelesen, wie gefährlich, giftig und menschenverachtend der Rohstoffabbau für die Autos ist. Der Abbau geschieht natürlich nicht bei uns, sondern in den ärmsten Regionen der Welt, so zum Beispiel in Peru, wo man das Kupfer für die Elektroautos gewinnt, sprichwörtlich auf Kosten der Menschen, die dort leben.

Zurück zu Ihrem Antrag.

(Allgemeine Heiterkeit – Tim Pargent (GRÜNE): Waren Sie schon jemals bei dem Antrag?)

Sie fordern ganz ernsthaft eine Menge Maßnahmen.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Die notwendig sind!)

Ich will Ihnen etwas sagen: Wir haben schon ein ganzes Maßnahmenpaket zu diesem Thema. Das Kabinett hat bereits vor einem knappen halben Jahr ein ganzes Bündel an Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Forschung beschlossen. Das ist ein umfassendes Klimaschutzprogramm. Die Bayerische Klimaanpassungsstrategie umfasst 15 Handlungsfelder von der Wasserwirtschaft über die Land- und Forstwirtschaft bis zur Energiewirtschaft und der Industrie, weil nicht nur die Kommunen betroffen sind, wie man Ihrem Antrag entnehmen könnte. Vielmehr sind alle Bereiche betroffen, auch Unternehmen.

Weil es ganz gut zum Thema passt, ein paar aktuelle Zahlen zum CO₂-Ausstoß je Einwohner in Deutschland, veröffentlicht vom Statistikportal Statista im April 2022. Die Statistik zeigt, wie viel Kohlendioxid energiebedingt im Schnitt pro Einwohner im Jahr 2019 ausgestoßen wurde. Der deutsche Schnitt liegt bei genau 8 Tonnen CO₂ je Einwohner. Der Stadtstaat Berlin liegt mit 17,2 Tonnen bei einem sehr hohen Ausstoß. Den höchsten Ausstoß hat Brandenburg mit 22,6 Tonnen. Baden-Württemberg hat einen Ausstoß von 5,7 Tonnen. Damit liegt das grün regierte Baden-Württemberg knapp über Bayern.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Denn Bayern liegt bei einem Wert von 5,5 Tonnen. Irgendwas scheinen wir also richtig zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kümmern uns schon lange um Klimaschutz, und zwar nachhaltig und mit Geld unterfüttert. Wir tun das auch weiterhin, und zwar mit einem kraftvollen Paket. Wir stellen dafür nämlich bis 2040 22 Milliarden Euro zur Verfügung. Das Bayerische Klimaschutzgesetz ist ehrgeizig. Natürlich ist es ehrgeiziger als das Gesetz des Bundes. Bayern will 2040, der Bund aber erst fünf Jahre später, also 2045, klimaneutral sein. Werte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist Deutschlands klimapolitischer Spitzenreiter.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bitte blähen Sie die Dinge nicht größer auf, als es sinnvoll ist. Hitzeaktionspläne sind nur regional sinnvoll. Es gibt nun mal große regionale Unterschiede in Bayern. Das ist nichts, was zentral zu regeln ist. Es macht auch Sinn. Die Kommunen und örtlichen Einrichtungen müssen Hitzeaktionspläne dezentral entwickeln; sie sollten nicht zentral bei einer Behörde in München entwickelt werden. Aber natürlich lassen wir die Kommunen nicht im Stich. Der Bund hat eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen zum Schutz der menschlichen Gesundheit eingerichtet. Der Freistaat Bayern unterstützt die Kommunen dabei natürlich.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Maßnahmenpaket, das Sie hier fordern, gibt es faktisch schon. Wir werden Ihren Antrag also ablehnen und fordern Sie auf, endlich auf Ihre Kolleginnen und Kollegen im Bund einzuwirken und Klimaschutz ernst zu nehmen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von der CSU: Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Ritt, vielen Dank. Bitte bleiben Sie im Plenarsaal und am besten noch am Rednerpult; denn es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung. Die Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Toni Schuberl von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. – Vorher gebe ich bekannt, dass für den Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich möchte eigentlich nur von der CSU-Fraktion wissen, ob das euer Ernst ist, ob das eure Position zum Klimaschutz und vor allem zur Klimaanpassung ist, ob das euer aller Sichtweise ist, dass ihr jemanden vorschickt, der nicht einmal den Antrag lesen kann und nicht weiß, was Klimaanpassung ist. Ihr seid die größte Fraktion im Landtag.

(Tobias Reiß (CSU): Die Beste! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Selbstherrlich!)

Das war peinlich!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Sie müssen nicht erwidern. – Als Nächster hat der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Vizepräsident, werte Kollegen und Hitzhysteriker! Ministerpräsident Markus Söder hat bereits im Juli 2021 in einer Twitternachricht gefordert: Wir müssen bei der Klimaanpassung und dem Klimaschutz nachhaltig vorankommen. – Damals war er noch auf dem GRÜNEN-Trip.

Ich gehe davon aus, dass die Staatsregierung in ihrer Weisheit bereits die notwendigen Maßnahmen ergriffen hat, damit sich ein Schadensereignis wie dasjenige im Ahrtal im Sommer 2021 bei uns nicht ereignet. Wenn ich aber sehe, wie und wo überall gebaut werden darf – im Hochwasserbereich unmittelbar an Flüssen, Bächen oder im Landschaftsschutzgebiet in Zolling, wenn es um ein neues Asylbewerberheim geht –, dann stelle ich fest: Man hat daraus nichts gelernt. Aber das kennen wir ja schon.

Die GRÜNEN hingegen tragen maßgeblich dazu bei, dass Angst und Schrecken verbreitet werden. Wir erleben bei diesen Tagträumern einen regelrechten Albtraum. Sie sind verantwortlich dafür, dass sich verwirrte Jugendliche auf Straßen

festkleben und Flughäfen blockieren, weil sie glauben, in spätestens drei Jahren gehe die Welt unter.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN)

So war es auch heute wieder an der Autobahn A9 kurz vor München. Mitten im Berufsverkehr wurden Tausende Pendler genötigt und kamen zu spät zur Arbeit, obwohl wir mit unserem CO₂-Ausstoß in Bayern das Weltklima kaum beeinflussen können.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Der Anteil Deutschlands am weltweiten CO₂-Ausstoß beträgt gerade einmal 2 % und ist seit 1990 sogar gesunken, während China, Indien und die USA zusammen schon mehr als die Hälfte des globalen CO₂ ausstoßen, und zwar mit steigender Tendenz.

Beeinflussen können wir aber die fatale Energie- und Wirtschaftspolitik der Ampel. Die Menschen verstehen nicht, warum die Energieversorger die Preise ständig erhöhen, obwohl es dafür keine nachvollziehbaren Gründe gibt. Wie erklären Sie sich, dass der Rohölpreis wieder auf das Vorkriegsniveau gesunken ist, während die Verbraucherpreise bei Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas nach wie vor sehr hoch sind? Diese Regierung lässt das bewusst zu – klar, weil sie von den gestiegenen Preisen und Abgaben profitiert. Hier wird die Krise ausgenutzt und die Preisspirale bewusst nach oben gedreht. Weil der Staat kräftig mitverdient, wird sich daran nichts ändern.

Zu den Hitzeperioden und Trockenphasen ist festzustellen, dass man durch die Flurbereinigung bereits massiv in die Umwelt eingegriffen hat und damit natürliche Gewässer und Biotop zerstört wurden, was sich jetzt in der Austrocknung der Böden und Felder zeigt. Eine vernünftige Umweltpolitik und Anpassungsstrategie an den Klimawandel würde mehr bringen als hysterisch geschnürte Maßnahmenpakete und aberwitzige Förderprogramme für Kommunen und Unternehmer.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Benno Zierer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Ich habe es an dieser Stelle schon einmal gesagt: Mich ärgert der ständig wiederholte Vorwurf, dass die Staatsregierung die bayerischen Kommunen beim Klimaschutz und bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels alleinlässt. Genau in diese Kerbe schlagen die GRÜNEN immer wieder und auch jetzt mit diesem Antrag. Es stimmt aber einfach nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt eine Förderung auf breiter Basis für Klimaschutzkonzepte, für Mobilitätsprogramme, für Energiepläne, Energieagenturen, den Klimacheck und vieles mehr. Ich zähle jetzt nicht alles auf. Mit diesem Antrag fordern Sie ein Paket von Sofortmaßnahmen zur Klimaanpassung und umfassende Förderprogramme für die Kommunen. Ein umfassendes Maßnahmenpaket gibt es aber schon.

Das Klimaschutzprogramm der Staatsregierung enthält zahlreiche Maßnahmen zur Klimaforschung und zur Klimaanpassung. Fördermöglichkeiten bietet der Förderschwerpunkt kommunaler Klimaschutz. Unterstützung erhalten die Kreise, die Städte und die Gemeinden zum Beispiel, wenn sie einen Klimawandelanpassungs-

manager einsetzen wollen. Die Hitzeaktionspläne stehen zwar nicht wortwörtlich in den Förderrichtlinien; aber auch diese können als Teil eines Klimaanpassungskonzeptes mit bis zu 100.000 Euro gefördert werden. Die Mittel im Haushalt des Umweltministeriums für die Förderung des kommunalen Klimaschutzes sollen im kommenden Jahr aufgestockt werden, und zwar um 1,5 Millionen Euro. Das ist ein Zuwachs von 40 %. Das ist enorm wichtig und angesichts der Haushaltslage und der Gesamtsituation schon bemerkenswert.

Aus den genannten Gründen sehen wir die zentralen Inhalte dieses Antrags als bereits erfüllt an. Es bleibt deshalb bei unserer Ablehnung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Zierer, vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es jetzt ein bisschen kühler geworden ist, ist uns dieser heiße Sommer sehr gut in Erinnerung geblieben. Laut Statistik war er einer der wärmsten Sommer, die jemals in Europa aufgezeichnet wurden. Die Bilanz zeigt Extremtemperaturen, Trockenheit, Ernteausfälle und über 24.000 hitzebedingte Todesfälle.

Was das für die Kommunen bedeutet, kann beispielsweise an den Auswirkungen auf Städte wie Würzburg gesehen werden. Allein in diesem Sommer gab es in Würzburg insgesamt 41 Hitzetage, also Tage, an denen die Temperatur über 30 Grad Celsius lag. Zudem mussten die Würzburgerinnen und Würzburger sieben Tropennächte erleben. Das sind Nächte, in denen die Temperaturen nie unter 20 Grad Celsius sinken.

Gesundheitliche Beschwerden und Schlafstörungen bei den Menschen, aber auch Stress für die Natur in Form von niedrigerer Taubildung und eine geringere Abkühlung sind die dramatischen Folgen. Die Klimaveränderung hat nicht nur auf unsere Natur und Landwirtschaft Auswirkungen, sondern auch auf die Menschen in unseren Kommunen. Deshalb muss jeder, der über den Klimawandel spricht, auch darüber nachdenken, wie unsere Kommunen bei der Klimaanpassung unterstützt werden können, damit nicht jedes Kommunalparlament das Rad neu erfinden muss und sich auf Förderprogramme und die Fachexpertise unserer Landesanstalten verlassen kann. Bebauungspläne, Fassadenbegrünungen, Beratung bei Pflanzung klimaresistenter Bäume und vor allem auch Gesundheitsvorsorge und -fürsorge müssen mitgedacht und gestaltet werden.

Wir als SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag haben dazu in unserem Klimaschutzgesetz schon wichtige Vorschläge gemacht. Klimaschutz wird in den Städten und Gemeinden, also vor Ort, in unserem Land umgesetzt und gemacht. Wir wollen, dass Klimaschutz zu einer besonderen Pflichtaufgabe für die bayerischen Kommunen wird. Dazu hat unser Erlanger Oberbürgermeister Florian Janik in der Expertenanhörung zum Klimaschutzgesetz auch angemahnt, dass der Freistaat den Städten und Gemeinden das notwendige Geld für den Klimaschutz zur Verfügung stellen muss; denn für uns ist klar: Wir lassen die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe nicht allein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb werden wir dem Antrag der GRÜNEN heute auch zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Christoph Skutella.

Christoph Skutella (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Neben der Reduzierung der Treibhausgase sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel von entscheidender Bedeutung, um unsere Bürgerinnen und Bürger vor den Belastungen durch die Klimaveränderung zu schützen. Unsere Kommunen stehen dabei in den nächsten Jahrzehnten vor großen Herausforderungen.

Wir haben es alle gehört: Hitzevorsorge, Vorsorge vor Starkregenereignissen, Hochwasserschutz, der Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Trinkwasserbrunnen, Begrünung von Fassaden und Dächern, die Umsetzung des Schwamstadt-Konzeptes, aber auch die Waldbrandbekämpfung und vieles mehr fallen in den Bereich der Kommunen, vor allem, was die Umsetzung dieser Maßnahmen betrifft.

Da die Auswirkungen des Klimawandels in Zukunft an Intensität und Häufigkeit noch zunehmen werden, müssen wir bereits jetzt unsere Anstrengungen zur Unterstützung der Kommunen verstärken. Daher kann es auch nicht sein, dass Hitzeaktionspläne, wie man der Begründung der GRÜNEN entnehmen kann, nicht vom Förderschwerpunkt "Kommunaler Klimaschutz" erfasst werden. Dazu kommt, dass die meisten Kommunen noch nicht einmal Maßnahmen im Bereich der Hitzeanpassung oder Starkregenvorsorge geplant, geschweige denn angestoßen haben. Hier müssen wir vonseiten des Landes durch weniger Bürokratie und schnellere Genehmigung der Fördermittel der Sache mehr Schub verleihen und bei den Kommunen auf die Umsetzung dieser Maßnahmen drängen.

(Beifall bei der FDP)

Allerdings – so viel Ehrlichkeit sei mir jetzt erlaubt – müssen wir auch klar beziffern, was und wie viel wir fördern wollen. Die Kollegen der GRÜNEN greifen in diesem Antrag ja eine Handvoll Anpassungsmaßnahmen und Förderprogramme auf, die wir inhaltlich aus Überzeugung auch unterstützen. Aber ich bin mir etwas unsicher, was genau Sie unter "hohen Förderquoten" verstehen.

Natürlich kosten sowohl Klimaschutz als auch Anpassungsmaßnahmen viel Geld. Man kann vom Landtag jedoch auch erwarten, dass wir eine solide Finanzierung für die Förderprogramme auf die Beine stellen und den Kommunen nicht das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Irgendwann im Prozess der flächendeckenden Etablierung der Klimaanpassungsmaßnahmen muss die Frage nach den Kosten dann schon gestellt werden; denn die Nachhaltigkeit im Haushalt dürfen wir trotz der Dringlichkeit dieses Themas nicht vernachlässigen. Diese kleine Kritik sei mir erlaubt.

Um Ihre Abendruhe nicht weiter zu stören, ende ich hier. Wir werden dem Antrag zustimmen.– Ich danke für die überaus große Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zur Abstimmung kommen wir erst in zweieinhalb Minuten, weil namentliche Abstimmung beantragt wurde und die Ankündigungszeit von 15 Minuten noch nicht komplett ist. Deswegen rufe ich die Abstimmung in 2 Minuten und 30 Sekunden auf, so wie es in unserer Geschäftsordnung vorgesehen ist.

(Unterbrechung von 18:54 bis 18:56 Uhr)

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:56 bis 18:59 Uhr)

Konnten alle Abgeordneten ihre Stimme abgeben? – Das ist der Fall. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben. –

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Klimaanpassung ernst nehmen – Kommunen unterstützen" auf Drucksache 18/24258 bekannt. Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 87 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen: 1. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:01 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen
 oder
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
 Für mehr Chancengerechtigkeit am Übergang Schule-Beruf – dauerhafte Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung in Bayern
 Drs. 18/23572, 18/25402 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Richard Graupner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
 Cannabislegalisierung stoppen – Kinder schützen und Sicherheit der Bürger gewährleisten!
 Drs. 18/23845, 18/25366 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

3. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Christian Flisek, Doris Rauscher u.a. SPD Kulturbetrieb in der Energiekrise unterstützen
Drs. 18/24071, 18/25351 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

4. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD) Kooperation mit Tschechien bei der Endlagersuche
Drs. 18/24115, 18/25306 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie I: Umwelt & Klima
Drs. 18/24140, 18/25350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie II: Soziale Nachhaltigkeit
Drs. 18/24141, 18/25157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie III:
Ökonomische Nachhaltigkeit
Drs. 18/24142, 18/25098 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie IV:
Bildung für Nachhaltige Entwicklung
Drs. 18/24143, 18/25156 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für eine bessere Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie V:
Kommunikation stärken und Bürgerinnen und Bürger beteiligen
Drs. 18/24144, 18/25129 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Ruth Müller, Annette Karl u.a. SPD
Bewährte Besucherlenkung im Nationalpark Berchtesgaden fortsetzen
Drs. 18/24145, 18/25349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Ulrich Singer, Oskar Atzinger und Fraktion (AfD)
Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
sofort einleiten!
Drs. 18/24147, 18/25352 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt,
Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Digitalbonus für soziale Dienstleister
Drs. 18/24243, 18/25342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krisennummer 117 für psychische Krisen
Drs. 18/24254, 18/25367 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über Raubkunst und Provenienzforschung in Bayern und Deutschland
Drs. 18/24255, 18/25353 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

15. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Lehren aus Corona: Bericht über Kulturförderung und Kulturpolitik in Bayern
Drs. 18/24256, 18/25354 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

16. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Eric Beißwenger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unser Wald: Schützen und Nutzen muss die Maxime bleiben
Drs. 18/24257, 18/25340 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Arbeitnehmerüberlassung im Gesundheits- und Pflegebereich
Drs. 18/24265, 18/25369 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Antragsportal für Förderungen durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst
Drs. 18/24266, 18/25355 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bäuerliche Tierhaltung bewahren – Keine Ausweitung der Auflagen durch eine Novelle der Industrieemissionsrichtlinie der EU
Drs. 18/24267, 18/25341 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Abschluss von Arbeitsverträgen für (Hilfs-)Lehrkräfte vereinfachen und beschleunigen
Drs. 18/24270, 18/25303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Berichts Antrag zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Bayern
Drs. 18/24290, 18/25158 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energetische Nutzung von Holzbiomasse
Drs. 18/24291, 18/25300 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Digitalkonzept für Schulen erstellen
Drs. 18/24319, 18/25390 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Margit Wild, Christian Flisek u.a. SPD
Sonderparkausweis für Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/24324, 18/25159 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Lebensmittel müssen bezahlbar bleiben! Klimapolitische
Rechtsvorschriften revidieren, Energiesteuern senken!
Drs. 18/24338, 18/25301 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Margit Wild u.a. SPD
Präventionsmaßnahmen und Beratungsangebote zum Schutz
vor sexuellem Missbrauch an Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/24340, 18/25378 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox" value="ohne"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

30. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Prof. Dr. Ingo Hahn, Oskar Atzinger u.a. und Fraktion (AfD)
Nicht an der Zukunft sparen: Absenkung der Raumtemperaturen und Ausdehnung der vorlesungsfreien Zeiten verhindern
Drs. 18/24405, 18/25356 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

31. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Hochschulen in der Energiekrise unterstützen –
Exzellente Forschung darf nicht gefährdet werden
Drs. 18/24428, 18/25357 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

32. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Hallenbäder geöffnet halten – Kommunen bei dem Betrieb ihrer Schwimmflächen effektiv und zielgerichtet unterstützen
Drs. 18/24438, 18/25296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

33. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Eissport in Bayern weiterhin ermöglichen –
Kommunen und Eissportvereine unterstützen
Drs. 18/24439, 18/25297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten II –
Kommunen durch gezielte Unterstützungsprogramme
von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24440, 18/25298 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Harald Güller,
Diana Stachowitz, Klaus Adelt u.a. SPD
Sportvereine und ihre Mitglieder bei den Energiekosten entlasten I –
Vereine mit eigenen Sporthallen und/oder anderen Sportstätten durch
gezielte Unterstützungsprogramme von Energiekosten entlasten
Drs. 18/24441, 18/25299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunft erfolgreicher Projekte der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen
Drs. 18/24523, 18/25358 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

41. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Schließung der Notaufnahme in der Kreisklinik Berchtesgaden konsequent verhindern
Drs. 18/24579, 18/25373 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

42. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
DRG-System: Warum müssen Kliniken Gewinne machen?
Drs. 18/24580, 18/25365 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

43. Antrag der Abgeordneten Oskar Atzinger,
Dr. Anne Cyron und Fraktion (AfD)
Kein unsinniges „Frieren für den Frieden“ in bayerischen Schulen
Drs. 18/24610, 18/25395 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

44. Antrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron,
Oskar Atzinger, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Zusätzliche Staatsinstitute zur Ausbildung von Förderlehrern
in jedem Regierungsbezirk des Freistaates Bayern einrichten
Drs. 18/24660, 18/25396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ganztagesanspruch jetzt zielgerichtet vorbereiten:
Schulversuch „Fachkraft für Grundschulkindbetreuung“
verstetigen und landesweit bewerben
Drs. 18/24662, 18/25397 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 06.12.2022 zu Tagesordnungspunkt 12: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Klimaanpassung ernst nehmen - Kommunen unterstützen (Drucksache 18/24258)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Enghuber Matthias		X	
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Faltermeier Hubert			
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst	X			Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar		X		Flierl Alexander		X	
Aures Inge	X			Flisek Christian			
Bachhuber Martin				Franke Anne	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Freller Karl			
Bauer Volker		X		Friedl Hans		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara	X		
Bayerbach Markus		X		Füracker Albert			
Becher Johannes				Gehring Thomas			
Becker Barbara		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin		X		Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal				Graupner Richard		X	
Brandl Alfons		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Güller Harald	X		
Brendel-Fischer Gudrun		X		Guttenberger Petra			
von Brunn Florian				Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus	X			Hagen Martin	X		
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin	X			Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne		X		Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian	X			Hauber Wolfgang		X	
Demirel Güleren	X			Haubrich Christina	X		
Dorow Alex				Hayn Elmar	X		
Dremel Holger		X		Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
Ebner-Steiner Katrin		X		Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold		X	
Eibl Manfred		X		Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hierneis Christian	X		
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann				Hintersberger Johannes		X	
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	53	87	1